

TAGESSCHAU

POLITIK

**Fraga zur Teilung:** „Wenn man diese Grenze sieht, versteht man die ganze Tragik Deutschlands“, erklärt der spanische Oppositionsführer (Alianza Popular), Manuel Fraga Iribarne, bei einer Besichtigung der „DDR“-Demarkationslinie in der Rhön.

**Reagan für Dialog:** Die Nationen des Westens seien zu einem ernsthaften Dialog bereit, versichert der US-Präsident in einem Appell an die Sowjets zur Wiederaufnahme der von Moskau abgebrochenen Genfer Raketen-Verhandlungen.

**Mondale vorn:** Nach seinem deutlichen Sieg bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei in Texas ist der Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei, Walter Mondale, von seinen Rivalen Hart und Jackson - trotz Niederlage in Louisiana - kaum noch einzuholen.

**Reise durch Polen:** Trotz der bedrückenden Lage scheinen die Menschen Hoffnung und Geduld nicht verliert zu haben. „Depression und Wut - ein polnisches Tagebuch“ von Lothar Schmidt-Mühlisch. (S. 4)

**Militärhilfe:** Costa Rica hat die USA um sofortige Militärhilfe zur Abwehr der Bedrohung durch das Nachbarland Nicaragua ersucht, bestätigt das Außenministerium in Washington.

**Berlin einberufen:** Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, verlangt eine Garantie für die volle und praktische Einbeziehung Berlins in das angestrebte Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin. (S. 4)

**Todesstrafen:** Trotz Abbaus weiterer Selbstschußanlagen an der Demarkationslinie der „DDR“ zu Bayern sind die Sperranlagen nach Beobachtungen des Grenzschutzes undurchlässiger geworden: 1982 kamen 25 Flüchtlinge, 1983 noch 13, in diesem Jahr erst vier in die Freiheit.

**Fehler in Schweden:** Bei der Jagd auf fremde U-Boote in schwedischen Hoheitsgewässern nahe dem Militärstützpunkt Karlskrona seien gravierende Fehler gemacht worden, heißt es im Bericht von Marine-Befehlshaber Lennart Ljung. (S. 5)

**Nakasone in Indien:** Für ein „neues, kooperatives Verhältnis“ zwischen Indien und Japan spricht sich Ministerpräsident Nakasone bei einem Besuch in Neu-Delhi aus. (S. 5)

**Heute:** Außenminister Genscher bei seinem US-Kollegen Shultz in Washington - EG-Agrarministerat berät über Abbau der Weinüberschüsse - Spitzengespräch des Arbeitgeberverbandes Chemie und der DAG.

ZITAT DES TAGES



„Wir müssen immer eine Nuance besser sein, mehr in die Forschung investieren als die anderen, das Prinzip der Leistungselite rundum bejahen und vielleicht auch etwas früher aufstehen als die anderen“

Bundeskanzler Helmut Kohl gestern bei der Eröffnung des Luft- und Raumfahrtmuseums in München. FOTO: DACHINGER

WIRTSCHAFT

**Hypotheken:** Die von der Deutschen Pfandbriefanstalt in der vorigen Woche bekanntgegebene Vertiefung der Baufinanzierung ist kein Signal dafür, daß die Hypothekenzinsen allgemein nach oben in Bewegung geraten. Das ergab eine Umfrage der WELT. (S. 9)

**aber auch den Wirtschafts-Antrag zum CDU-Parteitag als zu „flauschig“.** (S. 9)

**Lambert-Kritik:** Der Wirtschaftsminister (FDP) wirft der SPD weitere Abkehr von der Marktwirtschaft vor, kritisiert

**Thyssen:** Die Führungskrise ist beigelegt. Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und seinem Vorsitzenden Spethmann das Vertrauen aus. (S. 11)

**Leistungsschau:** Mit rund 900 000 Besuchern in zwei Wochen hat die Deutsche Leistungsschau in Japan alle Erwartungen übertroffen.

KULTUR

**Posener Erfolg:** Mit Begeisterung wurde das Gastspiel der Staatsoper Posen bei den Wiesbadener Maifestspielen aufgenommen. Sie schwebte nicht im Glanz kostspieliger Produktion, sondern überzeugte durch musikalische Vortrefflichkeit. (S. 15)

**Enguists „Regenwurm“:** Das Stück „Aus dem Leben der Regenwürmer“ des schwedischen Autors Olof Engquist ist in München von seinem Landsmann Ingmar Bergman inszeniert worden - mit den für ihn typischen Überzeichnungen. (S. 15)

SPORT

**Handball:** Durch einen 18:16-Sieg über Gumbertsbach wurde der VfL Stutgart Meister. Die Nationalspieler Kihlspies, Brand und Meisinger beenden ihre Laufbahn.

**Prost siegt:** Auf einem McLaren-Porsche-Turbo gewann der Franzose den Großen Preis von San Marino vor Arnoux auf Ferrari und de Angelis auf Lotus.

**Fußball:** Nur noch Tabellenführer VfB Stuttgart und der Hamburger SV können die Meisterschaft gewinnen. Bayern München ist aus dem Rennen. (S. 6)

**Boxen:** Das Interup-Turnier von Karlsruhe gewann Kuba vor der deutschen Staff. Der deutsche Verband wird nun sieben Boxer nach Los Angeles entsenden.

AUS ALLER WELT

**Ehe-Institute:** In kaum einer anderen Branche ist nach Ansicht der Stiftung Warentest so leicht an anderer Leute Geld zu kommen wie bei der kommerziellen Vermittlung von Ehen. (S. 16)

**Wetter:** Im Norden wechselnd, im Süden stark bewölkt und teilweise regnerisch. Nur noch bis 15 Grad.

**Doppelrolle Roms:** Der Vortag neben der Hauptstadt Italiens auch die des Vatikanstaats zu sein

**Leichtathletik:** Starke „DDR“-Marlies Göhr mit 10,88 Sekunden-Sprint. S. 8

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Mit der Rentenversicherung auf bessere Zeiten warten? - von Gisela Reiners. S. 2

**Leichtathletik:** Starke „DDR“-Marlies Göhr mit 10,88 Sekunden-Sprint. S. 8

**US-Botschafter Burns 86:** In seinem Herzen blieb er ein Lehrer - Feier in Berlin. S. 4

**Hartnäckige Subventionen:** Wirtschafts-Leitartikel über die Steuerreform. S. 9

**Polnisches Tagebuch:** Depressionen, jäh Wut - Reportage von Lothar Schmidt-Mühlisch. S. 4

**Fernsehen:** Neues aus der Permakultur - Schadstoffe machen vor Minigärten nicht halt. S. 14

**Forum:** Personalien und Leserbrief: Wort des Tages. S. 5

**Pankraz:** J. Reemtsma und die goldene Färb - über die Stiftung des Zigaretten-Erben. S. 15

**FDP:** Weiter Unsicherheiten über die Personalpolitik. Bleibt Genscher an der Spitze? S. 8

**Deutsches Museum München:** Luft- und Raumfahrt eröffnet - spärlicher Raum. S. 16

Der Arbeitskampf rückt jetzt in greifbare Nähe

Arbeitgeber in der Metallindustrie bleiben weiter gesprächsbereit

W. NEITZEL/DW, Stuttgart

Die IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden stellt sich nach dem für sie positiven Ergebnis der Urabstimmung fest auf einen Streik ein. Der Stuttgarter Bezirksleiter Ernst Eisenmann ist fest davon überzeugt, daß „der IG-Metall-Vorstand den Weg für Kampfmaßnahmen unverzüglich freigibt“. Er werde beim Vorstand, der am 10. Mai in Frankfurt tagt, „auf alsbaldige Kampfmaßnahmen drängen“.

Unter diesen haben die Arbeitgeber, die in dem Ergebnis der Urabstimmung zwar eine Solidaritätsbekundung für die Gewerkschaft, aber nicht ein Ja zur 35-Stunden-Woche sehen, ihre Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen unterstrichen. Auch Bundesarbeitsminister Norbert Blum (CDU) und andere CDU-Politiker sind dafür, daß sich die Tarifpartner ab dem 1. Juni auf einen Streik einlassen. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt warf der Bundesregierung vor, sie trage die Verantwortung für einen möglichen Streik in der Metallindustrie.

In dem Tarifstreik hatten sich 80,05 Prozent der 251.285 abstimmungsberechtigten IG-Metall-Mitglieder für Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ausgesprochen. Eine Sogwirkung auf die am 8. und 9. Mai in Hessen anstehende Urabstimmung ist nicht auszuschließen. IG-Metall-Chef Hans Mayr nannte am Samstag in Frankfurt das Ergebnis in Nordwürttemberg/Nordbaden einen eindeutigen Vertrauensbeweis für seine Organisation und deren Forderung nach der 35-Stunden-Woche.

Nicht nur in Unternehmerkreisen wird bezweifelt, daß die achtzigprozentige Zustimmung der organisier-

ten Metallarbeitnehmer als ein so klares Votum für Streikmaßnahmen gewertet werden kann. Vielmehr ist aus einer ganzen Anzahl von Anrufen besorgter und empörter Arbeitnehmer und Betriebsräte bei Zeitungsredaktionen und auch beim Metallindustriellen-Verband herauszuhören, daß das Ergebnis der Urabstimmung vielfach wohl erheblich von der tatsächlich vorhandenen Stimmung in den jeweiligen Betrieben abweiche. In einigen Fällen soll es zu scharfen

Kontroversen zwischen Betriebsräten einiger Firmen und der IG Metall um die Frage der Korrektheit der Abstimmungen gekommen sein.

Der Präsident von Gesamtmetall, Wolfram Thiele, bezeichnete in einem Interview der „Bild am Sonntag“ das Resultat als „zwar eine Solidaritätsbekundung vieler Gewerkschaftsmitglieder mit der IG Metall, aber kein Ja zur 35-Stunden-Woche“. Das Ergebnis sei auch „kein Auftrag an die Gewerkschaftsführung, jetzt den Streik auszurufen, sondern mit uns über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen wieder zu verhandeln“. Eine Aussparung sei „jetzt kein Thema“. Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner sagte in einem ARD-Fernsehinterview, der IG-Metall-Vorstand sollte sich überlegen, „ob man nicht doch noch einen Verständigungsversuch macht“.

Der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg erklärte zu dem Urabstimmungsergebnis, die Mehrheit der Arbeitnehmer in der Metallindustrie des Tarifbezirks sei gegen Streik. Wenn - bei insgesamt 501.000 Metall-Arbeitnehmern in diesem Bezirk - nunmehr rund 201.000 mit Ja

Fortsetzung Seite 8

Koalition bleibt bei der Amnestie

FDP aus politischen Gründen im Zwiespalt / SPD lehnt weiter ab

STEFAN HEYDECKE, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und führende Vertreter der Bonner Regierungskoalition haben nachdrücklich die geplante Amnestie für Steuervergehen bei Parteispenden verteidigt. Sie erklärten übereinstimmend, damit würde eine seit Jahren bestehende Rechtsunsicherheit beseitigt. Allerdings wurden auf einer Sitzung des FDP-Vorstands in erster Linie aus politischen Gründen mit Blick auf anstehenden Parteitag und die Europawahlen erhebliche Bedenken geäußert. Die SPD blieb bei ihrer klaren Ablehnung. Sie kündigte erneut die Annullierung des Bundesverfassungsgerichts an.

Stoltenberg hatte in einem Interview betont, die letzte Woche überraschend von CDU/CSU und FDP vorgelegte Gesetzesinitiative sei „rechtsstaatlich absolut in Ordnung“. Er warf dem Gesetzgeber und der früheren sozial-liberalen Koalition vor, einen nicht eindeutig geklärten Rechtszustand zu lange hingenommen zu haben. Viele Bürger hätten „kein Unrechtsbewußtsein gehabt“, als sie in den letzten zehn bis 15 Jahren Parteispenden gegeben hätten. Aber auch die Empfänger könnten darauf verweisen, daß Beiträge von Fördervereinen im Bundesanzeiger veröffentlicht worden seien, ohne daß die Justiz tätig geworden sei. Wegen der nun zur Aufarbeitung durch die Justiz anstehenden Vorgänge gebe es „schon rechtsstaatliche Bedenken“.

Ähnlich äußerte sich gestern der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger. Er meinte, die neue Koalition müsse den hinterlassenen „Schutt wegräumen“. Es gebe kein anderes Rechtsgebiet, das so unklar geregelt sei. Wenn hier jemand Verantwortung zuzurechnen sei, dann dürften dies nicht die Spender, die im

guten Glauben gehandelt hätten, sondern dann müsse dies der Gesetzgeber sein. Diejenigen, die aus demokratischer Verantwortung heraus die Parteien unterstützt hätten, dürften nicht nachträglich „kriminalisiert und vor den Richter gezerrt werden“. Weiter betonte Dregger, das Amnestiegesetz habe unter anderem auf den Fall des in der Flick-Affäre beschuldigten Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff „überhaupt keinen Einfluß“.

Dreggers FDP-Kollege Wolfgang Mischnick meinte, durch das geplante Gesetz werde mehr Rechtssicherheit geschaffen. Zuvor hatte Mischnick während einer Vorstandssitzung seiner Partei energisch Vorwürfe der Abgeordneten Hildegard Hamm-Brücher zurückgewiesen und sie als „falsch“ bezeichnet. Sie hatte in einem Interview behauptet: „Die über-

den sozial-liberalen Koalition vor, einen nicht eindeutig geklärten Rechtszustand zu lange hingenommen zu haben. Viele Bürger hätten „kein Unrechtsbewußtsein gehabt“, als sie in den letzten zehn bis 15 Jahren Parteispenden gegeben hätten. Aber auch die Empfänger könnten darauf verweisen, daß Beiträge von Fördervereinen im Bundesanzeiger veröffentlicht worden seien, ohne daß die Justiz tätig geworden sei. Wegen der nun zur Aufarbeitung durch die Justiz anstehenden Vorgänge gebe es „schon rechtsstaatliche Bedenken“.

Ähnlich äußerte sich gestern der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger. Er meinte, die neue Koalition müsse den hinterlassenen „Schutt wegräumen“. Es gebe kein anderes Rechtsgebiet, das so unklar geregelt sei. Wenn hier jemand Verantwortung zuzurechnen sei, dann dürften dies nicht die Spender, die im

guten Glauben gehandelt hätten, sondern dann müsse dies der Gesetzgeber sein. Diejenigen, die aus demokratischer Verantwortung heraus die Parteien unterstützt hätten, dürften nicht nachträglich „kriminalisiert und vor den Richter gezerrt werden“. Weiter betonte Dregger, das Amnestiegesetz habe unter anderem auf den Fall des in der Flick-Affäre beschuldigten Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff „überhaupt keinen Einfluß“.

Dreggers FDP-Kollege Wolfgang Mischnick meinte, durch das geplante Gesetz werde mehr Rechtssicherheit geschaffen. Zuvor hatte Mischnick während einer Vorstandssitzung seiner Partei energisch Vorwürfe der Abgeordneten Hildegard Hamm-Brücher zurückgewiesen und sie als „falsch“ bezeichnet. Sie hatte in einem Interview behauptet: „Die über-

den sozial-liberalen Koalition vor, einen nicht eindeutig geklärten Rechtszustand zu lange hingenommen zu haben. Viele Bürger hätten „kein Unrechtsbewußtsein gehabt“, als sie in den letzten zehn bis 15 Jahren Parteispenden gegeben hätten. Aber auch die Empfänger könnten darauf verweisen, daß Beiträge von Fördervereinen im Bundesanzeiger veröffentlicht worden seien, ohne daß die Justiz tätig geworden sei. Wegen der nun zur Aufarbeitung durch die Justiz anstehenden Vorgänge gebe es „schon rechtsstaatliche Bedenken“.

Ähnlich äußerte sich gestern der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger. Er meinte, die neue Koalition müsse den hinterlassenen „Schutt wegräumen“. Es gebe kein anderes Rechtsgebiet, das so unklar geregelt sei. Wenn hier jemand Verantwortung zuzurechnen sei, dann dürften dies nicht die Spender, die im

guten Glauben gehandelt hätten, sondern dann müsse dies der Gesetzgeber sein. Diejenigen, die aus demokratischer Verantwortung heraus die Parteien unterstützt hätten, dürften nicht nachträglich „kriminalisiert und vor den Richter gezerrt werden“. Weiter betonte Dregger, das Amnestiegesetz habe unter anderem auf den Fall des in der Flick-Affäre beschuldigten Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff „überhaupt keinen Einfluß“.

Dreggers FDP-Kollege Wolfgang Mischnick meinte, durch das geplante Gesetz werde mehr Rechtssicherheit geschaffen. Zuvor hatte Mischnick während einer Vorstandssitzung seiner Partei energisch Vorwürfe der Abgeordneten Hildegard Hamm-Brücher zurückgewiesen und sie als „falsch“ bezeichnet. Sie hatte in einem Interview behauptet: „Die über-

Eine Chance für die Hochbegabten

C. GRAF SCHWERN, Hannover

Wir sind auf dem Gebiet der Begabtenforschung ein Entwicklungsland“, sagte der Vorsitzende der „Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind e. V.“, Walter Kapann, auf der Jahrestagung seiner Gesellschaft in Hannover. Diese 1978 als Elterninitiative gegründete Vereinigung hat zum Ziel, unerkannte Hochbegabungen in allen Kreisen der Bevölkerung, „vor allem in Arbeiterfamilien und benachteiligten Gruppen“, ausfindig zu machen und zu fördern. Die Zahl dieser Hochbegabten entspricht etwa zwei Prozent der begabten Schüler.

Bei dem Programm handelt es sich nach Ansicht der Initiatoren nicht um eine falsch verstandene Elitenbildung oder um „Inzucht“, wie der Gesellschaft von bestimmten pädagogischen Kreisen vorgeworfen wird, sondern um die Gewährung der „Chancengerechtigkeit“. Es geht nicht nur darum, daß überdurchschnittliche Leistungen genauso anerkannt werden müssen wie durchschnittliche Leistungen, sondern daß hochbegabte Kinder in einer feindseligen Umwelt in eine Außenseiterposition geraten, meint Kapann.

Es sei deutlich geworden, daß es

sich bei Hochbegabten zumeist um sogenannte „Problemkinder“ handelt, die im normalen Schulunterricht versagen. Sie würden durch das Verhalten ihrer Umwelt nicht als Hochbegabte anerkannt, und es stellten sich Verhaltensstörungen und andere Schäden ein. Daher forderte die „Gesellschaft für das hochbegabte Kind“ auf ihrer Informationsveranstaltung in Hannover: Erstens, eine vorurteilsfreie und sachliche Diskussion über Hochbegabtenförderung. Zweitens, verstärkte Maßnahmen zur Identifizierung und Förderung durch Information. Drittens, intensive Forschung auf diesem Gebiet durch Modellversuche in Schulen. Viertens, Hochbegabtenpädagogik als Pflichtfach in der Lehrerbildung.

Die Hochbegabtenförderung ist zu einem politischen Reizthema geworden. Der Begriff „Elite“, darauf wies der parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswissenschaftsministerium, Anton Pfeiffer, hin, hat in der deutschen Geschichte eine Belastung erfahren. Aber kein demokratischer Staat könne auf die Förderung seiner Leistungs- und Verantwortungselite verzichten. Das gelte auch für das Handwerk, die Facharbeit, die Kaufleute. Diese Förderung liege traditi-

onell in den Händen der Wirtschaft. Der Bund helfe solchen Stiftungen; aber neue müßten erschlossen werden.

Für die Hochbegabtenförderung an den Universitäten gibt das Ministerium jährlich 85 Millionen Mark aus. Sie betreffen 8000 Studenten. Aber entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrats könne es nicht darum gehen, Elituniversitäten nach französischem oder amerikanischem Vorbild zu gründen. Die deutschen Hochschulen verfügten über spezifische eigene Wege, das angestrebte Ziel zu erreichen. Die Sicherung und der Ausbau der Begabtenförderung werden im neuen Rahmenhochschulgesetz berücksichtigt werden. Zur Förderung von Leistungswettbewerben würden mit den Kultusministerien geeignete Modelle entwickelt werden.

Die Bundesregierung werde zur Erarbeitung neuer wissenschaftlicher Grundlagen zur Hochbegabtenforschung beitragen. Sie legt Wert darauf, daß nicht nur intellektuelle und musische Begabungen, sondern auch die ausgewogene Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit gefördert werde.

DER KOMMENTAR

Hochbegabt

GÜNTER ZEHM

Auf einen bisher noch kaum bemerkten Mißstand in der Begabtenförderung hat jetzt in Hannover die „Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind“ aufmerksam gemacht: Hochbegabte Kinder werden oft nicht nur nicht gefördert, sondern von ihrer Umgebung sogar noch diskriminiert. Sie gelten leicht als Außenseiter, die den Spott ihrer Klassenkameraden und das Mißtrauen progressiver Egalitäts-Pädagogen auf sich ziehen. Schnell kann so aus der besonderen Begabung eine Verhaltensstörung werden. Völlig zu recht wurde deshalb in Hannover gefordert, eine spezielle Hochbegabten-Pädagogik einzurichten, die sich die Früherkennung von Begabungen und ihre effektivste Entwicklung angelegen sein läßt.

Natürlich kann es nicht darum gehen, Gehirnmonstren zu züchten, die einzig und allein für ihre Spezialdisziplin leben und für nichts anderes mehr Interesse haben. „Wir wollen keine Frankenstein“, war auch in Hannover zu hören. Es muß aber auch einmal gesagt werden, daß Frankenstein eine Gestalt der (romantischen) Literatur ist, durch und durch fiktional und in der Wirklichkeit faktisch ohne Pendant. Gerade bei Hochbegabten zeigt sich in der Regel ein ausgesprochener

Hang zur Vielseitigkeit. Die blutigen Physiker-Genies des „Göttinger Kreises“ um Heisenberg und Dirac etwa hatten alle einen intensiv musischen Hang, übten sich nebenher als Musikanten und waren auch brennend an Moralphilosophie interessiert.

Das Göttinger Beispiel kann heute gar nicht gründlich genug studiert werden. Keines der dort versammelten Genies mußte ein besonderes „Förderstipendium“ in Anspruch nehmen. Zu ihrer Entfaltung genügte die helfende Hand von aufgeschlossenen Lehrern und der Scharfblick von Doktorvätern und Kultusministern, die für wirklich Begabte immer einen Arbeitsplatz und einen Lehrstuhl „außer der Reihe“ freizumachen wußten, ohne daß ihnen ein Massengremium dazwischenfunke.

Förderstipendien für Hochbegabte sind gut, aber Geld ist nicht das Wichtigste. Vor allem kommt es darauf an, ein geistiges Klima wiederherzustellen, in dem Hochbegabte geduldet werden können, in dem der Neid und das Anspruchsdenken der Masse und des bloßen Durchschnitts nicht mehr der Ausschlag geben. Die Ausnahme muß wieder eine Chance erhalten.

Jaruzelski gibt Fehler der KP in Polen zu

AFP/Itz/AP, Moskau/Warschan  
Der sowjetische Verteidigungsminister, Marschall Ustinow, hat am Wochenende dem polnischen Partei- und Regierungschef General Jaruzelski erneut das Vertrauen ausgesprochen. Zum Abschluß des zweitägigen „Arbeitsbesuchs“ Jaruzelskis in der Sowjetunion zeigte sich Ustinow von der „Stärkung des Sozialismus in Polen überzeugt und richtete scharfe Angriffe gegen die „imperialistische Reaktion“ und die „konterrevolutionären Kräfte im Inneren“ Polens, wie die amtliche Moskauer Nachrichtenagentur Tass meldete. Jaruzelski hatte am ersten Tag seines Besuchs in einer in Moskau verbreiteten Tische Rede zugegeben, daß die Kommunistische Partei Polens in der Vergangenheit Fehler gemacht habe. Allerdings sei es gelungen, der destruktiven Woge der Konterrevolution Einhalt zu gebieten.

Nach Angaben aus osteuropäischen Kreisen hat die sowjetische Regierung Unzufriedenheit mit den aus ihrer Sicht zu langsamen Fortschritten bei der Wiederherstellung der vollen Autorität der polnischen Kommunistischen Partei geäußert.

Vor dem Hintergrund der gewaltsamen Auflösung regierungsförderlicher Demonstrationen am 1. und 3. Mai in Polen hat Parteiführer Lech Walesa in einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC die Polizei vor weiteren Gewalttätigkeiten gegen Demonstranten gewarnt. Das „brutale“ Vorgehen der Sicherheitskräfte könnte bei den Demonstranten in Zukunft Gegengewalt auslösen, meinte Walesa.

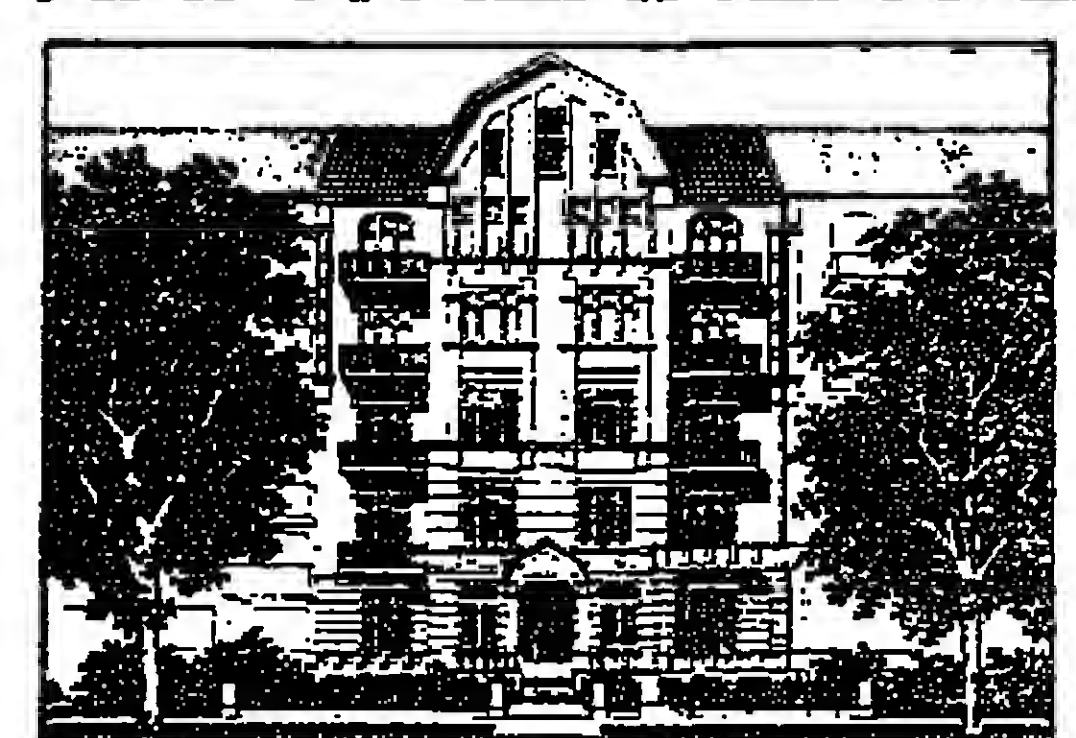
„Prawda“ weiß von deutscher Eroberungslust

dpa, Moskau  
Die Sowjetunion hat führenden Bundeswehr- sowie Finanz- und Wirtschaftsexperten der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen, „weitgehende Pläne“ bis hin zur Eroberung von Teilen der Tschechoslowakei, Polens und weiterer Gebiete zu hegen. Es sei kein Geheimnis, daß die Bundeswehr die Traditionen der Wehrmacht beibehalten bewahre, hieß es in der Samstag-Ausgabe der Moskauer Parteizeitung „Prawda“. Unter den Bonner Generalen gebe es viele ehemalige Führer der Wehrmacht. Die Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1937 sei lediglich das erste, nicht jedoch das einzige Ziel dieser Kräfte.

Die Pläne dieser militaristischen Kreise gingen sogar soweit, so die „Prawda“, sich aus dem NATO-Bündnis zu lösen. Die Zeitung stellte in diesem Zusammenhang die Frage, was passieren würde, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika die Initiative im Nordatlantischen Bündnis und den Einfluß auf ihre Verbündeten verlor. Es sei leichtsinnig zu glauben, daß der westdeutsche Militarismus tot sei. Er ist lebendig und wartet auf seine Zeit“, beantwortete der Kommentator des Parteiblattes die Frage.

Der ausführliche Artikel des Moskauer Parteiorgans steht in einer Reihe mit zahlreichen anderen sowjetischen Kommentaren der jüngsten Zeit über „Militarismus und Revisionismus“ in der Bundesrepublik Deutschland. Die sowjetischen Medien kritisieren vor allem, daß Bonner Regierungskreise diese „extrem rechten Kräfte“ unterstützen.

VERMIETETE EIGENTUMSWOHNUNGEN ALS KAPITALANLAGE



● Topobjekte in besten Wohnlagen ● Vorwiegend aus der Zeit des Klassizismus oder der Jugendstilperiode ● Kein Bauherrenrisiko ● Erforderliches Eigenkapital jeweils nur 10% des Gesamtkaufpreises ● Finanzierung des Eigenkapitals bei entsprechender Progression ganz oder größtenteils aus Steuern ● Garantierte Mietinnahmen für 5 Jahre

BITTE AUSFÜHRLICHE INFORMATIONEN ANFORDERN



Tel. 040/369 51 13 Grundstücksgesellschaft mbH, Palmallee 75, 2 HH 50



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Die Fraktionsmacher

Von Uwe Bahnsen

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi ist nicht zu beneiden. In der Stadtrepublik ist das Regierungsgeschäft angesichts leerer Kassen, drückender Staatsschulden, wirtschaftlicher Strukturprobleme und einer höchst introvertierten, streitsüchtigen Sozialdemokratie schon schwierig genug. Nun muß der Spitzenhase auch noch ein Revirement seiner Senatsmannschaft zustandebringen.

Der Rücktritt des Finanzsenators Jörg König hat dafür nur den äußeren Anlaß geliefert. Dohnanyi weiß genau, daß insbesondere die Wirtschaftspolitik seines Senats, aber beispielsweise auch die Vertretung der hamburgischen Interessen in Bonn, dringend neuer Ansätze bedürfen.

Er hat aber auch darüber hinaus als Regierungschef hinreichend erfahren, wie recht Helmut Schmidt hatte, als er kürzlich in einem Artikel das wirkliche Problem des Regierungschefs in Hamburg definierte: „Innerhalb des Senats beruft man sich auf die Kollegialitäts-Verfassung und verweigert dem Bürgermeister das faktisch notwendige Minimum an Richtlinien-Setzung – außerhalb des Senats ist aber von Kollegialität wenig zu spüren, mehr jedoch von kaum mehr verhüllter Fraktionsmacherei gegeneinander.“

Dohnanyi ist freilich nicht unschuldig an diesem Zustand. Seine Stärke ist das Analysieren, das nur leider immer wieder in Schürgelei ausartet, nicht das Integrieren. Das Ergebnis ist: Wirklich erstklassige Leute finden es nicht sonderlich attraktiv, an Dohnanyis Senatstisch zu sitzen. Gar das zermürbende Finanzressort zu übernehmen, stößt auf noch weniger Interesse, denn der Inhaber dieses Postens hat vorerst nichts zu verteilen als neue Belastungen, die neue bittere Auseinandersetzungen in der Regierungspartei auslösen werden.

Wenn Dohnanyi einen neuen Anfang machen und eventuellen Kandidaten für Senatsämter eröffnen könnte, daß die Belastungen und Opfer nicht nur einem Durchschlingeln zwischen den Parteifraktionen, sondern einer seriösen Sanierungspolitik dienen sollen, dann fände er wohl eher neue Mitarbeiter. Aber um eine seriöse Politik machen zu können, müßte er erst eine seriöse Partei hinter sich haben.

## Das verlorene Können

Von Reiner Gatermann

Wann werden wir endlich Herr im eigenen Haus sein?“, wurde Schwedens Verteidigungsminister Anders Thunborg bei der Vorlage des jüngsten U-Boot-Rapports gefragt. Seine viel- oder auch nichtssagende Antwort: „So schnell wie möglich.“ Er räumte damit ein, daß Schweden dieses Gebiet seiner Verteidigung nicht unter Kontrolle hat. Ob dies wenigstens in den anderen Militärbereichen der Fall ist, muß nun trotz gegenteiliger Beteuerungen des Ministers auch in Frage gestellt werden.

Lobenswert ist die Ausführlichkeit des Berichtes, in dem es auch an Selbstkritik nicht fehlt. Zum Ausrüstungsstand für die U-Boot-Jagd heißt es, er sei „erschreckend niedrig“. Man habe „bedeutende Ressourcen- und Qualitätsprobleme“ gehabt, und die Koordination habe nicht geklappt. Noch bezeichnen der Bericht jedoch der Satz: „Wir befinden uns immer noch in der ersten Aufbauphase unseres U-Boot-Schutzes.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Vieles unseres früheren Könnens ist verlorengegangen.“ Wie konnte es dazu kommen?

Weil Schweden seinen U-Boot-Schutz völlig demontiert hatte. Man hatte eben geglaubt, Neutralität sei ein Schutz an sich, vor allem gegenüber den friedliebenden Sowjets.

Jetzt versucht man, der ganzen Sache noch einen positiven Anstrich zu geben: Schweden vollbringe, was die U-Boot-Jagd in verhältnismäßig flachen Gewässern betreffe, eine Pionierleistung. Aber warum beginnt man erst mit der Arbeit, wenn fremde U-Boote im Hafen der Stockholmer Innenstadt oder vor den beiden wichtigsten Marinestützpunkten des Landes deutliche Spuren hinterlassen haben?

Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber sehen in dem eigenen Einsatz vor Karlskrona eine Demonstration schwedischer Entschlossenheit, jeglichen unerwünschten Besuch strikt abzuweisen. Sie glauben, das Ausland wisse dies zu würdigen. Dies ist fraglich, denn schließlich weiß das Ausland auch, daß Schweden sich immer noch in der ersten Ausbauphase seines U-Boot-Schutzes befindet und daß man diesen Bereich jahrzehntelang vernachlässigt hat.

## Mord in Kolumbien

Von Günter Friedländer

Wachsende Kritik auch aus den eigenen Reihen hatte nicht erreicht, was nun die Ermordung des kolumbianischen Justizministers Rodrigo Lara Bonilla erzwingt: Präsident Betancur kündigte am Grab seines Mitarbeiters einen brüskten Wandel seiner Politik gegenüber den Rauschgifthändlern an. „Kolumbien wird die in anderen Ländern gesuchten Feinde der Menschheit ausliefern, damit sie dort als abschreckendes Beispiel abgeurteilt werden“, gelobte er.

Betancur hatte bisher aus Gründen seiner nationalistischen Philosophie die Durchführung der vom Obersten Gerichtshof Kolumbiens angeordneten Auslieferungen von Rauschgifthändlern an die USA unterbunden. Die USA haben in den letzten beiden Jahren erfolglos die Auslieferung von 23 kolumbianischen Rauschgifthändlern gefordert. Die angeblich von der Rauschgiftmafia organisierte Ermordung seines Justizministers ließ Betancur ausrufen: „Wir sind nun an einem Punkt angelangt, wo wir darüber nachdenken müssen, was Vaterland, Nation und das Wort Bürger bedeuten.“

In den letzten Monaten häuften sich die Beweise für die enge Zusammenarbeit zwischen Kolumbiens Guerilla und dem Rauschgifthandel. Ist es nur ein Zufall, daß am Tag der Ermordung Lara Bonillas und am folgenden Tag trotz aller Friedens-erklärungen und trotz bereits unterschriebener Vorverträge die Guerilla abermals zu Großangriffen schritt, bei denen mindestens elf Aufständische, fünf Bauern und neun Soldaten sowie Polizeibeamte fielen?

Betancur mußte den Belagerungszustand über das ganze Land verhängen, und Innenminister Alfonso Gomez warnte: „Unter solchen Umständen könnten sich die Friedensverhandlungen als unfruchtbar erweisen.“ Seit dem Jahresbeginn bis Ende April sind nach Angaben des Heeres trotz aller Friedensbeteuerungen der Guerilla und trotz der Amnestie 320 Menschen in Kampfhandlungen ums Leben gekommen.

Lara Bonilla war ein junger, vielversprechender Politiker, der in den letzten Tagen seines Lebens warnte, daß er von der Mafia zum Tode verurteilt worden sei. Betancurs Regierung kann nicht dulden, daß er sein Leben umsonst opferte.



Freie Fahrt

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

## Zur Sonne, zum Streik

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Freitagabend, der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Ernst Eisenmann, gibt das Ergebnis der Urabstimmung in Nordwürttemberg/Nordbaden bekannt: 80 Prozent der organisierten Metallarbeiter wollen den Streik. Als im Rundfunkgerät das Freudengetöse aufbrach, zuckte der Hörer zusammen. Eine Erinnerung schließt in Bruchteilen einer Sekunde durch seinen Kopf. Wollt ihr den totalen Streik? Es ertönt das Arbeiter-Kampflied: Brüder zur Sonne, zur Freiheit. Mein Gott, leben wir denn noch in den Hochzeiten des Klassenkampfes? Das war die erste Schreckreaktion am alten Dampf-radio.

Die zweite Reaktion war nicht mehr das Erschrecken, auch nicht mehr die ungerechte Gedankenverbindung mit einem bösen Ereignis aus jüngerer deutscher Vergangenheit, sondern die Rückkehr zur Disziplin analytischen Denkens. Mit der Urabstimmung bewegt sich die IG Metall innerhalb der verfassungsmäßigen Tarifautonomie. Orientiert man sich an den Spielregeln des Arbeitsrechts, so muß auch in der „heißen Phase“ der baldige Abschluß eines Tarifvertrags das oberste Ziel aller Kampfmaßnahmen bleiben. Der Streik hat allein dieses Ziel zu verfolgen, und eben dieses Ziel ist der Sinn von Abwehrmaßnahmen, die ja den Zweck haben, nach dem Prinzip der Waffengleichheit den Streik abzukürzen. Für die aktuelle Praxis hätte das zu bedeuten: Wenn überhaupt Erzwingsungsstreik und Abwehrmaßnahmen, dann möglichst heftig, in jedem Fall aber kurz. Beide Tarifparteien stehen unter dem Gebot des sozialen Friedens.

So, wie die Dinge liegen, kann sich die Analyse aber leider nicht auf die arbeitsrechtliche Würdigung beschränken. Die Gewerkschaftsführer haben keinen Zweifel daran gelassen, daß ihre Organisationen sich nicht nur als Tarifpartei, sondern als eine politische Bewegung verstehen. Dies ist auch der Hintergrund für den agitatorischen Ernst Breit, Arbeitgeber und konservative Politiker wollten den Sozialstaat stürmen schließen. Die Gewerkschaften funktionieren den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich um zum Aufmarsch politischer Gegenmacht wider die Politik der „Wende“ von Bundeskanzler Kohl. Das

Ergebnis der Urabstimmung im Südwesten zeigt, daß sich solche politische Gegenmacht am kraftvollsten nicht in der SPD als der Bonner Oppositionspartei formiert, sondern in jenen Betrieben, die Hochburgen der IG Metall sind. Dieses Faktum ist ernst zu nehmen.

Helmut Kohl wird nicht daran vorbeischießen, daß seine Autorität als Bundeskanzler berührt ist. In seiner Kampagne zur Bundestagswahl vom 6. März 1983 hatte er um Zustimmung zu seiner Politik der „Wende“ geworben, und er hat sie überzeugend erhalten. Unter seinen Wählern waren sehr viele Arbeiter und Angestellte. Es ist klar, daß er gegenwärtig einen Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als höchst unvernünftigen Schlag gegen seine Regierungspolitik ansehen muß. Es entspräche den Regeln der Logik, davon auszugehen, daß Arbeitnehmer, die am 6. März 1983 Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt haben, jetzt bei einer von ihrer Gewerkschaft in Szene gesetzten Urabstimmung über Streik ihrem durchaus erfolgreichen Kanzler nicht in den Rücken fallen würden. So mag auch Kohl gedacht haben, als er immer wieder deutlich seine Meinung kundtat, er sei nicht prinzipiell gegen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, aber jetzt die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu fordern, das sei Unsinn, und einen Streik könnten wir uns in dieser Phase des Konjunkturaufschwungs überhaupt nicht leisten. Nun kommt man nicht daran vorbei: Die 80 Prozent der in der IG

Metall organisierten Arbeitnehmer in Nordwürttemberg/Nordbaden, die den Streik wollen, haben gegen Bundeskanzler Kohl gestimmt. Die Urabstimmung im Tarifgebiet Hessen läßt kaum ein anderes Ergebnis erwarten.

Man könnte es sich leicht machen und den Arbeitgebern folgen, die sagen, da es in den von der Urabstimmung betroffenen Betrieben insgesamt 501000 Arbeitnehmer gibt, davon aber nur 201000 für Streik votiert haben, handele es sich nur um eine Minderheit von 40 Prozent. Das Argument hat sein Gewicht, sollte es insbesondere für die Gewerkschaft haben, wenn sie daran geht, aus der Urabstimmung Konsequenzen zu ziehen. Aber das Verhalten derer, die sich in der Urabstimmung gegen Kanzler Kohl entschieden haben, kann so nicht erschöpfend erklärt werden. Offensichtlich muß das Gruppenverhalten ins Kalkül gezogen werden. Der Arbeitnehmer, der bei einer Bundestagswahl als mündiger Bürger seine Stimme in die Waagschale wirft, sieht sich offenbar in einer ganz anderen Rolle, sobald seine Gewerkschaft ihn zum Arbeitskampf aufruft. Hier ist der Ansatzpunkt zur Mobilisierung politischer Gegenmacht gegen die Regierung Kohl. Die IG Metall und die IG Druck und Papier nutzen das aus. Sie kämpfen nach den Regeln des Arbeitsrechts, aber sie machen in Wirklichkeit den innenpolitischen Vorreiter der SPD.

Doch die IG Metall kann ihren Triumph sehr schnell ins Gegenteil verkehren, wenn sie glaubt, sie habe jetzt den Freibrief, unser Land fruchtbarlich mit Streik zu überziehen. Zur Urabstimmung wurden Gewerkschaftsmitglieder in ausgewählten Tarifgebieten aufgerufen. Ein großer Streik zöge jedoch die ganze Bevölkerung in Mitleidenschaft. Es ist kein vernünftiger Zweifel daran möglich, daß die allermeisten Bürger einen Massenstreik für willkürlichen Unfug, ja, für einen nicht zu verantwortenden Schaden halten. Das gilt auch für die Mehrheit der Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften sollten es sich noch einmal reiflich überlegen, ob sie wirklich stark genug sind, einen Streik vom Zaun zu brechen, den die Bürger als eine Kampfansage an Bundeskanzler Kohl auffassen müßten.



Kampfansage an den Kanzler: Steinkühler, Eisenmann FOTO: DPA

## Mit der Rentenneuordnung auf bessere Zeiten warten?

In drei Jahren hätte man mehr Geld und vielleicht weniger Ärger / Von Gisela Reiners

Es sieht so aus, als dauerte es noch eine Weile, bis dem Verfassungsgerichtsurteil Genüge getan wird und Mann und Frau im Rentenrecht gleichgestellt werden. Zu groß sind die Meinungsunterschiede innerhalb der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP. Für Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) scheint zwar alles klar zu sein. Er wirbt für das Anrechnungs-Modell, das erlauben soll, ohne Mehrkosten eine Rente sowohl an Witwen als auch an Witwer zu zahlen.

Zuvor hatte man im Rentenrecht immer unterstellt, daß hinterbleibende Ehefrauen und Mütter, die wegen Hausarbeit und Erziehungsaufgaben nicht berufstätig waren, versorgt werden müßten. Doch dagegen hatte ein Witwer geklagt und Recht bekommen. Das Gericht meinte, bei zunehmender qualifizierter Berufstätigkeit der Frauen auch Männern eine Versorgung gewährt zu müssen. Und da das Rentenrecht schon reformiert werden sollte, wollte man gleich auch

die Lage der nicht oder nur wenig berufstätigen Mütter im Verhältnis zu erwerbstätigen kinderlosen Frauen verbessern. Aber wie bezahlen, und durch wen?

Blüms Anrechnungs-Modell stößt sogar in seiner eigenen Fraktion auf nicht geringen Widerstand. Und die FDP hat deutlich gemacht, daß sie von der Lösung nichts hält. Die Rentenexperten Haimo George (CDU) und Dieter Julius Cronenberg (FDP) plädieren nun für eine Pause zum Nachdenken. Dabei gibt Cronenberg offen zu, daß er sich seiner bisherigen Befürwortung des Teilhabe-Modells nicht mehr sicher sei, weil es Probleme bringe, die er vorher so nicht gesehen habe. George meint, man solle sich etwa drei Jahre Zeit nehmen und eine Besserung der Wirtschaft abwarten, dann dürfe die Reform nach dem Teilhabe-Modell vielleicht auch etwas kosten. Cronenberg: „Bei allem Respekt vor dem Verfassungsgericht – es kann uns ja nicht in Begehaft nehmen.“ Das Brett, das Blüm bohren

muß, scheint immer dicker zu werden. In seinem Hause argwöhnt man schon, es könne eine Profilneurose der FDP hinter dem Widerstand stecken. Die FDP habe es immer schwerer, Eigenständigkeit zu zeigen. Die Union deckt fast alles ab, bis hin zum Ladenschlußgesetz, dessen Familienminister Geißler sich jüngst angenommen habe. Zähneknirschend habe die FDP hinzunehmen müssen, daß die Rentenplanung nicht verschoben werden könne. Nun suche sie auf jeden Fall das Anrechnungs-Modell zu verhindern – nur um sich auf diesem Schlachtfeld zu behaupten, wird im Umfeld Blüms vermutet.

An dieser Annahme könnte etwas dran sein. Dennoch ist der Widerstand nicht ganz unverständlich, denn Zeit zum Nachdenken kann nicht schaden. Schließlich haben beide Modelle Vor- und Nachteile und überzeugen niemanden ganz. Bei der Anrechnungs-Lösung werden verschiedene Ein-

## IM GESPRÄCH Jacques Chereque

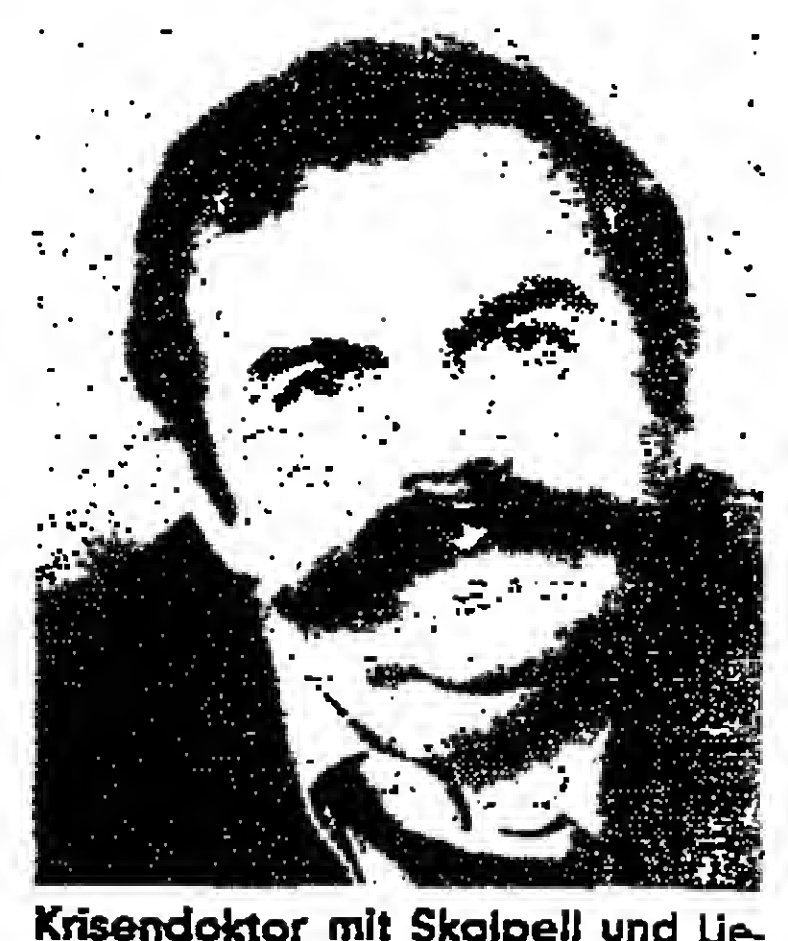
### Nothelfer in Lothringen

Von August Graf Kageneck

François Mitterrand hat wieder einmal politisches Geschick bewiesen. Er ernannte den 56jährigen Gewerkschaftsführer Jacques Chereque zum „Sonderkommissar für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Lothringens“ und damit zu seinem Mann in einer Provinz, in der sich in den nächsten zwei Jahren das Schicksal seines Regimes entscheiden muß. Chereque muß zusammen mit dem Industrie-Superminister Laurent Fabius die undankbare Aufgabe anpacken, etwa zehntausend lothringische Stahlarbeiter, die im Zuge des Abbaus überholter industrieller Strukturen bis 1986 auf die Straße gesetzt werden, in neuen Betrieben unterzubringen.

Er sammelt sich sozialer und politischer Sprengstoff an, der nur auf Zündung wartet. Sie könnte kommen, wenn der „Stahlplan“ des Ministers Fabius fehlschlagen sollte. Jacques Chereque kennt die Situation aus allererster Hand. Bevor der Sohn einer Heilpraktikerin aus Dijon – der Vater verstarb früh – und ehemalige katholische Pfadfinder es in den Rängen der linkssozialistischen Gewerkschaft CFDT bis zum stellvertretenden Generalsekretär und Spezialisten für auswärtige Angelegenheiten brachte, war er Dreher im Stahlwerk von Pompey bei Nancy.

Der massive Mann mit dem Sternschnauzbarb hat seit 1976 erlebt, wie sich die Herren in Paris um das unglückliche Revier zwischen Mosel und Orne bemühten, ohne den Niedergang der Stahlriesen aus einem anderen Jahrhundert stoppen zu können. Er weiß, wie die Enttäuschung unter den Arbeitern wuchs, wie sie einen Sonderminister oder Sonderpräfekten nach dem anderen ausspülten. Er weiß aber auch, welche Hoffnungen im Mai 1981 aufblühten, als die Linke in Paris an die Macht kam. Hoffnungen, die drei Jahre später tiefer begraben wurden als je zuvor unter den bürgerlichen Regierungen.



Krisendoktor mit Skolpell und Liebe: Chereque FOTO: CAMERA PRESS

Chereque soll das nun alles wieder „aufräumen“. Mit Herz und Schnauze, vom Schnauzbarb gar nicht zu reden, ist es allein nicht getan. Auch wenn der „Dicke“, wie man ihn in der Pariser CFDT-Zentrale nannte, für seine Hemdsärmeligkeit ein Begriff ist. Oder war, jetzt hat er seine Gewerkschaftskluft gegen die pompöse Uniform eines „Kommissars der Republik“ vertauscht. Das erleichtert ihm seine Aufgabe nicht. Für seine früheren Kollegen, vor allem in den Rängen der stets mißtrauischen kommunistischen CGT, ist er nur ein trojanisches Pferd des Staatsapparates, bestimmt dafür, die Gewerkschaftsfront ruhig zu halten. Für die Arbeiter ist er nur der letzte in einer langen Reihe von Krisendoktoren, die sich seit zehn Jahren in Lothringen die Skolpelle stumpf geschliffen haben.

Die ersten Kommentare seiner ehemaligen Freunde waren durchgehend skeptisch. Den Vater von fünf Kindern, der nicht an „Ich werde mich meiner schweren Aufgabe mit der Liebe unterziehen, die ich zu diesem Boden und zu diesen Menschen habe“, sagte er nach seiner Ernennung.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### BERLINER MORGENPOST

Das Blatt kritisiert die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung:

Bundeskanzler Kohl hat sich mit dem vollen Gewicht seines Amtes vor jene Männer gestellt, die ihm die Vorlage zur Parteipenden-Amnestie aufgeschwatzt haben. Die Erklärung des Kanzlers hat, vielleicht, ein wenig zur Beruhigung jener Stürme beigetragen, die zur Zeit im Bonner Wasserglas toben. Sicher ist dies jedoch nicht. Die Öffentlichkeitspolitik der Regierung zeigt wiederum große Schwächen: den Parteimanagern mangelt es an Fingerspitzengefühl. Zieht man die großen Leistungen in Rechnung, die von der Regierung auf anderen Feldern erbracht wurden, so wird man geradezu zwangsläufig an das Sprichwort vom dem Esel erinnert, der auf Eis geht, weil es ihm zu wohl wird.

### STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zur Urabstimmung der IG Metall heißt es hier:

Von vornherein war klar: Wie immer das Ergebnis der Urabstimmung aussehen würde, zur Freude gibt es keinen Anlaß. Die Alternative hieß doch: Ein deutliches Votum für den Streik rückt diesen in noch bedrohlichere Nähe, und das Argumentieren mit den Arbeitslosen und der größten Sicherheit der Arbeitsplätze wird nach einem Arbeitskampf noch unglaubwürdiger. Andererseits müßten weniger als 75 Prozent bei der Urabstimmung tatsächlich eine massive

Schwächung der Gewerkschaftsführung zur Folge haben, vielleicht zum Vorteil der Radikalen, das sahen viele Mitglieder auch. So waren nicht wenige in die leidige Situation gestellt, zwischen Solidarität für die Gewerkschaft und der besseren Einsicht bei der 35-Stunden-Woche wählen zu müssen. Für viele war das schwer genug, aber es war vermutlich noch nicht die höchste Hürde. Wenn es nun zu Streik und Aussparung kommen sollte, in welche Zwänge zwischen Solidarität und fehlender Überzeugung kommen viele Arbeitnehmer dann? Und wer übernimmt die Verantwortung für das, was mit der Konjunktur, dem Arbeitsmarkt und in manchen Betrieben geschehen wird?

### WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Zum Anrechnungsgesetz meint die Kaiser Zeitung:

Kein Zweifel: Helmut Kohl will wieder einmal beweisen, worin seine größte politische Begabung besteht – im Aussitzen. Das neue deutsche Wort beschreibt die Fähigkeit, Konflikte durchzustehen. Kann man wünschen, daß ihm dies mit dem geplanten Anrechnungsgesetz für Spendsünder gelingt? Zu sehr beleidigt dieses Vorhaben das Rechtsgefühl, zu sehr trägt es dazu bei, den ohnehin beschädigten Ruf des Parteienstaates weiter zu demontieren. Kohl indessen denkt da ganz praktisch: erstens: Er hat die Mehrheit. Zweitens: Einen Schlußstrich wollen alle. Auch die Sozialdemokraten, die sich jetzt – zu Recht – empören, haben sich der zweifelhaften Praktiken bedient, mit deren Hilfe die Spenden in die Parteikassen geleitet wurden.

künfte des Hinterbliebenen zu 40 Prozent auf die Witwen bzw. Witwerrente angerechnet, wenn sie einen Freibetrag von 900 Mark übersteigen. Das hat den Vorteil, daß keine Mehrkosten anfallen, daß keine Häufung von Renten entsteht und daß Frauen mit einer eigenen Rente zum großen Teil gesichert werden. Cronenberg sieht aber drei Manipulationsmöglichkeiten für den Gesetzgeber. Der Freibetrag kann verringert, der Anrechnungsprozentsatz erhöht und der Kreis der anrechenbaren Einkünfte erweitert werden. Obendrein verbessert sich die Lage der nicht erwerbstätigen Mütter nicht, wenn sie nur auf dem Schlachtfeld zu behaupten, wird im Umfeld Blüms vermutet.

Das Teilhabe-Modell dagegen, das dem Hinterbliebenen einen bestimmten Prozentsatz (zwischen 60 und 70 Prozent) der gemeinsamen Ansprüche zuspricht, benachteiligt schon Frauen mit sehr kleiner eigener Rente und läßt sich nicht zwischen dem Altersversor-

gunssystemen (Beamte, Sozialversicherte) anwenden. Und bei einem Teilhabe-Satz von 60 Prozent (mehr ist zur Zeit kaum zu bezahlen) gehen die Mütter wieder „leer“ aus.

Eine wirklich schlüssige Lösung, die auch die eigenversicherten, berufstätigen Ehefrauen überzeugt, die die Gleichstellung der Männer bezahlen müßten, ist nicht in Sicht. Hilfreich könnte aber die Steuerreform sein, wenn sie Geld zur Verfügung stellte, um den Müttern pro Kind ein Versicherungsjahr im Rentenrecht anzuerkennen. Das könnte aus den Rententafeln nicht bezahlt werden und sollte es auch nicht, denn Familienlastenausgleich ist eine Aufgabe für alle und nicht nur für Sozialversicherte. Denkbar wäre aber auch eine Teilhabe-Lösung, die dem Hinterbliebenen nicht mehr mindestens die eigene Rente garantiert, eine Regelung, von der fast ausschließlich Männer profitieren hätten. Denkbar – zumindest also nachdenkbar.



Urabstimmung in der Metallindustrie: 80 Prozent der Gewerkschafter stimmen für Streik

## Die Gewerkschafter singen – Weg zum Streik ist frei

Von WERNER NEITZEL

Freitagabend kurz nach 23 Uhr. Die über hundert Betriebsräte und Wahlhelfer im Stuttgarter Gewerkschaftshaus brechen in lauten Jubel aus. Soeben hat der Bezirksleiter der IG Metall Ernst Eisenmann das Ergebnis der Urabstimmung im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden bekanntgegeben: 80,05 Prozent der organisierten Metallarbeiter haben grünes Licht für einen Streik um die 35-Stunden-Woche gegeben.

Fernsehgerecht, die attraktiven Nachrichtensendungen sind allerdings vorbei, erheben sich alle von ihren Plätzen. Die Herren am Funktionärstisch geben sich die Hände, und durch den Saal schallt das alte Kampflied der Arbeiter „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“.

Bezirksleiter Eisenmann, der als Nachfolger des ebenfalls präsenten IG-Metall-Vize Franz Steinkühler den kampferprobten Bezirk in die heiße Phase führt, ist zufrieden. Er zeigt sich davon überzeugt, daß der 10. Mai (nach der Hassen-Urabstimmung) in Frankfurt tagende Gewerkschaftsvorstand alsbald den Weg für einen Streik freigibt.

Das langwierige Auszählen der Stimmzettel und das Sammeln der Ergebnisse aus den einzelnen Verwaltungsstellen, die sich in ruhiger Atmosphäre abwickelten, bekamen gegen Schluß noch eine unvorhergesehene hektische Note. Die Ursache dafür war, daß die Verwaltungsstelle Heidelberg mit ihrer Ergebnisübermittlung auf sich warten ließ. Da offenbar kein direkter telefonischer Kontakt dorthin zu bekommen war,

mußten sogar Taxifahrer, Polizei und Funktionärstrassen bemüht werden, bis dann mit erheblicher Verspätung doch noch ein Ergebnis hereinkam.

Zu der an zwei Tagen durchgeführten Urabstimmung hatte die Gewerkschaft alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Denn anders als beispielsweise bei der IG Druck werden die Ja-Stimmen statt an der Zahl der abgegebenen Stimmen an den Stimmberechtigten gemessen. Auch die Arbeitgeberseite hatte im Hinblick auf die in Betrieben in der Belegschaft sehr kontrovers geführte Diskussion um Für und Wider einer verkürzten Wochenarbeitszeit per Zeitungsanzeigen, Flugblätter und Briefe an die Mitarbeiter nichts unversucht gelassen, auf die Wichtigkeit dieser Urabstimmung und auf das von ihnen vorgelegte Angebotspaket hinzuweisen. Zustände kam dann eine hohe Wahlbeteiligung von 96,4 Prozent.

Die Abstimmungspraxis in den Betrieben bot einmal mehr Anlaß zu vielfältigen Gerüchten und Verdächtigungen, wofür beispielsweise das Fehlen von Wählerlisten und fehlende externe Beobachtungsmöglichkeiten Tür und Tor öffneten. So berichtet der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg von einer Vielzahl von Anrufen empörter Mitarbeiter aus den Betrieben, was zumindest den Verdacht aufregte, daß die Abstimmung nicht überall korrekt durchgeführt worden sei.

Unklarheit und „mehr als zweifelhafte“ erscheint zum Beispiel auch die Zahl der „angelegentlich Abstimmungsberechtigten“. Während es nach Angaben der IG Metall in 1978



Ausgelassen feiern die Gewerkschafter – mit dem Kollegen Roboter – das Ergebnis der Urabstimmung. FOTO: DPA

noch 305 000 im Bereich Nordwürttemberg/Nordbaden gewesen seien, registriert der Metallarbeitgeberverband „mit einigem Erstaunen“ diesmal die Angabe von nur 280 000 Abstimmungsberechtigten. Da die Mitgliederzahlen der IG Metall in diesem Bereich nach eigenen Angaben in den letzten Jahren nicht gesunken seien, müsse man davon ausgehen, daß es auch in diesem Jahr mehr als 300 000 Stimmberechtigte gewesen sind. Gemessen an dieser Zahl würden die Ja-Stimmen lediglich eine Quote von 86 Prozent, also deutlich weniger als 75 Prozent bedeuten.

Über Abstimmungsergebnisse aus einzelnen Betrieben mag die IG Metall keine Auskunft geben. Dennoch sickern Zahlen aus zahlreichen Betrieben im Raum Göppingen, aus dem Rems-Murr-Kreis oder auch aus dem Heilbronner Raum durch, nach denen dort Ja-Stimmen-Ergebnisse zum Teil deutlich unter der 75-Prozent-Marke zu verzeichnen sind. Auf jeden Fall scheint die Variationsbreite der Quoten sehr breit zu sein. Insbesondere scheint es sich zu erhöhen, daß in Betrieben mit hohem Facharbeiter-Anteil, wozu vor allem die in der Region stark vertretenen Maschinenfabriken gehören, nur rela-

tiv niedrige Ja-Stimmen-Quoten zu stande kamen.

Andererseits geht man davon aus, daß in Betrieben mit hohem Ausländer-Anteil die IG Metall Boden gutmacht. Festzuhalten ist, daß das Abstimmungsergebnis von diesmal insgesamt 80 Prozent deutlich unter dem Ausgang früherer Urabstimmungen liegt. So erbrachte beispielsweise in diesem Bereich der Metallindustrie die Urabstimmung des Jahres 1973 (hier ging es vor allem um die Abgruppierungssicherung) eine Ja-Stimmen-Quote von über 90 Prozent.

zulieferer ansässig ist (Mahle, Kolbenschmidt, Kühler-Behr, SWF-Autoelectric usw.). Dies eröffnet der Gewerkschaft nicht zuletzt die Möglichkeit, mit relativ geringem geldlichen Einsatz eine große Wirkung zu erzielen.

Arbeitskämpfe vergangener Jahre haben vor Augen geführt, daß ein streikbedingter Produktionsstillstand im Südwesten alsbald flächenbrandartig auch Montagebetriebe in entfernteren Automobilfabriken stoppte. Ein weiteres Beispiel: Der Produktionsverbund, in dem sich die inländischen Daimler-Benz-Werke gegenseitig beliefern und ergänzen, würde empfindlich gestört, wenn in den baden-württembergischen Werken dieses Konzerns plötzlich nichts mehr lief.

Man darf unterstellen, daß im Vorfeld eines drohenden Arbeitskampfes die Unternehmen mit dem Aufbau von größeren Pufferlagern (was man sonst aus Gründen der Mittelbindung zu vermeiden trachtet) Engpaß-Situationen vorbeugen versuchen. Hiermit kann jedoch allenfalls eine eng begrenzte Durststrecke überstanden werden.

## „Die kleine Pflanze des Aufschwungs nicht zerstören“

Von XING HU-KUO

Ein junger Mann verteilt ein „Extra-Blatt“ der „marxistischen Arbeiterzeitung“ zur Urabstimmung. Es ist Samstag morgen in der Stuttgarter Innenstadt. Die meisten Passanten werfen das mit viel Rot bedruckte Papier nach einem flüchtigen Blick in den nächsten Papierkorb. Die Hersteller des Blattes wollen Öl ins Feuer gießen. „Arbeitskampf ja“, heißt es. Jedoch: keine Solidarität mit der Gewerkschaft, denn diese liefere nur „Scheingefechte“.

Die Bevölkerung im Land nimmt das Ergebnis der Urabstimmung gelassen hin. Es gibt Zustimmung, doch die Skepsis überwiegt. Auch bei den Arbeitnehmern der Metallindustrie scheint die Streikbereitschaft nicht so groß zu sein, wie es das Abstimmungsergebnis vermuten läßt.

Wer von den befragten Metallern gegen den Streik ist, sagt es allerdings lediglich hinter vorgehaltener Hand. Die Furcht, als „Verräter“ beschimpft zu werden, ist groß. Alle Befragten bitten, namentlich nicht genannt zu werden. Die Befürworter eines Streiks sagen es dagegen laut und offen. Sie haben nichts gegen die Veröffentlichung ihres Namens und ihrer Funktion.

### „Lieber gehe ich früher in Rente“

Einer von ihnen ist Reinhold Sikert, Feuerwehrmann bei Daimler-Benz in Mannheim. „Ich bin voll dafür. Von der Richtigkeit dieser Maßnahme bin ich überzeugt. Ich werde auch streiken, wenn es dazu kommt. Vermutlich kriegen wir unsere Forderungen nicht ganz durch. Wir werden vielleicht eine oder zwei Stunden weniger pro Woche bekommen.“

Ein Angestellter derselben Firma dagegen: „Ich beurteile das Ergebnis sehr kritisch.“ Das alles, Name und Funktion bleiben ungenannt.

Bei Bosch in Stuttgart sagt ein älterer Arbeiter: „Streik wäre nicht das richtige. Der Schaden, der dadurch entstehen würde, wäre kaum aufzuholen.“ Bei SEL in Stuttgart sagt ein Mitarbeiter (eine weitverbreitete Meinung übrigens): „Lieber gehe ich fünf Jahre früher in Rente. Von Streik für die 35-Stunden-Woche halte ich nichts. Erstens kommt sie im Zuge der Automatisierung sowieso, zum anderen bringt sie bestimmt keine neuen Arbeitsplätze.“ Nach der Bitte, seinen Namen nicht in der Zeitung zu nennen („Das bringt nur Ärger“), meinte er: „Die kleine Pflanze des Aufschwungs sollte man nicht so belasten, daß sie gleich umfällt.“

Klare, aber auch versöhnliche Worte findet der Arbeiter Norbert Fischer aus einem Metallbetrieb in Mannheim. „Ich habe für einen Streik gestimmt, weil die Arbeitgeber offenbar

nur diese Sprache verstehen. Ich hoffe natürlich nicht, daß es dazu kommt, sondern daß die jetzt ausgesprochene Warnung ausreicht.“

Auch der 54jährige Türke Mehmet Özal, seit 15 Jahren in Deutschland, unterstützt die Forderungen der IG Metall. „Ich bin mit den deutschen Kollegen solidarisch. Deutschland ist reich genug, um auch die 35-Stunden-Woche zu bezahlen.“

In Heilbronn erklärt ein Metallarbeiter, der vor einigen Jahren aus der „DDR“ gekommen ist: „Alles Quatsch. Die Gewerkschaften werden immer anspruchsvoller, so wird die Wirtschaft garantiert ruiniert.“

### Ja bei Mercedes. Skepsis bei IBM

In Sindelfingen, 20 km südöstlich von Stuttgart, ist der Streik Thema Nummer eins. Daimler-Benz beschäftigt hier 38 000, IBM 4500 Menschen. Während Mitarbeiter der Automobilfirma eher zu der Haltung ihrer Gewerkschaft neigen, ist bei den Beschäftigten von IBM die Skepsis auf-fallend größer. Ein Facharbeiter: „Wir haben besonders sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze, die es zu erhalten gilt. Von Streik halten deshalb viele nichts. Auch der Organisationsgrad der Gewerkschaft ist bei uns geringer als anderswo. Ich hatte den Eindruck, daß Wahlbeteiligung und Ja-Stimmen niedrig sein dürften.“

Ein Landarzt in Filderstadt bei Stuttgart: „Streik wäre Blödsinn. Unsere Konkurrenzfähigkeit würde noch mehr sinken. Aufgrund meiner vielen Gespräche mit der Bevölkerung schätze ich, daß 80 Prozent der Leute ähnlich denken.“

### Sorge vor allem bei kleinen Betrieben

In Ulm, mit 7,7 Prozent Arbeitslosigkeit an der Spitze Baden-Württembergs, ist die Stimmung unter der Bevölkerung ebenfalls sehr kritisch. Fast übereinstimmend sagen die Befragten, daß vor allem in kleineren und mittleren Betrieben die Neigung zu Streik für die 35-Stunden-Woche nicht sehr groß ist. Die Angst, daß gerade die kleinen Firmen nicht konkurrenzfähig bleiben, wenn die Gewerkschaft ihre Forderungen durchsetzt, durchzieht wie ein roter Faden alle Gespräche.

Diese Meinung vertritt auch der Sindelfinger Schlosser Martin Viebig. „Generell bin ich schon für die 35-Stunden-Woche, notfalls auch mit Streik. Allerdings muß differenziert werden. Mein Chef mit 20 Mitarbeitern kann sich diesen Luxus nicht so leisten wie ein Milliardenkonzern“, sagt der Familienvater, der für drei Kinder zu sorgen hat.

## Warum es sich im Ländle gut streiken läßt

Von WERNER NEITZEL

Einem Fernbeben gleich will man Auswirkungen der Urabstimmung der Metaller des Tarifgebietes Nordwürttemberg/Nordbaden sogar an der New Yorker Devisenbörse verspürt haben: Der Dollarkurs bekam Aufwind und die D-Mark notierte schwächer.

Daß der wirtschaftsstarke Südwestzipfel der Bundesrepublik, das „Ländle“ Baden-Württemberg, in der Vergangenheit wie auch jetzt immer wieder in den Blickpunkt geriet, wenn es darum ging, in der metallverarbeitenden Industrie Tarifzeichen zu setzen, ist eine Tatsache. Worin aber liegt die Ursache für die verantwortungsschwere Schlüsselrolle, die einmal mehr auf dieses Bundesland (daneben bleibt auch Hessen im Visier) zumindest von der arbeitskampftaktischen Seite her zuzufallen scheint?

An erster Stelle zu nennen ist die relativ starke Verankerung der IG Metall in der metallverarbeitenden Industrie der Südwestregion. Zwar rangiert die Metallindustrie hier gemessen an der Beschäftigtenzahl dieses sehr heterogenen Wirtschafts-

zweigs hinter Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle. In gewerkschaftlicher Disziplin und Geschlossenheit nehmen freilich die baden-württembergischen Metaller für sich den Spitzenplatz in Anspruch.

In einer Reihe von Tarifkonflikten bzw. Arbeitskämpfen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten die Tarifvertragsparteien der Metallindustrie Baden-Württembergs gleichsam stellvertretend für andere Regionen und Branchen miteinander gerungen. Namen wie Willi Bleicher oder Franz Steinkühler auf Gewerkschaftsseite bzw. Hanns-Martin Schleyer oder Heinz Dürr auf Arbeitgeberseite wurden auf diese Weise, da sie als fingerhakenhafte Verhandlungsführer häufig in das Rampenlicht rückten, recht schnell zu einer breiten Öffentlichkeit bekannten Kontrahenten.

Organisationsmäßige Geschlossenheit und auch Kampferprobtheit würden allerdings ohne ihren hohen Stellenwert bleiben, wäre da nicht das Umfeld einer florierenden robusten Wirtschaft im Südwesten. Die anerkannte gute wirtschaftliche Kondition der Region zwischen Neckar, Schwarzwald und Bodensee bietet

ganz offensichtlich jene Grundlage, auf der es sich gut streiken läßt.

Die Industriestruktur dieser Gegend ist zum einen gekennzeichnet durch seine Branchenvielfalt. Große Krisen nach Art der Erschütterungen, wie sie andere Teile der Bundesrepublik beispielsweise durch Probleme des Kohlebergbaus, der Werften oder

### DIE ANALYSE

der Stahlindustrie erleben und noch durchzustehen haben, bleiben der Südwestregion erspart. Sie sind ohnehin dort ein fortwährender Gefahrherd, wo man allzu lang an Monstrukturen klebte. Was einmal südlich der Main-Linie ein bitterer Nachteil war, nämlich der Mangel an Rohstoffen, hat sich zum Vorteil gewendet.

Das naturgegebene Handicap fehlender Bodenschätze und weiter Wege, das in der Zeit der ersten Industrialisierung kein richtiges Fortkommen gestattete, wurde alsbald überspielt durch Einfallsreichtum und Er-

findergeist eines im geduligten Tüfteln und zielstrebigem Arbeit geübten Menschenschlags. Auf diesem Nährboden entwickelte sich ausgeprägter als anderswo ein bunter Fächer veredelnder und verarbeitender Handwerksbetriebe und Industrien in enger Symbiose zur Land- und Forstwirtschaft. Das gut funktionierende Zusammenspiel von Klein- und Mittelbetrieben und Großunternehmen gibt einen wichtigen Rückhalt.

Seit Jahren und Jahrzehnten brilliert die baden-württembergische Wirtschaft mit überdurchschnittlich günstigen Arbeitsmarktdaten. Die Kernregion Mittlerer Neckar, die mit dem Großraum Stuttgart identisch ist und prosperierende Großfirmen wie zum Beispiel Daimler-Benz, Bosch, IBM, SEL oder Porsche beherbergt, prägt dabei das günstige Bild ganz wesentlich.

Auf die Metalltarifverhandlungen, die bislang sehr häufig in regionale Pilotabschlüsse einmündeten, übte diese Konstellation schon immer eine geradezu magische Anziehungskraft aus. Kommt hinzu, daß in dieser Region neben Bosch auch eine ganze Reihe anderer führender Automobil-

# FRAUEN ZUM BUND



Außerdem im SPIEGEL  
dieser Woche:

Der Skandal von Bonn  
Amnestie für Parteispender?

Todesflug eines US-Generals  
Amerikaner testen Sowjet-Waffen

Kesse Show in Ost-Berlin  
Nackte Busen im  
neuen Friedrichstadt-Palast

DER SPIEGEL



# Volle Einbeziehung von Berlin ist für Bonn „unabdingbar“

Bundesregierung nennt die Bedingungen für ein Kulturabkommen mit der „DDR“

H.-R. KARUTZ, Berlin

Im Vorfeld der am vergangenen Freitag absolvierten vierten Verhandlungsrunde über das angestrebte Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin steckte die Bundesregierung öffentlich und mit großem Nachdruck ihre Position hinsichtlich Berlins ab. Dabei verlangte der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, von der „DDR“ eine Garantie für die volle und praktische Einbeziehung Berlins in das Abkommen. Das nächste Gespräch über das Abkommen, das möglichst beim geplanten Honecker-Besuch unterzeichnet werden soll, findet bereits im Juni statt.

In einem Vortrag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung über das Thema „Innerdeutsche Kulturpolitik - Teil einer offensiven Deutschland-Politik“ stellte Windelen Mitte April klar: Die Bundesregierung beharrt angesichts der schlechten Erfahrungen mit Moskau kulturellem Berlin-Boykott darauf, daß Ost-Berlin beim Abschluß der Kulturvereinbarung die volle und praktische Einbeziehung Berlins in die verabschiedeten Programme gewährleistet. Dies sei „unabdingbar“, erklärte Windelen in seinem Vortrag. Vor allem die Sammlungen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, in West-Berlin beheimatet, dürften von „DDR-Seite weder diskriminiert noch boykottiert werden“.

## Eine Grundsatzfrage

Die Bundesregierung schreckt offenkundig das Verhalten Moskaus, das trotz der formalen Einbeziehung Berlins in die deutsch-sowjetische Kulturvereinbarung bei allen Gastspielen, wenn irgend möglich, einen Bogen um West-Berlin macht. Im Prinzip sichert die sogenannte

„Frank-Fallin-Formel“ die Einbeziehung West-Berlins, wobei auf das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 verwiesen wird. Ein derartiger Hinweis, den Ost-Berlin anscheinend zur Zeit nur akzeptieren will, reicht Bonn jedoch keinesfalls aus. Windelen beschrieb jedenfalls das angestrebte Ziel bei diesem gesamten Komplex, von dem vor allem Berlin profitieren soll, auf folgende Weise:

Hier ist es - gerade auch im Licht der negativen Erfahrungen aus der kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR - nicht mit einer formellen Feststellung getan, daß das Abkommen entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 in Übereinstimmung mit dem festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt wird. Es muß vielmehr die Gewähr gegeben sein, daß diese Einbeziehung auch in der praktischen Zusammenarbeit funktioniert. Hier geht es um politische Grundsatzfragen wie auch um die Nutzung des großartigen und einmaligen Potentials, das sich in Berlin (West) befindet.

Windelen führte in seinem Referat schließlich zum erstenmal eine Reihe bisher unbekannter Details aus den Verhandlungspapieren der Bonner Seite auf. Dabei erklärte er unter anderem:

„Vom Kulturabkommen erwarten wir zusätzliche Anstöße und Projekte - zusätzlich wohlgeordnet zu den Beziehungen, die es schon gibt.“

Wichtig ist, daß die seit Ende der fünfziger Jahre gänzlich unterbrochenen Beziehungen im Bereich der Volks- und Laienkunst wiederbelebt werden und daß nicht nur gewerblicher Austausch von den zuständigen

Konzert- und Bühnengruppen vermittelt wird, sondern sich auch Chöre und Laienspielgruppen gegenseitig zu Gastspielen besuchen können.

● Das Abkommen soll Austausch und Zusammenarbeit in folgenden Bereichen ermöglichen und verbessern: bildende und darstellende Kunst, Musik und Literatur, Film, Hörfunk und Fernsehen, Museen, Archiven und Bibliotheken, Denkmalpflege, Buch- und Verlagswesen.

● Es soll sich auch auf das Bildungswesen, den Hochschulbereich und die Wissenschaften (ohne Forschung und Technologie) erstrecken.

## „Kultureller Tourismus“

● Wir haben der DDR ein breitangelegtes „Sachprogramm“ vorgelegt...

● Selbstverständlich gehören dazu auch Gastvorlesungen, Stipendien, wechselseitige Besuche und anderes mehr.

● Auch die Religionsgemeinschaften - ich nenne das Stichwort „Kirchenmusik“ - Fach- und Personenverbände, gewerbliche Unternehmen und selbstverständlich auch natürliche Personen sollen auf unserer Seite Partner beim Kulturaustausch sein.

● Wir sind bestrebt, Kontakte, Austausch und Zusammenarbeit möglichst direkt mit den Beteiligten auf der DDR-Seite zu pflegen und generell die kulturelle Zusammenarbeit zu „individualisieren“.

● Wichtig erscheint mir, daß die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für einen „kulturellen Tourismus“ verbessert werden: Es soll leichter werden, die Zeugnisse und Überlieferungen aus der deutschen Vergangenheit und der deutschen Kulturgeschichte vor Ort kennenzulernen.

Eine Woche lang bereiste unser Redaktionsmitglied Lothar Schmidt-Mühlisch Polen.

Vor drei Jahren war er zuletzt dort gewesen. Trotz der bedrückenden Lage scheinen die Polen eines nicht verlernt zu haben: Hoffnung und Geduld. Ein Gesprächspartner sagte ihm: „Früher hatten wir den surrealistischen Sozialismus, heute den paranoiden. Ein Fortschritt.“



Polnische Überlebensstrategie: Illegaler und legaler Markt in einem Vorort von Warschau

FOTO: BILDARCHIV JÜRGENS

# Depressionen und jähe Wut - ein polnisches Tagebuch

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Sonntag

Es ist fast ein „Ostereispaßgang“: Im italienischen Barockgarten des königlichen Residenzschlosses Wilanow blühen die Forsythien und die Mandelbäume. Ein paar Angler genießen die ersten warmen Sonnenstrahlen. In der Ferne galoppiert ein einsamer Reiter vorbei. Ein paar Zigeunerinnen drängen sich gegenseitig weg. Ein Blick in die Zukunft gefällig? „Dollar, Dollar.“ Natürlich. Dafür ist auch die Zukunft entsprechend. Aus der nahen Kirche dringt die voll tönende Stimme eines Priesters per Lautsprecher in den Park. Anna und Aleksander, die polnischen Freunde, die mich zu diesem Sonntagsgang hierher an den Stadtrand von Warschau entführt haben, überlegen sich das: „Fürchtet Euch nicht, denn ich bin bei Euch.“

Das klingt merkwürdig irreal, hier, in der Idylle des Frühlings. Und merkwürdigerweise wirkt diese Tröstung eher einen Hauch von Bedrückung auf das melancholische Glücksgefühl, das sich eben noch ausbreiten wollte. Polnischer Frühling 1984? „Jeder sonst sich heute so gern.“ Aber welche Auferstehung feiern sie denn? Mir fallen die vielen schwangenen Frauen unter den Spaziergänger auf. Aleksander, 33, Schriftsteller und Zyniker aus Enttäuschung, kommentiert: „Grosso modo: Polnische Paranoia. Wer keine Zukunft hat, tröstet sich mit den Kindern.“ Ein Herr schlenkert mit zwei riesigen Doggen vorüber. Die Schönheit der Tiere kann selbst Annas Kinstlerauge (sie ist Grafikerin) nicht beeindruckt. „Die drei Kilo Fleisch, die wir im Monat auf Lebensmittellisten zugekauft kriegen, fressen die Viecher doch an einem Tag auf.“

Nichts ist, wie es scheint. Auch abends im „Bazylik“ am Alten Markt nicht. Fasenbrust, Rehkrücken, Ente auf altpolnische Art. Dämmeriges Kerzenlicht. Die Bedienung tiefdekolletiert. Österreichische Weine. Aber: Ein Abendessen zu dritt verschlingt ein volles polnisches Monatsgehalt: 12 000 Zloty. Aber wer kann sich das leisten? „Gespaßte Gesellschaft. Manche haben Verwandte im westlichen Ausland. Für 50 West-Mark kriegst Du auf dem schwarzen Markt 10 000 Zloty. Der Rest sind Funktionäre, Touristen. Und essen wie hier, kannst Du sowieso nur noch in drei, vier Restaurants in Warschau. Die anderen haben kaum Fleisch, kaum Fett, kaum Gemüse.“ Man wird des bescheidenen Luxus nicht froh. Aber wenigstens die Freunde lassen sich den Appetit nicht verderben.

Bei der Rückkehr ins Hotel muß ich den Kordon der Prostituierten passieren. Viele davon sehen sogar sehr nett aus.

Dienstag

Das Café in Blonie, 28 km westlich von Warschau, liegt nicht weit vom Markt mit seinem schönen klassizistischen Rathaus. Die Einrichtung stammt aus den 50er Jahren, auf polnisch verschönert: dünnbeinige Kunststoff-Funktionalität. Kaffee gibt es gerade mal keinen. Aber es wird Coca Cola empfohlen. Aleksander hat mich hier mit den Redakteuren einer Untergrundzeitschrift zusammengebracht. Hat man keine Angst, sich so öffentlich zu treffen? „Hier kennt man uns nicht. Und so gut funktioniert die Staatssicherheit bei uns, Gott sei Dank, auch nicht. Polnische Wirtschaft.“

Gelächter. Wie viele Untergrundblätter es zur Zeit gibt? 500 bis 600. Genau weiß das keiner. Die wichtigsten wie KOS erscheinen wöchentlich. Da ein Priester mit in unserer Runde sitzt, kommt das Gespräch natürlich auf die Politik von Kardinal Glemp. Der Priester reagiert heftig: „Der Papst sollte ihn nach Rom abberufen. Dann könnten wir einen neuen Primas wählen, den Erzbischof von Krakau zum Beispiel. Wenn die Kirche so weiter macht, laufen ihr die Jugend und die Intelligenz weg. Auch unter den Priestern ist die Stimmung ausgesprochen gereizt.“

Aber ist die Konfrontation denn nicht tödlich? Ist es nicht besser, den Weg von KOS zu gehen und zu versuchen, in „einem langen Marsch“ die Gesellschaft von unten her zu unterwandern? Nicht nur der Priester widerspricht mir energisch: „Polen hilft nur noch eine radikale Lösung. Noch sind die Menschen nicht demoralisiert. Aber sie könnten es werden. Und ich glaube, wenn die Kirche den Milliardenkredit der deutschen Bischöfe für die Landwirtschaft einigermaßen gerecht untergebracht hat, wird sie ihre Haltung auch ändern. Sie werden sehen, spätestens nächstes Jahr ist der Burgfrieden wieder vorel.“ Die Polen sind im Träumen gefügt.

Mittwoch

Seit meinem letzten Besuch vor drei Jahren ist es im Arbeiter-Stadtteil Praga jenseits der Weichsel

Gibt's keine andere Chance? „In Warschau bestimmt nicht. Da wagt es keiner, mich jetzt noch einzustellen. Also ab in die Provinz. Bist Du schon mal in einem Kaff wie Konin oder Siedce gewesen? Dort bist Du lebendig begraben.“ Ich wage einen dümmlichen Hinweis auf ihre Jugend. Anna starrt mich an, als wäre ich geistesgestört. Und dann tobt sie los: „Jugend in Polen? Anders als besoffen oder mit Tabletten häßt Du das gar nicht aus. 17 Drogen-Tote hatten wir allein im letzten Monat. Hast Du schon mal polnische Schlagertexte gehört? Selbst im sozialistischen Rundfunk kriegt Du das geboten. „Erwachsene Kinder trauern, weil man ihnen das Leben stahl“, lautet einer der Texte. Vor zwei Monaten sollte ich eine Ausstellung haben. Sie war schon fix und fertig gebügelt. Eröffnet werden ist sie dann nie. Das heißt hier: Jugend.“ Ich betrachte die Radierungen an den Wänden des spärlich möblierten Zimmers. Eine Allee, deren Bäume geköpft sind. Ein einsames Haus in weiter Landschaft. Dem Haus fehlen Fensterkreuze und Türen. Statt dessen: schwarze Löcher.

Auf dem freien Markt von Praga, wo man kaufen kann, was man sonst nicht bekommt - zum fünftägigen Preis, versteht sich - mischen sich illegale mit zugelassenen Händlern. Die illegalen stehen wie eine Postenkette zwischen den Ständen. In den vorgestreckten Händen: ein halbes Pfund Kaffee der eine, der nächste eine Unterhose, der dritte zwei Tüfelchen Schokolade, der vierte eine Damenstrumpfhose. „Geklaut oder Westpakete“, sagt Anna. Ein Pfiff, die Postenkette löst sich sekundenschnell ins Nichts auf. Polizeikontrolle. Sie findet nur einen ganz normalen Markt.

Die zahllosen Hundeverkäufer vorne am Eingang haben, obwohl auch ohne Genehmigung, nichts zu befürchten. Aber sie fungieren als Wache. Polnische Überlebensstrategien: meisterlich.

Am Nachmittag bummle ich ein wenig durchs Zentrum. Merkwürdig, daß mir früher nie auffiel, wie kleinstädtisch Warschau Innenstadt wirkt. Es scheint mir ruhiger hier als vor drei Jahren. Und die Geschäfte sind als solche noch unkenntlich geworden. Kaum Auslagen, kaum ein Hinweis darauf, daß es hier etwas zu kaufen gibt. Vor scheinbar normalen Wohnhäusern steht plötzlich eine Schlange. Als Fremder muß man erst fragen, was es hier gibt. Und auch hier sitzen sie am Straßenrand: die Hundeverkäufer, die Mäuseverkäufer, die Zierfischverkäufer. Mir wurde von einem jungen Mann berichtet, der zu Hause fünf Hunde und 16 Katzen beherbergt. Auch das eine Flucht in die Träume?

Donnerstag

Besuch in einem privaten Kleinbetrieb am Rande von Warschau. Ein ehemaliger Bauernhof, die Stallungen hinterm einstöckigen Wohnhaus umgebaut zu einem kleinen Produktionsbetrieb. Das Metier: Frucht-säherstellung. Der Besitzer, Ende 40, ein stämmiger, resoluter Mann, dem man den amerikanischen Akzent auch auf Polnisch noch anhört, gehört zu jenen angeblich 300 Exil-Polen, die im Rahmen des neuen Wirtschaftskonzepts in ihre Heimat zurückgekehrt sind.

50 000 Dollar hat er in den Betrieb investiert. 18 Mitarbeiter beschäftigt er inzwischen. Das Geschäft, sagt er, geht überraschend gut. Die Exporterlöse teilt er mit dem Staat. Die Pressen, die automatischen Reinigungs-, Abfüll- und Verschlußmaschinen hat er zum Teil mitgebracht. Ob er nicht befürchte, daß sich die „Betonköpfe“ in der Partei doch wieder durchsetzen und ihn am Ende enteigneten? „Das können sie sich gar nicht leisten. Ohne mich bricht der Betrieb sofort zusammen. Es wird wesentlich vom Ausgang dieses Experimentes abhängen. Ich darf nur Exil-Polen mit ihren Devisen solche Klein- und Mittelbetriebe eröffnen - abhängig, ob die Revisionisten die Oberhand im ZK behalten.“

Warum er denn überhaupt zurückkam, in dieses krisengeschüttelte

Land? Die Antwort ist entwandend: „Ich bin Pole. Und das bleibt man.“

Freitag

Im Untergrund-Bulletin von KOS lese ich, daß ZK-Kulturrektor Kazimierz Molek das „Ende der Toleranz“ angekündigt hat. In den Verlagen sollen nur noch Schriftsteller gedruckt werden, deren „Biographien unverrücklich mit den Ideen des Sozialismus übereinstimmen“. Vor allem die Übersetzungen in Belletristik und Lyrik prangert Molek an: Von 342 ausländischen Titeln, die für 1984 auf dem Verlagsprogramm stünden, kämen nur 128 aus sozialistischen Ländern. Molek regt an: keine Rückkehr zum Namens-Index, wohl aber Belohnung der Systemtreuen durch Verkürzung der Produktionszeiten.

Mit Aleksander und einem Warschauer Theaterdirektor esse ich im kleinen Canaletto-Saal des Hotels „Victoria“ zu Mittag. Es gibt zwar 12 Kellner für zehn Tische und auch eine hübsche Dame, die auf der Harfe klümpert. Aber selbst hier, im einzigen fünf-Sterne-Hotel Polens, bleibt die halbe Speisekarte Atrappe.

Ich frage Aleksander nach den Auswirkungen der neuen Kulturpolitik auf seine Arbeit. Er lächelt. „Sogar systemtreue Autoren veröffentlichen heute noch Bücher in Untergrundverlagen. Dort dauert die Produktion eines Buches drei Monate, in staatlichen Verlagen drei Jahre. Daher der Wink Moleks mit der Belohnung durch kürzere Produktionszeit. Obwohl hier natürlich auf längere Sicht Gefahr im Verzug ist. Aber im Augenblick hat das ZK noch nicht einmal ein richtiges ideologisches Konzept. Sogar Mrozek wird in einem Warschauer Theater gespielt. Ich sage immer wieder: Früher hatten wir den surrealistischen Sozialismus, heute den paranoiden. Früher bauten wir Coca-Cola-Fabriken, weil wir die so dringend brauchten. Heute bietet ein parteitruer Mann wie Ernest Bryll seine politischen Gegner, ein Buch zu verlegen. Ein Fortschritt.“

Samstag

Abschied von Warschau. Ein kurzer, letzter Besuch in der Nationalgalerie, zeitgenössische Abteilung. Aus Platzmangel hängen Bilder und Objekte in mehreren Reihen an Schnüren von der Decke herab. Viel Phantastisches, Masken, Zerrbilder. Und Pathos. Ein schwarzes Objekt mit rotem Herzen, in dem ein blitzendes Florett steckt. Als Kunstwerk drittrangig. Aber sehr polnisch. Anna bemerkt mein Kopfschütteln: „Vergeiß doch mal Deine aufgeklärte Vernunft. Damit könnte kein Pole leben. Deswegen sind wir aber auch nicht Kleinmuskeln.“

Auf der Rückfahrt zur Grenze bei Frankfurt/Oder klingelt der supergehaltene Motor gewaltig. Wartzeit beim „DDR“-Zoll zwei Stunden, obwohl nur fünf Autos vor mir sind. Polen-Reisende sind diesseits der Oder durchsichtiger als jenseits.

# Vor 35 Jahren ging Blockade zu Ende

Berliner planen ein großes Volksfest / US-Innenminister William Clark kommt

F. D. Berlin

Berlin ruft zum größten Volksfest des Jahres, wenn es am kommenden Wochenende zur Rückbesinnung auf eine der dramatischsten Stationen der Stadtgeschichte kommt: Am „Tag der offenen Tür“ auf dem Militärflughafen Berlin-Tempelhof werden mehr als eine halbe Million Besucher erwartet, denen das Festprogramm der Amerikaner auch Erinnerungen an den Tag wachrufen soll, an dem vor 35 Jahren die Blockade Berlins durch die Sowjets ein Ende fand.

Politische Prominenz aus den Vereinigten Staaten hat sich für das Jubiläum der Stunde angesagt, an dem eine in der Geschichte einmalige Luftbrücke der Westalliierten eingestellt werden konnte, bei der Tausende von Flugzeugen die Lebensfähigkeit der Stadt sichergestellt hatten. US-Innenminister William Clark wird am 11. Mai ebenso wie Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen die gemeinsame Gedenkveranstaltung des Senats und der Alliierten

auf dem Flughafen Tempelhof besuchen, einen Tag später ist eine feierliche Kranzniederlegung vor dem Luftbrücken-Denkmal vorgesehen. Ein weiterer historischer Akt wird den amerikanischen Gästen am gleichen Tag in den Berliner Tiergarten führen: Parallel zu den Blockadefeierlichkeiten wird in Berlin der symbolische erste Ramschschlag für die Kongreßhalle fallen, die im Mai 1980 zusammengefallen war und wieder aufgebaut wird. Anschließend sieht das Protokoll zwischen Diepgen und Clark ausführliche politische Gespräche vor.

Mit dem Militärflughafen Tempelhof bekommen zu dieser Zeit die Berliner Zeitgeschichte zum Anfassen präsentiert. Neben aufpolierten „Rosenbomben“ der Luftbrücke werden auch Piloten der Blockadeära Rede und Antwort stehen, die vor 35 Jahren in Minutenabständen der hungernden Berliner Bevölkerung Lebensmittel, Kohlen, Medikamente und den Kindern an kleinen Fall-

schirmen niederschwebende Blockade-Schokolade brachten.

Mehr als 40 amerikanische, französische und britische Flugzeuge und Hubschrauber sollen den Berlinern zudem demonstrieren, daß die Westalliierten heute ebenso wie in der Vergangenheit gerüstet sind, die Lebenskraft Berlins in schweren Zeiten zu stärken. Erstmals wird anlässlich des Luftbrücken-Jubiläums die größte „fliegende Tankstelle“ in Berlin landen: Das amerikanische Großraumtankflugzeug KC 10 kann bei nur einem Einsatzflug 118 000 Liter Treibstoff 3500 Kilometer weit transportieren, weitere Flugzeuge auftanken und zum Heimatflughafen zurückkehren.

Zwar scheiterten Pläne des ehrgeizigen Festkomitees, erstmals auch das zivile Überschallflugzeug Concorde zum Tag der offenen Tür an die Spree zu lotsen, Kunstflug-Vorführungen des als bester britischer Pilot dekorierten Hauptmanns Turner sollen jedoch die wibbeligen Berliner hierfür entschädigen.

# In seinem Herzen blieb er ein Lehrer

Von EVI KEIL

Grand Old Arthur“ wird er in den USA gern genannt. Arthur F. Burns, der amerikanische Botschafter in Bonn, ist diesem Ruf eines „großen alten Mannes“ in den Diensten der amerikanischen Präsidenten auch auf seinem Posten am Rhein treu geblieben. In Berlin feierte Botschafter Burns dieser Tage seinen 80. Geburtstag. Er wollte dies in ganz privatem Kreise tun. Mit bei der Feier waren Ehefrau Helen und die beiden Söhne David, Jurist, und Joseph, Professor für Wirtschaftswissenschaften. „Das rein private Ereignis“ brachte dann aber auch schnell seine vielen Freunde in der Politik und im Banker-Establishment auf den Plan. Ehrungen in privaten Zirkeln reißen seitdem nicht mehr ab.

Arthur F. Burns, von 1970 bis Anfang 1978 Chef der amerikanischen Notenbank in Washington, kam mit 77 Jahren als Nachfolger von Walter Stoessel als Botschafter an den Rhein. Man wunderte sich damals, daß US-Präsident Ronald Reagan einen so relativ betagten Herrn schickte. Die Botschafterjahre in Deutschland sollten vielleicht all denen zu denken geben, die so enthusiastisch für die Vorzüge eines vorgezeichneten Rentenalters plädieren. Arthur F. Burns ist heute ein brillanter Wirtschaftsexperte und Redner geblieben, ein Intellektueller der amerikanischen Goldpolitik, völlig ungebrochen in seiner Schaffenskraft und ein gerngehörter und -gesegneter Gesprächspartner der Deutschen.

Diplomaten und deutsche Bankerfreunde rühmen Burns völlig uneingeschränkt, die offen, aber auch oft mit Kritik gemischt ist. Seine Beurteilung über wirtschaftliche Zusammenhänge ist häufig eine Mischung zwischen Praxis und Wissenschaft. Denn in seinem Herzen ist



US-Botschafter Arthur F. Burns feiert seinen 80. Geburtstag. FOTO: LOTHAR KUCHARZ

er immer ein Lehrer geblieben, der Professor, der von 1944 bis 1958 an der Columbia-Universität New York als Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften tätig war.

Arthur Frank Burns - alle Quellen weisen darauf hin, der Name habe einmal Burnzweig gelautet - stammt aus dem galizischen Stanislaw, wo er am 27. April 1904 im damaligen Österreich-Ungarn geboren wurde.

Die jüdische Familie ging 1910 in die USA. Der junge wuchs in Bayonne im Staat New Jersey auf. Für den Wirtschaftsprüfer, der unter anderem mit einer Publikation über die Messung von Konjunkturzyklen sich einen Namen machte, interessierte sich bereits der frühere Präsident Eisenhower, der ihn nach Wa-

shington holte und ihn 1953 zum Vorsitzenden seiner Wirtschaftsberater machte. Der Republikaner Burns blieb seitdem in Washington. Von 1961 bis 1966 war er unter anderem Mitglied des Beraterkomitees für Arbeitsbeschaffungspolitik. Für den früheren US-Präsidenten Nixon entwarf er dessen Wirtschaftsprogramm.

Nixon war es, der ihn 1970 zum Präsidenten des „Federal Reserve Board“, der amerikanischen Notenbank, machte. Dort und im „Open market committee“, dem Organ des „Reserve Systems“, welches die Richtlinien für die amerikanische Geldpolitik festlegt, profilierte er sich als Verfechter einer restriktiven Kreditpolitik gegen die anhaltenden inflationären Tendenzen in der US-Wirtschaft.

Vor allem auch aus seiner Zeit als Notenbankpräsident stammen seine vielfältigen Freundschaften und Kontakte zu Männern in Politik, Wirtschaft und Banken in der Bundesrepublik. Zu seinem engeren Freundeskreis gehören der frühere Bundesbankpräsident Karl Klasen, der ehemalige Bundesbankpräsident Oskar Emminger, der frühere Wirtschaftsminister Karl Schiller und der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Arthur F. Burns nahm in der Bundesrepublik immer wieder kritisch zum derzeitigen Stand des deutsch-amerikanischen Verhältnisses Stellung. Und dabei ging es ihm vor allem um das Verhältnis der deutschen Jugend zu seinem Lande. In vielen Vorträgen beklagte Burns, daß die junge Generation bei uns nicht mehr über genügend Geschichtswissen verfügt. „Man muß aber die Ursprünge kennen“, sagt er, „wenn man von gemeinsamen Werten reden will.“



## Mitterrands Position wird schwächer

AFP, Paris

Für die Mehrheit der Franzosen, immerhin 52 Prozent, ist der 10. Mai ein Datum von historischer Bedeutung. Dies ergab eine Umfrage der französischen Tageszeitung „Le Quotidien de Paris“ im Auftrag des „IFRES“-Instituts. Gegenstand der Befragung war der Einzug des sozialistischen Staatspräsidenten François Mitterrand in den Elysee-Palast. Im vergangenen Jahr hatten noch 62 Prozent die historische Bedeutung dieses Datums unterschätzt.

Auf die Frage, wie lange die Sozialisten sich noch an der Spitze von Staat und Regierung werden halten können, meinten 25 Prozent, es werde wohl noch zwei Jahre gut gehen. 32 Prozent gaben ihnen noch vier Jahre und 23 Prozent mehr als vier Jahre. Zehn Prozent hielten drei Jahre und fünf Prozent ein Jahr für realistisch. Der Rest wollte sich nicht festlegen.

Genauso frei wie vor dem 10. Mai 1981 fühlen sich heute dem Umfrageergebnis zufolge 46 Prozent der Franzosen, freier als früher fühlen sich 18 Prozent, einen geringeren Freiheitsraum sehen hingegen 33 Prozent.

## Wieder schwere Kämpfe in Beirut

AFP, Beirut

Nach einmonatiger, nur von geringen Zwischenfällen unterbrochener Ruhe hat es am Wochenende in Beirut erneut heftige Artilleriegefechte gegeben. Dabei sollen 22 Menschen getötet und 134 verletzt worden sein. Dennoch scheint die Bildung einer Regierung der nationalen Aussöhnung unter dem sunnitischen Ministerpräsidenten Karame näher gerückt zu sein. Nach Angaben der schiitischen Ahal-Bewegung hat deren Führer Nabih Berri weitgehend auf die bisher gestellten Bedingungen für seine Regierungsbeteiligung verzichtet. Er hatte vor allem ein eigenes Ministerium für den hauptsächlich von Schiiten bewohnten Südbanon gefordert. Nach Presseberichten hat Karame als Kompromiß der Bildung eines Sonderkomitees für Südbanon zugestimmt, das direkt dem Kabinett untersteht.

Der mit Berri verbündete Druzenführer Dschumblatt hat nicht ausgeschlossen, daß er auch im Fall einer endgültigen Weigerung Berri ins Kabinett eintreten werde. Mit einer Einigung über eine Regierungsbeteiligung Berri und Dschumblatts wären die wichtigsten Hindernisse für die Regierungsbildung ausgeräumt.

## Djilas appelliert an den Westen

dpa, Rom

Der im April vorübergehend festgenommene jugoslawische Dissident Milovan Djilas hat an den Westen appelliert, sich verstärkt für die Wahrung der Menschenrechte in seinem Land einzusetzen. In einem Interview mit der italienischen Wochenzeitschrift „L'Espresso“ sagte Djilas, wichtiger als mit Geldspritzen zu helfen sei es, sich für die Menschenrechte in Jugoslawien einzusetzen und dazu beizutragen, „daß alles, was hier unwahr ist, demaskiert wird“.

Die von der kommunistischen Partei beherrschte Selbstverwaltung führe nur zum „Chaos“, die nach dem Tod Titos entwickelte kollektive Führung löse nichts. Die einzige Möglichkeit für Jugoslawien sei ein demokratischer Sozialismus mit echten inneren Reformen.

## Mondale siegt in Texas über Hart

DW, Bonn

Bei den Vorwahlen um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten hat der ehemalige Vizepräsident Walter Mondale am Samstag in Texas einen überlegenen Sieg gegen seinen Hauptwidersacher Senator Gary Hart errungen. Damit hat Hart wahrscheinlich seine letzte Chance für eine Nominierung eingebüßt. In Louisiana konnte sich Jesse Jackson durchsetzen.

Zwar ist Hart in seinem Heimatstaat Colorado Favorit, in dem heute gewählt wird. Es wird jedoch damit gerechnet, daß Mondale sich bei den morgigen Testwahlen in Ohio, North Carolina, Maryland und Indiana durchsetzt. Nach den bisherigen Ergebnissen verfügt Mondale bereits über etwa doppelt so viele Delegiertenstimmen wie Hart. Nach der Vorentscheidung am Wochenende wird sich die Spekulationen, daß Hart nun Mondales Kandidat für die Vizepräsidentschaft werden könnte. Einer Umfrage zufolge würden die beiden mit dem Gespann Reagan-Bush in der Wahlergebnis gleich liegen.

## Japan entdeckt Indien als Markt der Zukunft

Nakasone in Südasien / Handel mit Pakistan floriert

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

„Es ist“, meint der Repräsentant einer japanischen Autofirma, die seit einem halben Jahr in Indien Kleinwagen produziert, „als ob wir Indien wiederentdeckt hätten.“ Nach drei Jahrzehnten Stagnation im Handel zwischen dem fernöstlichen Industriestaat und dem Riesen auf dem Subkontinent hat der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone jetzt Indien und Pakistan besucht. Ziel war es, die Wirtschaftsbeziehungen mit diesen beiden Ländern zu beleben.

Vor dem Parlament in Neu-Delhi sprach sich Nakasone für ein „neues, kooperatives Verhältnis“ zwischen Indien und Japan und vertiefte Beziehungen zu den Blockfreien aus. Bei aller Verschiedenheit der außenpolitischen Orientierungen gebe es für die beiden mächtigsten Demokratien Asiens ein großes gemeinsames Potential der Zusammenarbeit bei der Sicherung des Friedens und der Förderung der Abrüstung.

Nakasones dreitägigen Pakistan-Aufenthalt hatten die Indier mit Argwohn beobachtet. Denn die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und Pakistan florieren aufgrund der großzügigen Import-Politik von Präsident Ziaul Haq und der ebenso großzügigen japanischen Kreditleistungen.

Auch politisch stehen sich die beiden Länder näher, als das Indien von sich gegenüber einem der Partner behaupten könnte. Zwar ist das pakistanisch-japanische Handelsvolumen mit insgesamt 800 Millionen Dollar (1983) und einem im gleichen Jahr gezahlten weichen Kredit von 140 Millionen Dollar subjektiv geringer als das japanische Engagement in Indien, doch schneidet das kleinere Pakistan mit geringerer Aufnahmefähigkeit besser ab im Handel mit Japan als das um ein vielfach größere Indien.

Einen Boom erfuhren die japanisch-pakistanischen Beziehungen durch die eindeutigen politischen Solidaritätsbekundungen Japans gegenüber dem Moslem-Land mit dem Einzug sowjetischer Truppen in Afghanistan. Nakasone hat jetzt erneut in Islamabad Präsident Zia des Mitgefühls und der Besorgnis der westlichen Welt versichert und außerdem dessen Rolle als Vermittler im Golfkrieg hochgelobt. Schließlich ist Japan schon allein aus wirtschaftlichen Gründen als Importeur iranischen Öls und Exporteur nach Irak an einer Befriedung der Region interessiert. Dermaßen unisono klingt es

aus Neu-Delhi nicht. Zwar muß Nakasone die Rolle Indiens als Vorreiter in der Dritten Welt, die es als Exportmärkte zu erobern gilt, anerkennen. Doch bestehen zwischen den beiden Premiers kaum überbrückbare Meinungsgegensätze in Fragen wie sozioökonomische Expansionspolitik in Südostasien, die Japan stark beunruhigt, in Afghanistan oder Kambodscha.

Trotz aller politischer Differenzen ließ Nakasone in Delhi Vorsicht walten. Das von restriktiver Importpolitik westlicher Abnehmer geknebelte Japan sieht den Markt der Zukunft nicht nur in China, sondern jetzt auch in Indien. Nur zu gern erinnern sich die Japaner an die „goldenen fünfziger Jahre“ im Indiensgeschäft, das nach Änderung indischer Importregeln Anfang der sechziger Jahre plötzlich stagnierte. Erst 1980, mit der Rückkehr Indira Gandhis an die Macht, befindet sich das Land in einem allmählichen Prozeß der Öffnung für ausländische Lieferanten. Dennoch läuft das Geschäft mit Japan schleppend, „es wird mehr geredet als gehandelt“, meinte ein japanischer Sprecher.

Zwar werden seit sechs Monaten japanische Kleinwagen in Zusammenarbeit mit einer indischen Firma in der Nähe von Neu-Delhi produziert, doch schreckt die „Indisierung“ – Technologietransfer und Lizenzproduktion ausländischer Güter in Indien – die japanischen Investoren ab. Sie sorgen sich um die Qualität solcherart produzierter Güter, vornehmlich im Elektronikbereich, die in Indien unter japanischem Namen zu Verkaufszahlen werden könnten. Daher sind auch nur 100 japanische Firmen in gemeinsamen Unternehmen in Indien engagiert – eine unverhältnismäßig kleine Zahl im Vergleich mit Japans 30 000 Joint Ventures weltweit.

Immerhin hat das japanisch-indische Handelsvolumen 1983 bei 1,4 Milliarden Dollar japanischer Exporte die 2,5-Milliarden-Dollar-Grenze überschritten – Indien liefert Rohstoffe – und in Neu-Delhi erwartet man einen neuen Boom. Außerordentliche japanische Zugeständnisse sind aber kaum wahrscheinlich, nachdem Tokios Banken und Industrie-Lobby zur Vorsicht gemahnt haben: „Solange sich das Klima für japanische Investitionen in Indien nicht entscheidend verbessert und der Transfer japanischer Technologie zu rein indischen Bedingungen erfolgt, ist kein Durchbruch zu erwarten.“

## Schweden gibt Mängel bei der U-Boot-Bekämpfung zu

Eindringlinge nicht zu identifizieren / Bericht vorgelegt

R. GATERMANN, Stockholm

„Schwedens Territorium ist wieder verletzt worden. Während einer Periode von zwei bis drei Wochen im Februar/März 1984 ist eine fremde Unterwasseraktivität in schwedischen Hoheitsgewässern vorgekommen. Offenbar waren auch Taucher daran beteiligt.“ So beginnt der Abschlußbericht von Oberbefehlshaber Lennart Ljung.

Wenig später ist zu lesen: „Das Resultat der Karlskrona-Operation ist nicht befriedigend.“ Es konnten vor allem keine hieb- und stichfesten Beweise über die Herkunft der Eindringlinge gesichert werden. Trotz allem glauben sowohl der Oberbefehlshaber als auch Verteidigungsminister Anders Thunborg, daß das Vertrauen des Auslands in die Möglichkeiten Schwedens, sein Territorium effektiv zu verteidigen zu können, nicht sonderlich stark gelitten hat.

In dem sehr umfassenden Untersuchungsbericht, in dem weder die Verhöre mit Personen, die wichtige Beobachtungen gemacht haben, noch das Zeugnis für den Polizeihund Ajax fehlen und Passagen mit strategisch bedeutenden Angaben schwarz überstrichen wurden, wird festgestellt, daß im Zeitraum vom 9. Februar bis 14. März zehnmal sichere Hinweise fremder Unterwasseraktivität registriert wurden; siebenmal sei dies innerhalb des Schärenrings vor dem Marinestützpunkt Karlskrona und dreimal außerhalb, aber immer noch in schwedischen Hoheitsgewässern, geschehen. Es gibt allerdings nur optische Beobachtungen oder technische Signale, es fehlen sowohl materielle als auch fotografische Beweise, die eine eindeutige Identifizierung der Eindringlinge zuließen.

Nach Ansicht des Oberbefehlshabers bestünde jedoch nunmehr kein Zweifel mehr, daß auch Taucher zum Einsatz kämen und sich dabei wahrscheinlich hochmoderner Fortbewegungsmittel (Unterwassermotop) bedienen. Er hält es für bewiesen, daß in einem Fall ein Taucher auf einer Insel an Land gegangen sei und diese überquert habe. Der Polizeihund Ajax habe später die Spur aufnehmen können.

In einem weiteren, gleichzeitig veröffentlichten Bericht wird ebenfalls festgestellt, daß sich Ende September 1983 im nördlichen Teil der Stockholmer Schären mindestens drei Taucher aufgehalten und sich an einer Minenstation zu schaffen gemacht ha-

ben. „Alles spricht dafür, daß es sich dabei um die Tätigkeit einer fremden Macht gehandelt hat.“

Obwohl Schweden in den Februar/März-Wochen den größten Waffeneinsatz seit 1809 erlebte, es wurden 23 Sinkbomben, eine Mine, 28 Sprengladungen und 63 Handgranaten gezündet sowie etwa fünfzehnhundert mit Handfeuerwaffen geschossen, mußte man die Jagd nach den fremden U-Booten ergebnislos aufgeben. Der Bericht zeigt, wie schwach Schweden für einen solchen Einsatz gerüstet ist. Unser Vermögen, in den Schären kleine U-Boote zu lokalisieren und zu bekämpfen sowie sie effektiv ausfindig zu machen und ihre Ein- und Ausfahrt zu verhindern, ist immer noch erschreckend niedrig. Die von uns heute eingesetzten Systeme sind zu langsam und zu ungenau, um für fremde U-Boote eine effektive Bedrohung darzustellen. Die von uns verfügbaren Waffen haben beim Einsatz in flachen Gewässern ihre eindeutige Begrenzung.

Der Oberbefehlshaber stellte jedoch auch in anderen Bereichen erhebliche Mängel fest. So ließen die Kommunikationen zwischen den einzelnen Verbänden und Einheiten einiges zu wünschen übrig. Vieles soll noch in diesem Jahr besser werden. So soll die U-Boot-Jagd durch neue Schiffe, umgebaute Hubschrauber und modernere Waffensysteme verstärkt werden. Lennart Ljung meint, bereits beim jüngsten Zwischenfall eine größere Effektivität festgestellt zu haben.

In dem unabhängigen Kommissionsbericht heißt es dagegen: „Die Feststellung ist wichtig, daß im Vergleich zum Haarsjörden-Fall 1982 (Anm. d. Red. – hier lag soviel Beweismaterial gegen die Sowjetunion vor, daß Schweden Moskau einen scharfen Protest überreichte) kaum neues militärisches Gerät zur Verfügung stand.“

Die nicht sozialistischen Oppositionsparteien forderten von der Regierung eine stärkere politische Stellungnahme, um vor allem dem Ausland gegenüber die unerschütterliche Bereitschaft des Landes zu unterstreichen, seine Integrität und sein Territorium mit allen Mitteln zu verteidigen. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß Ministerpräsident Olof Palme bei der Vorlage des Untersuchungsberichtes nicht anwesend war. Seite 2: Das verlorene Können

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Staatsdiener

Leserbrief: Staatsdiener; WELT vom 16. April

Die völlig einseitige Stellungnahme kann nicht unwidersprochen bleiben. Zunächst ist die Bundesrepublik Deutschland kein Zwergstaat, sondern die größte Wirtschaftsmacht Europas und die zweit- oder drittgrößte der westlichen Welt. Ein Vergleich mit Wyoming ist absurd und albern. Wyoming hat etwa 500 000 Einwohner.

Weiterhin ist erwiesen, daß die Bundesrepublik prozentual bezüglich der Anzahl der im öffentlichen Dienst Tätigen nicht an der Spitze, sondern in der Mitte der westlichen Staaten liegt. Auf 1000 Einwohner kommen in England 96, in den USA 78, in Frankreich 73, in der BRD 69 öffentlich Bedienstete.

Dann: Leisten die Lehrer an den Schulen, die Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst und an Krankenhäusern, die Professoren an den Universitäten, die Angestellten und Beamten an Hoch- und Tiefbauämtern, um nur wenige herauszugreifen, keine produktive Arbeit?

Dr. H. Schulte-Bahrenberg, Essen-Heisingen

Sehr geehrte Herren, wenn es stimmt, und das läßt sich wohl nachprüfen – daß der öffentliche Dienst um 30 % überbesetzt ist und diese Stellenbesetzung entsprechend reduziert werden könnte, wenn es stimmt, daß durch eine solche Maßnahme jährlich 78 Milliarden DM eingespart werden könnten, dann muß sich bei der mittelfristigen Finanzlage der Bundesrepublik doch zwangsläufig die Frage aufdrängen, ob Regierung und Parlament diese recht ergiebige Sparmaßnahme erwogen und überhaupt diskutiert haben, bevor sie mit Sparmaßnahmen u. a. bei den Einkünften der sozial schlechtest gestellten Bevölkerungsschicht ansetzen. Dabei wäre der Stellenabbau wahrscheinlich sogar ohne Geschrei und Opposition, sozusagen still und heimlich zu realisieren. Vakante Stellen würden nicht mehr besetzt werden.

Herr Behrendt verweist als Erfolgsbeispiele auf Ronald Reagan und Frau Thatcher, die in den USA und in England in zwei Jahren auf diese Weise je 100 000 öffentliche Bedienstete freistellen konnten. Es wäre interessant, dazu einmal eine amtliche Stellungnahme zu hören.

Mit freundlichen Grüßen  
Franz Wagner,  
Sprockhövel

### Wanderarbeiter

Sehr geehrter Herr Pankraz, seit Jahren lese ich Ihre Kommentare in der WELT mit besonderem Interesse und meist auch mit Zustimmung.

Können Sie sich nicht bald einmal mit der Urliste auseinandersetzen, schon über Jahre im voraus bekanntzugeben, welcher Intendant oder welcher Schauspielerektor an welchem Theater nicht mehr tätig sein will oder neu tätig sein will?

Wenn beispielsweise ein Intendant schon heute öffentlich verrät, daß er seinen 1987 auslaufenden Vertrag nicht verlängern will, dann wäre in jedem Wirtschaftsunternehmen die automatische Folge die fristlose Kündigung durch den Aufsichtsrat, weil er ja dann für das Unternehmen auch nichts Gutes mehr leisten wird.

Mit freundlichen Grüßen  
E.-W. Lindow,  
Köln 41

### Wort des Tages

„Umgebe dich nicht mit Schmeichlern. Denn die Schmeichelei tut der Seele nicht gut. Sie erregt die Eitelkeit und verändert den Blick für die Wirklichkeit. Ein Freund, der schmeichelt, ist kein Freund mehr. Nimm dich vor ihm in acht.“

Luigi Sturzo, ital. Politiker  
(1871-1959)

## Personalien

### GEBURTSTAGE

Der Heidelberger Kernphysiker und Otto-Hahn-Preisträger, Professor an der Fakultät für Physik und Astronomie, Otto Haxel, feierte im vergangenen Monat seinen 75. Geburtstag. Der Rektor der Heidelberger Universität, Professor Dr. Gisbert Freiherr zu Putlitz, würdigte aus diesem Anlaß die Aufbauarbeit von Haxel bei der „nach dem Krieg darniederliegenden Heidelberger Universitätsphysik“. Der 1909 in Neu-Ulm Geborene studierte an der TH München und der Universität Tübingen, wo er 1933 zum Doktor rer. nat. promovierte. Ab 1938 war er

schaften wurde dem engagierten Liberalen 1974 verliehen. Von Hayek, der in Wien Rechtswissenschaft und Nationalökonomie studierte, habilitierte sich für Nationalökonomie und Statistik 1929 und war danach an der Universität Wien als Privatdozent tätig und leitete daneben das österreichische Institut für Konjunkturforschung. 1931 übernahm er eine Professur an der London School of Economics, lehrte ab 1950 an der Universität Chicago und nahm 1962 eine Berufung an die Universität Freiburg an, wozu ihn seine geistige Nähe zu Walter Eucken und den ordnungspolitischen Vorstellungen der sogenannten Freiburger Schule veranlaßt hatten.

### AUSZEICHNUNG

Die Deutsche Augenheilkunde ist mit einer besonderen Auszeichnung bedacht worden, die als „Oscar des wissenschaftlichen Films“ gilt. Vergeber ist die „US-Gesellschaft für interokulare Linsen-Chirurgie“, die ihre alljährliche Tagung in Los Angeles abhält und dort zum zweiten Mal die Auszeichnung nicht an einen amerikanischen Wissenschaftler vergab. 1983 hatte den Preis ein japanischer Professor bekommen. Der jetzt prämierte Film wurde von dem Leiter der Abteilung für Mikrochirurgie des Auges an der Universitäts-Augenklinik in Bonn, Professor Ulrich Dardenne, hergestellt. Er zeigt das Verhalten flexibler Kunststoff-Linsen, die man in die vordere Augenkammer einpflanzen kann. Dardenne entwickelte ein Verfahren, durch das man eventuelle Spätschäden dieser Technik voraussehen kann.

### ERNENNUNGEN

Die Philippinen haben einen neuen Generalkonsul in Hamburg. Die Bundesregierung erteilte Nelson D. Lavina das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Japan schickte Tadakiyo Nomura als Generalkonsul nach Frankfurt am Main. Der Konsularbezirk umfaßt das Land Hessen.

## Ein ganz organisches Bild.



Vor der Therapie die Diagnose. Der Arzt blickt mit „elektronischen Augen“ ins Innere des Menschen, um sein Wissen mit Hilfe der Technik wirksam zur Früherkennung und Heilung einzusetzen.

Krupp bietet dem Arzt mit medizinischen Datenerfassungs- und Informationssystemen auf dem Monitor sichtbare, farbige Darstellungen von Herz, Kreislauf, Hirn, Nieren, Lunge, Schilddrüse oder Knochen. Gleichzeitig werden alle medizinischen Informationen gespeichert, die jederzeit eine mögliche Veränderung eines Organs sichtbar in Erinnerung rufen. Auch das ist ein Krupp-Beitrag für zukunftsorientierte Technik.

Denn Krupp ist ein Unternehmen, das für den Anlagen- und Maschinenbau von Einzelkomponenten bis hin zum schlüsselfertigen Industriekomplex, im Handel und Verkehr sowie in den Bereichen Stahl, Schiffbau, Elektronik und Dienstleistungen innovative Technik bereithält. Weltweit. Machen Sie mit uns eine Diagnose.

Weitere interessante Informationen erhalten Sie durch: Fried. Krupp GmbH, SIA Vt-W, Altendorfer Straße 103, D-4300 Essen 1.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.

 KRUPP











## Scheinattentat auf Johannes Paul II. in Seoul

DW, Seoul

Der vierjährige Besuch von Papst Johannes Paul II. hat gestern mit der Heiligsprechung von 103 Märtyrern in Seoul seinen glanzvollen Höhepunkt und Abschluss gefunden. Es war die erste Kanonisierung außerhalb Roms in der neueren Kirchengeschichte. Bei den Heiligsprechungen handelte es sich um koreanische Katholiken, die im vorigen Jahrhundert bei mehreren Verfolgungswellen ihren Glauben mit dem Leben bezahlten.

Zuvor hatte ein angeblich geistesgestörter 23-jähriger Koreaner ein Scheinattentat auf das Oberhaupt der katholischen Kirche verübt, indem er eine Spielzeugpistole auf den Papst richtete, der sich zu dem Zeitpunkt in seinem gepanzerten Spezialfahrzeug aufhielt. Der Mann wurde von Sicherheitsbeamten überwältigt.

Vor der anschließend stattfindenden Messe mit rund 800 000 Menschen unterhielt sich Johannes Paul II. mit rund 400 katholischen Laien, unter ihnen 45 ehemalige Oppositionspolitiker und Dissidenten. Der Vorsitzende der aufgelösten Demokratischen Partei, Kim Young Sam, bat einen vatikanischen Sprecher zu folgen. Der Papst, für die politische Verfolgung in Südkorea zu beten.

## Schwere Kämpfe im Pandschir-Tal

AP / dpa, Neu-Delhi

Bei einer neuen Welle von Guerillaüberfällen sind, wie aus hohen Regierungskreisen in Kabul verlautete, in der vergangenen Woche in Afghanistan mindestens 17 Partisanen getötet worden. Die zunehmenden Überfälle hätten Staatschef Babrak Karmal veranlaßt, allen ranghohen Partisanenmitgliedern bewaffnete Leibwachen zu stellen. Unter Berufung auf einen Bericht des Innenministeriums sagte der Generalmajor, in den letzten sechs Monaten seien 304 Partisanenmitglieder Attentaten zum Opfer gefallen.

Nach seinen Angaben haben sowjetische und afghanische Truppen einen großen Teil des Pandschir-Tales erobert. Die Widerstandskämpfer, die sich seit fünf Jahren in der Schlucht verschanzt und bereits sechs sowjetische Vorkämpfer zurückgeschlagen haben, wollten die Niederlage nicht hinnehmen und leisteten weiter Widerstand. Die afghanischen Regierungstruppen haben nach eigenen Angaben den Andarab-Paß genommen, der von den Mudschaheddin als Zugang zu dem umkämpften Tal benutzt wird.

## China unterstützt Dreier-Gespräche

rr, Peking

China hat sich für Verhandlungen zwischen Nordkorea, Südkorea und den Vereinigten Staaten mit dem Ziel einer Wiedervereinigung Koreas ausgesprochen. Der chinesische Parteichef Hu Yaobang sagte während seines Nordkoreabesuchs, eine Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge, die Idee eines Staatenbundes sei vernünftig und realistisch. Damit könnten die Spannungen auf der Halbinsel abgebaut und die Wiedervereinigung erreicht werden.

Hu, der am Freitag zu einem einwöchigen Besuch nach Nordkorea gekommen war, traf am Samstag mit Präsident Kim Il Sung zu einem Meinungsaustausch zusammen.

## „Mißtrauen gegen die Demokratie“

S. HEYDECK, Königswinter

Die Demokratie zeigt nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung, Professor Klaus Scholder, nach 35 Jahren gewisse Ermüdungserscheinungen. Bei der offiziellen Eröffnung der neuen Zentrale der Stiftung in Königswinter wies Scholder auf ein inzwischen sichtbar gewordenes Mißtrauen hin. Dies zeige sich zum Beispiel in der teilweise leidenschaftlichen Debatte der „alternativen Gruppen“ über die direkte Demokratie, das imperiative Mandat oder das Rotationsystem für Abgeordnete. Dabei dürfe dieses liberale Thema diesen „nicht einfachen“ überlassen werden. Denn die Demokratie verkomme und die Freiheit sterbe, „wenn alle politische Betätigung im öffentlichen Bewusstsein ausschließlich mit Geld, Karriere und Interessen verbunden“ würden.

Laut Scholder ist dem Liberalismus durch einen modernen Kulturpessimismus ein neuer Gegner entstanden. Dabei könne der Liberalismus als politische Haltung nicht ohne Optimismus leben. Sein Zukunftsvertrauen würde aber erst glaubwürdig, wenn für die bedrängten Probleme Lösungsansätze entwickelt würden. So dürfe sich in der Nachkriegszeit der deutsche Liberalismus nicht im „bloßen Warten“ auf die Rückkehr Moskaus an den Verhandlungstisch erschöpfen. Auch beim Umweltschutz dürfe es keine Beschränkung auf eine „Abwehrpolitik“ geben, die sich auf die Gefahrminderung beschränke.

## FDP weiter unsicher über Personalpolitik

Genschers Wiederwahl scheint sicher, aber Kritik wächst

STEFAN HEYDECK, Bonn

Innerhalb der Führung der Freien Demokraten herrschen nach wie vor Unruhe und Unsicherheit über die Zusammensetzung der FDP-Spitze, die in gut einem Monat auf dem Parteitag in Münster turnusgemäß neu gewählt werden muß. Das zeigte sich erneut auf der letzten Sitzung des 35köpfigen Parteivorstands in Königswinter bei Bonn. Bei den Beratungen galt zwar als sicher, daß Hans-Dietrich Genscher, der jetzt zehn Jahre an der Spitze der Liberalen steht, mit deutlicher Mehrheit von den 400 Delegierten als Vorsitzender bestätigt wird. Dagegen scheint immer noch ungewiß, ob Karl-Friedrich Brodeur, den Genscher zum Nachfolger von Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwartz machen will, auf dem Münsteraner Kongreß die erforderliche Stimmenzahl erhält.

Genschers Konzept für die künftige Zusammensetzung des elfköpfigen FDP-Präsidiums war auf einer Vorstandssitzung am 29. Januar zunächst ohne Widerspruch akzeptiert worden. Kurz darauf begann jedoch eine parteiinterne Kritik. Sie richtete sich einerseits gegen Genschers Führungsstil und andererseits gegen die nach der Satzung allein dem Parteichef zustehende Nominierung von Brodeur. Denn bemängelt wurde, daß der ehemalige Staatssekretär im NRW-Innenministerium in weiten Teilen der FDP praktisch unbekannt sei.

Vor diesem Hintergrund hatte Genscher auch mit Blick auf den Parteitag auf der jüngsten Vorstandssitzung noch einmal das gesamte Personalkonzept zur Diskussion gestellt. Denn, so meinte ein Teilnehmer, der Kongreß Anfang Juni in Münster müsse „insgesamt ein Erfolg“ werden. Es gehe nicht, daß die CDU in

dieser Woche in Stuttgart einen „Jubelparteitag“ mit ihren Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, veranstaltet, die SPD eine Woche später in Essen erneut massiv Front gegen die FDP als ehemaligen Koalitionspartner macht, und die Freien Demokraten, noch dazu kurz vor der Europawahl, über sich selbst zu Gericht sitzen würde. Deshalb wurde erwartet, „eine Art Stellvertreterkrieg“ um den Generalsekretärsposten zu führen.

Nach WELT-Informationen wurden für diesen Posten zwar unter anderem der bayerische FDP-Chef Manfred Brunner, der hessische Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt und der niedersächsische Fraktionschef Walter Hirche genannt. Darüber hinaus war der stellvertretende baden-württembergische Vorsitzende, der Bundestagsabgeordnete Helmut Haussmann, ins Gespräch gebracht worden. Die Jungen Liberalen schließlich setzten auf den ehemaligen Genscher-Sprecher Josef Gerwald. Außerdem gab es in der Führung Überlegungen, ob Irmgard Adam-Schwartz statt des für sie vorgesehenen Amtes des Schatzmeisters für den nicht mehr kandidierenden Richard Wurbs zum Präsidium künftig als eine von drei Beisitzern angehören sollte.

Mehr Klarheit wird jetzt von einer gemeinsamen Sondersitzung von Vorstand und Bundestagsfraktion erwartet. Genscher will dort voraussichtlich am 23. Mai, eine Woche vor dem Parteitag, Brodeur vorstellen. Möglicherweise wird sich der Kandidat aber auch schon vorher bei den Landesvorständen präsentieren. Eine Rundreise, so meinten unter anderem Baum und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, solle Brodeur allerdings nur auf deren Wunsch hin vorher unternehmen.

## Die Koalition bleibt weiter beim Amnestiegesetz

Fortsetzung von Seite 1

stürzte Eile, mit der die Abgeordneten mit der Amnestiesache konfrontiert sind, war eine Zustimmung für den frei gewählten Abgeordneten. Ihre Kritik, FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher habe die Fraktion mit der Vorlage unter Druck gesetzt, wurde auch von Teilnehmern der Sitzung ausdrücklich demontiert. Allerdings wurden auf der Konferenz des FDP-Bundestagsvorstands von etlichen Landesverbänden massive Vorbehalte angemeldet. So wurde die Befürchtung geäußert, daß auf dem Parteitag Anfang Juni in Münster sich die Delegierten gegen das Gesetz wenden könnten. Es wurde die Frage gestellt, wie sich dann die Bundestagsfraktion verhalten müßte. Das als politisch unklug bewertete Verhalten wurde damit begründet, daß es dafür in der Öffentlichkeit kein Verständnis gebe.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt wandte sich in Kiel massiv gegen das Koalitionsverbot. Die Bundesre-

gierung habe zwar Gerechtigkeit gesprochen, „produziert aber am laufenden Band Ungerechtigkeiten“. An die Adresse von Bundeskanzler Helmut Kohl gerichtet, fragte Brandt, ob das Amnestiegesetz die „moralische Erneuerung“ sei. SPD-Sprecher Wolfgang Clement bekräftigte, daß die Sozialdemokraten „dem geplanten Coup der Kohl-Genscher-Koalition mit allen politischen Mitteln entgegenzutreten“ würden. Jetzt solle der „Wende-Preis“ an diejenigen nachentrichtet werden, die dem neuen Bonner Bündnis „in den Sattel geholfen“ hätten.

Nachdem die Ermittlungsbehörden eine große Zahl von Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet haben, spüren die Parteien einen deutlichen Rückgang von Spenden. So erhält die FDP in Nordrhein-Westfalen, die monatlich rund 120 000 Mark Kosten hat, zur Zeit praktisch nur 30 000 Mark an Mitgliedsbeiträgen.

## Europarat feiert Geburtstag

Diskussion mit Schülern / Direkte Demokratie – zumindest im Stil

ULRICH LÜKE, Straßburg

Fünfunddreißig Jahre wurde der Europarat am Samstag alt. Doch eine Geburtstagsfeier wurde es nicht. 600 Schüler und Studenten aus 15 Ländern sagten den europäischen Parlamentariern in Straßburg ihre Meinung. Direkte Demokratie, zumindest im Stil.

„Also irgendwie habe ich den Eindruck, daß das Ganze hier ein maßloser Bluff ist. Eigentlich sollten jetzt alle, die das genauso sehen, aufstehen und abreißen“. Dementsprechend Beifall erteilte der junge Österreicher, der am Samstagvormittag im Straßburger Palais de l'Europe diese Parole ausgab. Gastgeber Karl Ahrens, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und deutscher Sozialdemokrat, ist perplex. Für kurze Zeit verschlägt es ihm die Sprache. Die gezielte Provokation hat geschossen.

Doch dabei bleibt es: Keiner der 600 Schüler und Studenten, die eingeladen waren, anläßlich des Europarats-Geburtstags zwei Tage lang über die Demokratie und Europa zu diskutieren, verläßt den Plenarsaal. Der junge Österreicher erklärt später, ihm tue der Satz leid, aber spontan habe er eben so empfunden. Karl Ahrens schüttelt noch Stunden später den Kopf: „Was ist das für ein Konzept von Demokratie, herauszugehen, wenn einem etwas nicht gefällt?“

Matthias und Kerstin, Schüler des Kehler Einstein-Gymnasiums, empfinden ein wenig wie der junge Österreicher. Sie sagen es nur – etwas höflicher. Matthias: „Hier gibt es vor allem salbungsvolle Reden der Politiker. Spätestens nach fünf Minuten schläft ein Schüler da ein“. Kerstin: „Ich bin enttäuscht. Es ist eine Saurelei, wie manche Themen hier abgetan werden.“ Beide sagen aber auch, daß sie die Idee der Veranstaltung gut finden. Keine Streicher und Bläser

## Schule soll sich neuer Technologie stärker öffnen

DW, Schwerte

Die Schule muß nach Auffassung des westfälischen CDU-Vorsitzenden Prof. Kurt Biedenkopf die nachwachsende Generation „nicht nur fürs Leben, sondern für das Leben im elektronischen Zeitalter vorbereiten“. Auf einem bildungspolitischen Kongreß des von ihm geführten zweitstärksten CDU-Landesverbandes forderte Biedenkopf in Schwerte, „alte Schlachtfelder der Schulorganisation und der ideologischen Konfrontation zu räumen“. Im Zeitalter der Elektronik und neuen Technologien müsse der Bildungsauftrag der Schule „erweitert und damit auch neu bestimmt werden“. Der CDU-Politiker sagte voraus, die modernen Technologien, vor allem der elektronischen Datenverarbeitung und Kommunikation, würden nicht nur Produktion und Verwaltung „revolutionär verändern“. Die sprunghafte Ausweitung dieser Techniken werde, auch nachhaltige kulturelle und geisteswissenschaftliche Folgen“ haben.

Studienrat Manfred Brunner, Geschichtslehrer von Kerstin und Matthias, versammelt eine Klasse eine Stunde vor Debattebeginn im Foyer zur Manöverkritik. Seine Bilanz: Die Schüler argumentieren impulsiv, die Politiker reflektiv. Zwei Ebenen, zwischen denen es kaum Verständigung gibt.

Und noch etwas stört die Schüler: „Sie sprechen mit viel zuwenig Gefühl“, sagt eine junge Liechtensteinerin, Karl Ahrens: „Dieser Vorwurf ist berechtigt.“

Europa kommt in den sechs Stunden von Straßburg kaum vor. Jedenfalls nicht das Europa der Institutionen, nicht das Europa des Europarats oder der Europäischen Gemeinschaft. Sie sind für die Mehrheit so selbstverständlich wie der Friede zwischen den einstigen Feinden in Europa. Die Schüler, gleich welcher Nationalität, wollen wissen, was die Parlamentarier gegen die Arbeitslo-

sigkeit, für die Menschenrechte, für den Tierschutz, für den Frieden tun. Ihnen will nicht in den Kopf, daß die Türkei im Europarat bleiben dürfte, obwohl dort die Menschenrechte verletzt werden. Sie verstehen nicht, warum Liechtenstein Mitglied sein darf, ohne daß die Frauen dort das Wahlrecht haben. Ahrens' Antwort, nur so behalte der Europarat Einfluß auf die Entwicklung, kann die Schüler nicht überzeugen. Sie fordern Taten. Am liebsten hier und jetzt, auch wenn Matthias hinterher bemerkt: „Wir sind nicht mit der Illusion hergekommen, daß der Europarat in fünf Minuten die Arbeitslosigkeit abschafft.“

Es hapert – durchgängig – am Wissen und wohl auch an der Bereitschaft, selbst etwas zu tun. „Wenn die Politik ehrlicher wäre, wenn die Parteien nicht so festgefügten wären, dann wären wir schon bereit, stärker mitzumachen“, meint eine junge Österreicherin. Und ihre deutsche Kameradin setzt hinzu: „Und wenn wir mehr wüßten.“

Die Iren haben vorher eine Umfrage gemacht. 46 Prozent halten Europarat und EG für identisch, 85 Prozent kennen nicht einen einzigen Namen aus der irischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung. Und 32 Prozent halten die Demokratie nicht für wichtig. Kein Wunder, in irischen Schulen gibt es keine politische Bildung. Ahrens verspricht, dazu schon in der nächsten Woche eine Europaratsinitiative zu starten – und im übrigen die Jugendlichen nicht erst in 35 Jahren wieder einzuladen.

Die Stimmung in Straßburg bleibt bis zuletzt gespalten. „Wie kann man uns noch Desinteresse an der Politik vorwerfen, wenn wir zwei Tage hier solche Parlamentarier erleben müssen?“

## Arbeitskampf rückt in greifbare Nähe

Fortsetzung von Seite 1

(CDU) meinte am Samstag auf einer CDU-Veranstaltung in Aachen, es sollte auch jetzt noch gelingen, eine Lösung der Vernunft zu finden. Die Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich lehnte der Kanzler aber nach wie vor ab. Sie müsse in der derzeitigen konjunkturellen Situation des beginnenden Aufschwungs schlimme Auswirkungen haben.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte am Samstag auf einer Veranstaltung seiner Partei in Hannover, ein Kompromiß zwischen den Tarifabschlüssen sei vorzuziehen. Absicht der Bundesregierung sei es jedoch, die Gewerkschaften als Sündenbock für einen gewerkschaftlichen Rücktritt aufzubauen. Die Grünen haben die Entscheidung der IG-Metall-Mitglieder in Nordwürttemberg/Nordbaden für einen Streik begrüßt.

Die Gewerkschaften seien bereit, den Kampf aufzunehmen, auch wenn er mit Opfern verbunden sei.

Bundeskanzler Helmut Kohl

## Ausreisewelle in den Westen beendet?

dpa/AP, Bonn

Das Kontingent der Ausreisewilligen, denen die „DDR“-Behörden den Wechsel in die Bundesrepublik gestattet wollten, ist offenbar erschöpft. Nach Berechnungen der zuständigen Stellen in Bonn waren bis zum 30. April 25 400 „DDR“-Bürger in den Westen gekommen. Hatten auf dem Höhepunkt der seit Beginn des Jahres beobachteten Übersiedlerwelle täglich zwischen 300 und 500 Mitteleuropäer die Grenze überschritten, so kamen am 1. Mai nur noch 50 bis 70 und am 3. Mai noch 43. Zu der Entwicklung sagte der deutsch-deutsche politische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Eduard Lintner, er glaube nicht, daß nun überhaupt keine Ausreisen mehr genehmigt werden würden.

Im Zusammenhang mit der Übersiedlerwelle sprach „Bild am Sonntag“ in einem Bericht von einer Abkühlung des innerdeutschen Verhältnisses, die auf die Kritik des sowjetischen Außenministers Gromyko an den intensiven Westkontakten der „DDR“ und Ungarn zurückzuführen sei. In einer Stellungnahme erklärte Regierungssprecher Sudhoff, Bonn läge keine Erkenntnisse darüber vor, daß Ost-Berlin oder Moskau an einer Abkühlung der Beziehungen interessiert seien.

## Ehefrau Sacharows verhaftet?

fin, Moskau

Die Frau des sowjetischen Atomphysikers und Bürgerrechtlers Sacharow, Jelena Bonner, soll verhaftet worden sein. Wie Freunde berichteten, sei sie in der vergangenen Woche nicht von einem Besuch im Verbannsort ihres Mannes, Gorki, nach Moskau zurückgekehrt. Die Vermutung stützt sich auf einen Tass-Bericht, in dem die Frau des Bürgerrechtlers am Wochenende beschuldigt worden war, gemeinsam mit amerikanischen Diplomaten eine „weitreichende Operation“ vorbereitet zu haben. Diese Provokation sei von den zuständigen sowjetischen Organen vereitelt worden.

## Galinski warnt vor Lippenbekenntnissen

hrk, Berlin

Kritische Bemerkungen über die Politik der Bundesregierung gegenüber Israel hat der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, geäußert. Anläßlich einer Feierstunde zum 36. Jahrestag der Staatsgründung Israels sagte er: „Das Bekenntnis zu Israel darf nicht zur Scheinsolidarität, zum Lippenbekenntnis schrumpfen, sondern muß deutlich machen, daß in der europäischen Realität der Bundesrepublik niederschlagen.“ Galinski betonte, es sei für Juden untragbar, wenn eine deutsche Regierung Waffen an arabische Staaten verkaufte, die wiederum jüdisches Leben bedrohen.“

## Behauptung der IG Druck untersagt

DW, Hamburg

Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat sich auf Aufforderung des Axel Springer Verlages in rechtlich verbindlicher Form verpflichtet, im Rahmen der Auseinandersetzung um die „Weißen Flecken“ in der Ausgabe der Bild-Zeitung vom 28. 4. 1984 folgende Behauptungen zu unterlassen:

1. In der Abteilung Montage sei nicht die Forderung erhoben worden, die betreffende Meldung nicht zu veröffentlichen.

2. Die Chefredaktion der Bild-Zeitung sei durch die Arbeitsniederlegung in Hannover veranlaßt worden, die „eingepflanzte“ Lücke wieder zu füllen, allerdings mit anderem Text.

Da die IG Druck und Papier die Aufstellung von zwei weiteren Behauptungen trotz Aufforderung nicht unterlassen wollte, setzte der Axel Springer Verlag beim Landgericht Hamburg eine einstweilige Verfügung gegen die IG Druck und Papier durch, wonach dieser verboten wurde, zu behaupten:

Die Chefredaktion der Bild-Zeitung habe als gezielte Provokation geplant, die Ausgabe der Bild-Zeitung vom 28. April 1984 mit zwei weißen Flecken erscheinen zu lassen, die Chefredaktion habe damit vorantreiben wollen; technisches Personal habe in der redaktionellen Inhalt einzugreifen versucht. Die bundesweite Herausnahme des Artikels auf Anweisung der Chefredaktion der Bild-Zeitung mit dem Ziel, die Ausgabe der Bild-Zeitung vom 28. April 1984 mit weißen Flecken erscheinen zu lassen, sei der bisher drageistete Versuch, die Öffentlichkeit hinter das Licht zu führen und die Arbeitskampfmaßnahme in der Druck-Industrie ins Zwielicht der Rechtswidrigkeit zu rücken.

Das Landgericht Hamburg setzte dem Streitwert mit 200 000 Mark fest. Im Falle der Zuwiderhandlung hat die IG-Druck und Papier ein Ordnungsgeld bis zu 500 000 Mark auferlegt werden.



Die Kindersoldaten Khmeins FOTO: ALFRED-STUDIO X

## „Krieg bis zum vollständigen Sieg“

DW, Bagdad

Der iranische Präsident Ali Khamenei hat betont, sein Land werde den Krieg gegen den Irak bis zum „vollständigen Sieg“ fortsetzen. „Wir wollen kein Land angreifen, aber wir werden auch keine Aggression dulden“, erklärte Khamenei nach Angaben der iranischen Nachrichtenagentur Irna vor zehntausenden von Menschen am sogenannten Pasdaran-Tag (dem Geburtstag des Imams Hussein) in Teheran.

Die Propagandisten in Ost und West behaupteten, die Islamische Republik Iran schicke Kinder an die

Front. Dies entspreche nicht der Wahrheit. „Wir haben so viele junge und begeisterte Kämpfer, daß wir keine Kinder dazu brauchen“, meinte Khamenei, der auch Chef des Obersten iranischen Verteidigungsrates ist.

Sowohl Teheran als auch Bagdad meldeten am Sonnabend in Militärkommunikation erneut heftige Kämpfe an verschiedenen Frontabschnitten, wobei der jeweilige Gegner diesen Verlautbarungen zufolge erhebliche Verluste an Menschen und Material hinnehmen mußte.

Von HARALD VOCKE

Jeder Iraner kennt die Szenen vom Tode Husseins. Alljährlich erinnern am zehnten Tag des Monats Muharram Passionsspiele der schiitischen Moslems daran. Als Sohn von Ali, dem Schwiegervater des Propheten und Fatima, einer Tochter Mohammeds, wird Hussein von frommen Moslems noch heute verehrt.

Bei Kerbela am Rande der Wüste, in Sichtweite des Euphrats, hatten Truppen des Kalifen Jazid den Propheten umstellt. Bis nach Kerbela waren Hussein, dem Haupt der „Gegenpartei“ (Schia) gegen den Kalifen, nur 72 Gefolgte gefolgt. Mit grauem Realismus beschreiben arabische Historiker den qualvollen Tod des vom Durst gepeinigten Anhänger Husseins.

Der Pfeil eines Bogenschützen traf einen seiner kleinen Söhne, bald darauf ein weiterer Schuß einen anderen Sohn, der Qasim hieß. Hussein trug selbst die Leiche des zweiten Kindes in sein Zelt, das hinter den Kämpfenden stand. Kurz bevor ihn im letzten Gefecht ein Soldat mit einer Lanze durchbohrte, ließ aus dem Zelt ein weiteres Kind auf ihn zu und schrie, es wolle mit dem Vater gemeinsam sterben. Ein Schwertschlag hieb dem Kind die Hand ab, Hussein preßte es an sich und rief: „Bald werde ich mit Dir bei dem Apostel Gottes sein.“

Für einen gläubigen schiitischen Moslem versteht es sich selber von selbst, daß es auch für Kinder diensteifrig sein müsse, im Kampf für die Sache des Islam zu fallen. Die Diktatur der Mullahs mißbraucht die Gläubigkeit des iranischen Volkes. Sie wirbt für den Krieg gegen Irak schon Schulkinder an. Mit Entsetzen berichten iranische Eltern, die kritische Distanz gegenüber der Diktatur Khmeins bewahren, von der Fanatisierung der Jugend.

„Mama, ich will an die Front, um als Märtyrer für den Islam zu sterben. Dann komme ich gleich ins Paradies“, sagt schon mancher Zehnjährige jeden Abend der Mutter vor dem Einschlafen. Berichte westlicher Korrespondenten über persische Kinder-soldaten, die schon zu Hunderten im Golfkrieg gefallen seien, werden von verlässlichen iranischen Quellen bestätigt.

Auch für den letzten Imam in Jemen haben Kinder gekämpft. Im Abwehrkampf gegen ein ägyptisches Expeditionskorps waren 1962 bis 1969 im nordjemenitischen Bergland Mitglieder der Familie des Imams Mohammed al Badr die Heerführer aus Bergbauern gebildeten Stammesarmeen. Wichtige Frontabschnitte, ja ganze Provinzen waren jugendlichen Prinzen unterstellt, von denen die jüngsten erst 14-16 Jahre alt waren. In der Zeit des Imamats war es nicht ungewöhnlich, daß schon ein vierzehnjähriger alter junger Mann heiratete. Durch ihren Mord und durch die Autorität, die sie bei den Bauern des Hochlands besaßen, haben die Kinderprinzen des Hauses Hamiduddin auch westliche Kriegsberichterstatter beeindruckt. Vierzehnjährige, ja schon zwölfjährige Kinder lebten und kämpften in den Heerhaufen der Stammesarmeen.

Zu offenen Gefechten mit modernen Waffen kam es bei den Guerilla-Operationen gegen die ägyptischen Truppen im jemenitischen Bergland freilich nur selten. Die Streitmacht des Imam stand noch ganz in der Tradition der alten Reiche des Orients. In den Feldlagern nahmen neben den islamischen Schriftgelehrten auch Dichter einen Ehrenplatz ein, die mit Spott- und Haßgedichten den Gegner angriffen. In den Feldlagern herrschte eine reine Männergesellschaft. Der Dienst von Frauen wäre

auch in den Feldküchen undenkbar gewesen. Doch ganze Scharen von kleinen Jungen gehörten in den Lagern zum alltäglichen Bild.

In Israel leisten Frauen Wehrdienst, doch sie sollen nicht selber kämpfen. Im Untergrundkampf vor der Staatsgründung nahmen Frauen gelegentlich auch an militärischen Operationen teil, nicht jedoch Kinder. Für die Irgun-Untergrundkämpfer klebten Jungen nachts auf den Straßen Plakate, die zum Widerstand gegen die britische Kolonialmacht aufriefen. Doch trugen sie keine Waffen. Auf arabischer Seite hingegen haben auch in Palästina Kinder gekämpft.

Die gleiche Kluft, die in dieser Hinsicht Israel von seinen arabischen Nachbarn trennt, scheidet im libanesischen Krieg Christen und Moslems. In den Lagern der Palästinenser haben westliche Fernsehreporter oft Frauen beim Nahkampftraining gefilmt. Doch während der jetzt schon neunjährigen libanesischen Kriege haben die Christen an der Front nie kämpfende palästinensische Frauen gesehen. Die Kampfszenen in den Lagern waren nur zur Propaganda bestimmt. Unter den libanesischen Christen zeichneten sich an den Fronten in Beirut in den Stunden höchster Gefahr auch Frauen durch ungewöhnliche Tapferkeit aus. Kinder hingegen durften in den Milizen der Christen nicht kämpfen.

Daß Kinder Waffen tragen, ist ein altes Übel asiatischer Kriege. Doch im heutigen Iran wird die Jugend mit den modernsten Propagandamethoden des Zeitalters der Elektronik fanatisiert. Damit sich die iranischen Mullahs noch etwas länger an der ihnen langsam entgleitenden Macht halten können, müssen in den Schützengräben und Minenfeldern des Golfkriegs Kinder sterben. Wie lange noch?



## Klarheit bei Thyssen

J.G. - Das grausame Spiel ist zu Ende. Die Führungsriege und die damit verbundenen Irritationen im laufenden Geschäft eines deutschen Weltkonzerns sind überwunden. Das ist das Resultat der Sondierung des Thyssen-Aufsichtsrates vom letzten Samstag. Die Entscheidung, spät aber auch um so nachdrücklicher getroffen, schafft Klarheit gleich für sieben Jahre. So sind die „Absichtserklärungen“ des Aufsichtsrates zu interpretieren, seinen neu gewählten Vorsitzenden Vogelsang und den amtierenden Vorstandsvorsitzenden Spethmann nach Ablauf ihrer Amtsperiode ins gleiche Amt zu bestellen.

Das ist, kurz und grob formuliert, ein Sieg Spethmanns über seinen Amtsvorgänger Solh, der auch im Olymp seines Ehrenvorsitzes das Mitgehen nicht lassen mochte und zumal bei seinem Altersgenossen Kühnen, dem nun in die Resignation entwichenen Aufsichtsratsvorsitzenden, den Mitspieler gegen den Vorstandsvorsitzenden fand.

Alle Kräfte seien nun auf die Bewältigung der „schwierigen Aufgaben“ des aktuellen Konzerngeschäftes zu konzentrieren, sagt der Aufsichtsrat in der Begründung seiner Entschlüsse. Das schwingt ein Vorbehalt mit. Vorstandschaft Spethmann muß aus Bewältigung von Stahlkrise und Verlusten des amerikanischen Verarbeitungs-

reichs bald bessere Zahlen liefern als den für 220 000 Aktionäre enttäuschenden Verlustabschluß des letzten Geschäftsjahres. Die Chance dafür hat er nicht nur wegen des im laufenden Jahr wohl um 15 Prozent auf gut 32 Milliarden DM steigenden Umsatzes. Auch die Fessel aus Mißtrauen oder auch nur Verzweiflung im eigenen Haus hat er nun vom Hals.

## Maulkorb

J. Sch. (Paris) - An sich würde es die derzeitige Wirtschaftslage Frankreichs der Regierung erlauben, zumindestens den Unternehmen gegenüber die Devisenkontrolle aufzuheben, erklärte Wirtschafts- und Finanzminister Delors der verordneten Nationalversammlung. Aber leider sei das nicht möglich, weil französische Unternehmenschefs und Bankiers sowie bedeutende Politiker im Ausland Schlechtes über Frankreich sagen. Delors verurteilte damit indirekt die vom oppositionellen Senat an den Internationalen Währungsfonds (IWF) gerichtete Anfrage um Auskunft über die wirkliche Höhe der französischen Auslandsschulden. Aber geht der Minister hier nicht etwas zu weit? Und was die Erklärungen französischer Staatsbürger im Ausland betrifft, so widerspricht sein Ansehen dem Recht auf freie Meinungsäußerung. Durch Maulkörbe allein läßt sich der Franc nicht stabilisieren.

## Hartnäckige Subventionen

Von HEINZ HECK

In Stichwort droht in der unvermeidlichen Auseinandersetzung um die Steuerreform gänzlich in Vergessenheit zu geraten: der Subventionsabbau im westlichen Sinne. Wer noch die Forderungen prominenter Unionspolitiker aus der Bonner Oppositionszeit im Ohr hat, kann sich nur wundern. Auch so entscheidene Gegner jeder Mehrwertsteuererhöhung (wie der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, CDU), denen das Verdienst gebührt, solche Forderungen in der Regierungszeit der SPD über das Veto im Bundesrat abgeblockt zu haben, scheinen sich an ihre damaligen „stichhaltigen“ Argumente nicht mehr zu erinnern.

Müßte es heute nicht ein Kinderspiel sein, so mag sich ein unbefangener Beobachter fragen, daß sich zwei so exemplarische Ordnungspolitiker wie Gerhard Stoltenberg und Otto Graf Lambsdorff auf ein Programm zum Subventionsabbau einigen, das sich gewaschen hat? Bedenkt man noch dazu, daß sich die FDP, wie Lambsdorff rühmend hervorhebt, bereits 1977 „für einen glasklaren marktwirtschaftlichen Kurs entschieden“ hat, so könnte dieses Programm zumindest in der FDP-Fraktion schon abgelehnt sein, auch wenn es in der Volkspartei CDU/CSU mit ihren unterschiedlichen Flügeln hier und da vielleicht noch Schwierigkeiten gäbe.

Statt dessen kommt das Finanzierungsinstrument Mehrwertsteuererhöhung - gleich, ob halber oder ganzer Punkt - auch in den Koalitionsberatungen nicht aus der Diskussion. Den Abgeordneten der Bonner Koalition ist zu beschneigen, daß sie die Mehrwertsteuererhöhung ablehnen, auch wenn sie sich nicht so beherzt ans Streichen von Vergünstigungen heranmachen, wie man es bei der oben geschilderten Traumkonstellation erwarten könnte.

Doch der Widerstand von zumindest fünf CDU-geführten Landesregierungen gegen diese „reine“ Lösung ist ungebrochen. Da über allem das Damoklesschwert hängt, daß die vier SPD-geführten Länder die Steuerreform 1986 überhaupt noch nicht wollen, ist dieser Widerstand sehr ernst zu nehmen.

Hier geht es auch um einen Streit zwischen der Legislative (in Bonn) und der Exekutive (in den Ländern). Es gilt, die heimlichen Steuererhöhungen wenn schon nicht zu beseitigen, so doch zumindest spürbar zu verringern. Alfred Dregger, Chef der

Bonner Unionsfraktion, hat diese Steuererhöhungen treffend mit dem Hinweis charakterisiert, daß das Parlament sie nie beschlossen habe. Daher rührt diese Frage aus Selbstverständnis des Parlaments, das sich seine Funktionen nicht von der Exekutive entwenden lassen sollte.

Denkbar natürlich auch, daß die Länder lediglich nach Teppichhändler-Manier eine Teilkompensation für ihre und die Einnahmeausfälle der Gemeinden vom Bund kassieren wollen, zumal da dieser mit stolzen Bundesbankgewinnen seine eigene Rechnung aufbessern kann (auch wenn Bonn in den nächsten Jahren zusätzliche Haushaltslöcher, vor allem aus Brüssel, drohen).

Dennoch ist es erstaunlich und zugleich besorgniserregend, daß der Abbau der Subventionen zunehmend aus dem Visier gerät. An wissenschaftlichem Rat fehlt es den Politikern keineswegs. So hat der angesehene Finanzwissenschaftler Professor Fritz Neumark dazu erklärt: „Würden auch nur die wichtigsten Ausnahmen von der Steuerpflicht beseitigt, so würde allein dadurch ein erheblicher Teil der aus der Tarifsenkung resultierenden Mindereinnahmen kompensiert werden. Daß die Landwirtschaft so gut wie überall nicht zu den nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuerten Gruppen gehört, ist bekannt. Das gleiche gilt für die Angehörigen der freien Berufe. In jedem Fall verdient der Weg, mit einer Verbreiterung der Besteuerungsbasis die Voraussetzungen für eine Belastungskorrektur zu schaffen, den Vorrang vor einer Finanzierung solcher Entlastungen bei der Einkommensteuer durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer. Im übrigen ist gerade bei der Mehrwertsteuer zu beobachten gewesen, daß mit zunehmender Höhe des Steuersatzes die Neigung zu Steuerhinterziehungen überproportional wächst.“

Neumark macht nicht nur deutlich, daß beide Koalitionspartner ihrer Klientel zu Leibe rücken müßten. Zugleich räumt er mit den Illusionen über eine Umschichtung des Steuersystems (von direkten zu indirekten Steuern) auf, zumindest was die Mehrwertsteuer anlangt.

Den Regierenden bleibt der Härte test nicht erspart: Mit Ausgabendisziplin und Subventionsabbau müssen sie ihre politische Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen, die sie früher der SPD - oft zu Recht - abgesprochen haben.

## BAUFINANZIERUNGSKOSTEN / Vom Zinstrend in den USA nicht unabhängig

## Vorerst ist kein genereller Anstieg der Hypothekenzinsen in Sicht

CLAUS DERTINGER, Frankfurt  
Die von der Deutschen Pfandbriefanstalt, der größten öffentlich-rechtlichen Hypothekenbank, in der vorigen Woche bekanntgegebene Verteuerung der Baufinanzierung ist kein Signal dafür, daß die Hypothekenzinsen allgemein nach oben in Bewegung geraten. Das ergab eine Umfrage der WELT bei führenden Instituten der Branche. Voraussetzung für stabile Hypothekenzinsen auf dem derzeitigen Niveau ist freilich, daß die Zinsen am Rentenmarkt nicht weiter anziehen.

Mit Prognosen zur allgemeinen Zinsentwicklung am Kapitalmarkt sind die Bankiers jedoch vorsichtig, weil nur schwer abzuschätzen ist, ob und wie stark die Zinsen in den USA steigen werden und inwieweit der US-Zinstrend auch die Zinstendenz in der Bundesrepublik beeinflusst. In den beiden letzten Monaten erwies sich der deutsche Kapitalmarkt als bemerkenswert resistent gegen die Zinsspekulation in den USA, wo die Kapitalmarktzinsen um rund 7 Prozentpunkte auf knapp unter 13 Prozent und die Geldmarktzinsen um einen vollen Prozentpunkt geklettert sind; in der Bundesrepublik dagegen stiegen die Renditen am Kapitalmarkt im fünfjährigen Laufzeitenbereich nur um einen Viertelprozentpunkt und bei zehnjährigen Laufzeiten sogar lediglich um 1/8 Prozentpunkt. Die Ausweitung der Zinsvorsprünge der USA wurde durch den kräftigen Anstieg des Dollarkurses „aufgefangen“.

Für die weitere Entwicklung der deutschen Kapitalmarktzinsen, an denen sich die Baufinanzierungskosten orientieren, spielt auch eine Rol-

le, ob die Bundesbank die Vergrößerung der Zinsdifferenz zwischen Dollar und D-Mark und den Anstieg des Dollarkurses weiterhin gelassen hinläßt. Eine Leitzinserhöhung würde, so meint man im Kreditgewerbe, mit Sicherheit auch die Kapitalmarktzinsen steigen lassen und damit die Baufinanzierung verteuern. Nicht zuletzt entscheidet der Ausgang des Tarifkonflikts über den weiteren Weg auch der Hypothekenzinsen. Kame es zu einer volkswirtschaftlich vertretbaren Lösung, könnte nach Auffassung vieler Experten die D-Mark ebenso wie deutsche Rentenwerte an Attraktivität gewinnen, so daß sogar eine Zinssenkung am Kapitalmarkt denkbar wäre.

Dieser Datenkranz wird in den nächsten Wochen die Zinspolitik der in der Baufinanzierung tätigen Institute bestimmen, die ihre Zinskonditionen während der letzten Wochen überwiegend stabil gehalten haben. Die Verteuerung der Refinanzierungskosten um 1/8 bis 1/4 Prozent seit Anfang März wurde meist schon im März zum Anlaß genommen, die Hypothekenzinsen etwas zu erhöhen.

Die Deutsche Pfandbriefanstalt begründete ihre jetzt vorgenommene Zinserhöhung durch Senkung der Auszahlungskurse mit einer späten Anpassung an die Marktverhältnisse.

Zur Zeit bewegen sich die Auszahlungskurse für Hypotheken mit 7,5 Prozent Nominalzins bei fünfjähriger Zinsfestschreibung zwischen 94% und 98 Prozent und bei achtprozentigem Nominalzins zwischen 96% und 99 Prozent. Bei zehnjähriger Zinsfestschreibung liegen die Auszahlungskurse 7,5prozentiger Hypotheken zwischen 90% und 92% Prozent und für achtprozentige Darlehen zwischen 84 und 90 Prozent. Für zinsvariable Sparassessorenhypotheken mit 7,5 Prozent Nominalzins liegen die Auszahlungskurse in der Nähe der Marke von 98 Prozent.

Nicht selten werden auch Hypotheken zu günstiger erscheinenden Konditionen angeboten; doch dabei fallen oft „verdeckte“ Kosten an, zum Beispiel Abschlußgebühren für eine Lebensversicherung oder andere Gebühren. Als Bauernfänger entpuppen sich häufig die zu ganz besonders niedrigen Zinsen angebotenen „Sonderkontingente“. Zur Vorsicht wird auch geraten, wenn Bauträger Finanzierungen zu Vorzugsbedingungen anbieten. Die angeblichen Finanzierungsvorteile zahl der Bauherr in der Regel aus seiner eigenen Tasche, weil ein höherer Preis für das Objekt, so warnen Finanzierungsfachleute aus dem Realcreditgewerbe.

## STEUERREFORM

## Die Finanzierungsfrage wird weiter kontrovers diskutiert

HEINZ HECK, Bonn  
Nach dem jetzigen Beratungsstand in der Bonner Regierungskoalition steht Finanzminister Stoltenberg in der unverändert kontroversen Finanzierungsfrage drei Lösungsmöglichkeiten für eine Steuerreform im Jahre 1988:

1. Eine Mehrwertsteuererhöhung um einen Punkt (Regelsatz) auf 15 Prozent mit Mehreinnahmen für Bund und Länder 1988 von etwa 9,2 Milliarden Mark.
2. Eine Mehrwertsteuererhöhung um einen halben Punkt, was zusätzlichen Einnahmen von etwa 4,6 Milliarden Mark entspräche und Ausgleichsmassnahmen durch Subventionsabbau, die allerdings beim Koalitionsgeheimnis am Donnerstag überwiegend noch umstritten waren. Mit diesen beiden Finanzierungsmöglichkeiten ließe sich die „große Lösung“, also Reformvolumen von 20,6 Milliarden Mark, bestreiten. Bei dem ersten

Modell mit einem Punkt Mehrwertsteuer sieht Stoltenberg sogar die Chance einer stärkeren Tarifentlastung.

3. Bei der „kleinen Lösung“ mit einem Entlastungsvolumen im Jahre 1988 von nur 13 bis 14 Milliarden Mark könne auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer verzichtet werden, da in diesem Fall lediglich ein Einnahmeausfall von zwei bis drei Milliarden Mark zu kompensieren wäre.

Ungeachtet der deutlich verbesserten Haushaltslage des Bundes in diesem und im kommenden Jahr (gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung) sind die Aussichten gering, der Ländermehrheit im Bundesrat ein Entlastungsvolumen von netto über zehn Milliarden Mark für 1988 abzutrotzen. Da die Zustimmung der Länderkammer in jedem Fall erforderlich ist, kommt die Bundesregierung an den Vorstellungen der Bundesländer zur Steuerreform nicht vorbei.

## US-AKTIENMÄRKTE

## Neue Zinsprognose beendete freundliche Börsenwoche

DW, New York  
Das internationale Börsenklima gestakte sich in der abgelaufenen Woche insgesamt freundlich. Die Wall Street konnte sich von dem im April erlittenen Zinsschock weiter erholen. Der Dow-Jones-Index für 30 Standardwerte beschloß die Woche mit einem Minus von 3,76 Punkten auf 1165,31. Der umfassende börsenamtliche NYSE-Index gab um 0,19 Punkte auf 91,75 nach. Der tägliche Durchschnittsumsatz belief sich auf 95,57 Millionen Stücke gegenüber 88,04 Millionen in der Vorwoche.

Zu einer deutlichen Kurskorrektur kam es dann aber zum Wochenschluß. Ausgelöst wurden die Verluste auf breiter Front durch eine Zinsprognose Henry Kaufmans, des Chefvolkswirt von Salomon Brothers, erwartet für 1985 einen „spektakulären“ Zinsanstieg. Der Dow-Jones-Index fiel im Anschluß an diese Vorhersage kontinuierlich und wies am Ende ein Tages-Minus von 16,22

Punkten auf. Als die Vorhersage von Henry Kaufman im Vormittagshandel bekanntgegeben wurde, war der Markt im Begriff, zu einer Aufwärtsbewegung anzusetzen.

Dabei entwickelt sich die Konjunktur in den USA weiter gut. Die Arbeitslosenquote hat im April unverändert bei 7,8 Prozent gelegen. Die Zahl der Arbeitsplätze stieg gegenüber dem Vormonat um 260 000 und erreichte den Rekordstand von 104,4 Millionen. Infolge des gleichzeitigen leichten Anstiegs der Zahl der Beschäftigungslosen blieb die Arbeitslosenquote jedoch unverändert. Ein Bericht der renommierten Fachvereinigung der Einkaufsleiter zufolge hat sich die Konjunktur in den USA im April „spektakulär“ verbessert. Alle Wirtschaftsindikatoren - vor allem die Auftragseingänge, die Produktionsentwicklung und die Lagerbestände - waren dem Monatsbericht der Vereinigung zufolge im April besser als im Vormonat März.

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

## Graf Lambsdorff kritisiert CDU- und SPD-Programme

HEINZ HECK, Bonn  
Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) reklamiert für seine Partei, sich bereits 1977 „mit den Kieler Thesen für einen glasklaren marktwirtschaftlichen Kurs entschieden“ zu haben. Zugleich übt er mit Blick auf die bevorstehenden Parteitage von CDU und SPD in der Mai-Ausgabe der „neuen Bonner Deutsche“ Kritik an deren Wirtschaftsprogrammen.

Dem unter Leitung von Herbert Ehrenberg formulierten Programm bescheinigt er, die SPD wolle „auf den Markten der Marktwirtschaft“ nicht ganz verzichten. Dennoch könne mit der SPD die Rückkehr zu mehr Markt und mehr Freiheit in unserer Wirtschaftsordnung nicht erreicht werden.

Dies gelte um so mehr, als die jetzt beginnende Diskussion innerhalb der SPD zeige, „daß sozialistische Vorstellungen wie Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien (so die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD und die Jusos) wieder auf dem Vormarsch sind“. Konservativer und weniger liberal könne man 1984 Wirtschaftspolitik kaum formulieren. Das Zutrauen der SPD in die arbeitsplatzschaffende Wirkung staatlicher Wirtschaftspolitik sei „seit der Bonner Wende eher noch gewachsen. Die Fehler der Vergangenheit werden nicht durch tätige Reue ausgemerzt. Vielmehr will sich die SPD immer tiefer in den Teufelskreis von staatlichen Interventionen

und höherer Verschuldung begeben“. Jedenfalls sei der Katalog von Maßnahmen, die dem Staat eine aktive Rolle in der Wirtschaftspolitik zunesen, noch erweitert worden, obwohl es in der gegenwärtigen Lage „eher einer Eindämmung der Staatstätigkeit bedarf“.

Aber auch der Bonner Koalitionspartner CDU kommt mit seinem von Heiner Geißler vorgelegten Programm-Entwurf („Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“) nicht ungeschoren davon. Der CDU-Leitantrag weist sich, so Lambsdorff, „schon im Titel als lausches, nach allen Seiten hin orientiertes Papier aus“.

Zwar würden schon in der Präambel die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft ausdrücklich anerkannt und als Leitmaxime künftiger CDU-Politik festgeschrieben. Lambsdorff kritisiert jedoch, daß dieser, begrüßenswerte „Nachweis“ marktwirtschaftlicher Denkweisen in Einzelfragen allzu oft nicht mehr erkennbar sei.

Der politische Maßnahmenkatalog im CDU-Papier erfasse zwar alle Felder der Diskussion und biete populäre Thesen an, enthalte jedoch wenig konkrete Festlegungen und schon gar keine Prioritätensetzungen im Einzelnen. Immerhin tröstlich für den liberalen Wirtschaftsminister, daß alle vorgeschlagenen Maßnahmen, die die öffentlichen Haushalte betreffen, unter dem Finanzierungsverbot stehen.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### EG-Minister beraten

Brüssel (dpa/VWD) - Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft kommen heute in Brüssel zusammen, um über finanzielle Hilfen der EG zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Strukturpolitik zu beraten. Die EG-Kommission hat vorgeschlagen, den Bauern zur Modernisierung der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen in den nächsten fünf Jahren 16,8 Mrd. DM zur Verfügung zu stellen.

### Weg der Kurse

	4.5.84	27.4.84
Boeing	38,125	38,50
Chrysler	23,375	23,375
Citicorp	34	34,125
Coca-Cola	56,375	54,75
Exxon	42,625	42,75
Ford Motors	35,375	35,75
IBM	112,875	114
PanAm	5,75	5,75
US Steel	29,875	29,375
Woolworth	37,75	31

### Keine Erhöhung

Wien (rt) - Der Marktüberwachungsausschuß der Organisation erdöllexportierender Länder (Opec) hat gestern Beratungen über die Lage am Weltölmarkt aufgenommen. Die vier Öminister würden aber voraussichtlich keine Änderungen der Preise oder der Fördermengen empfehlen, sagte der Öminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Nana Said al Oteiba, vor dem Treffen.

### Diskontsatz gesenkt

Rom (dpa/VWD) - In Italien ist der Diskontsatz von bisher 16 auf 15,50 Prozent herabgesetzt worden. Die Maßnahme wurde mit einem etwas günstigeren Verlauf der Preisentwicklung begründet, obwohl die Inflationsrate immer noch über zehn Prozent liegt.

### Siemens in China

München (VWD) - Die Regierung der Volksrepublik China ist an einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Siemens AG auf den Gebieten der Kraftwerks- und Energietechnik, der Kommunikation und Datenverarbeitung sowie in der Medizintechnik interessiert. Das teilte Siemens am Ende eines achtstägigen China-Aufenthalts einer Unternehmensdelegation unter Leitung von Vorstandschef

Karlheinz Kaske mit. Siemens will seine ständige Repräsentanz in Peking ausbauen. 1982/83 hat Siemens für 50 Mill. DM Fernschreiber und verschiedene andere Geräte an die Volksrepublik geliefert. Der Auftragseingang betrug bereits 100 Mill. DM.

### „Weiser“ scheidet aus

Wiesbaden (VWD) - Das Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Professor Kurt Schmidt (Universität Mainz), hat sein Amt niedergelegt. Das teilte der Vorsitzende der „fünf Weisen“, Professor Olaf Sievert, mit. Schmidt habe Bundespräsident Karl Carstens mitgeteilt, daß er nach den zehn Jahren seiner Mitgliedschaft, die zwei vollen Amtsperioden entsprächen, einen Wechsel für geboten halte.

### Zahlungssituation besser

Berlin (dpa/VWD) - Die Zahlungssituation der sozialistischen Länder hat sich nach östlicher Darstellung wesentlich gebessert. In einem jetzt in Ost-Berlin nachgedruckten Beitrag aus der sowjetischen Fachpresse wird eingeräumt, daß bei den Ländern der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft (RGW) Anfang der 80er Jahre „gewisse Komplikationen bei Begleichung ihrer Auslandsverbindlichkeiten“ auftraten. Heute könne jedoch insgesamt von einer Verminderung dieser Schwierigkeiten gesprochen werden, heißt es. Die Nettoverbindlichkeiten der RGW-Länder gegenüber westlichen Regierungen und Geschäftsbanken seien bis Ende 1983 auf 57 bis 59 Mrd. Dollar zurückgegangen. Als „ernstes Problem“ werden in dem Beitrag die Verbindlichkeiten Polens gegenüber dem Westen bezeichnet.

### Londoner Kassapreise

	4.5.84	27.4.84
Kupfer (£/t)	1038	1136,5
Zink (£/t)	330,75	335,5
Alu (£/t)	688,25	700,5
Gold (\$/Unze)	376,75	378
Silber (\$/Unze)	640,80	648,05
Kakaopulver (£/t)	1854,5	1902,5
Kaffee (£/t)	240	211,5
Zucker (£/t)	108	112,5
Kautschuk (p/kg)	72	71
Wolle (p/kg)	473	470
Baumwolle (cts/lb)	89,45	89,85

<sup>1)</sup> Abladung Juli; <sup>2)</sup> Abladung Juli; <sup>3)</sup> A-Index-Preis Liverpool

Mit TWA nach & durch die USA.

# Amerika jetzt extra preiswert.

Jetzt fliegt sich's bequem und günstig in die USA: mit dem Holiday-Tarif der TWA. Unter anderem zu attraktiven Städten wie Los Angeles, New Orleans, Las Vegas. Einmal New York und zurück kostet Sie z.B. nur 1.198 Mark. Mehr über unsere preiswerten Verbindungen erfahren Sie bei Ihrem Reisebüro oder von TWA.

TWA, die I♥NY Fluglinie

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen





## JAPAN / 900 000 besuchten deutsche Leistungsschau

## „Überwältigender Erfolg“

dpa/VWD, Tokio. Die „Deutsche Leistungsschau“ in Tokio, die gestern nach 14-tägiger Dauer zu Ende ging, hat mit rund 900 000 Besuchern alle Erwartungen übertroffen. Die bisher größte Industrie- und Technologie-Messe der Bundesrepublik im Ausland war nach den Worten von Organisatoren und Ausstellern ein „überwältigender Erfolg“. Über 500 Firmen hatten seit Ostermontag aus der Taufe gehoben, um den Fachbesuchern und dem allgemeinen Publikum von der lasergesteuerten Werkzeugmaschine bis zum Plüschtier die ganze Band-

beitslosigkeit, Konkurse und allgemeinen Niedergang, die Zeitungspalten beherrschte.

Die deutschen Aussteller geben von dieser Messe mit dem Gefühl nach Hause, „daß die Japaner sehr gut sind, wir aber auch“, meint der Geschäftsführer des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der deutschen Wirtschaft (AUMA), Friedhelm Sartorius. „Unsere Absicht, den Japanern zu zeigen, daß die Deutschen leistungsfähig sind, daß sie Spitzenqualität bieten können und Produkte haben, die man in Japan verkaufen kann, ist voll gelungen.“

Viele Aussteller hätten nach den Gesprächen mit den „sehr gut informierten“ rund 100 000 Fachbesuchern festgestellt, daß sie in der Lage seien, den Japanern für deren spezifische Probleme und Wünsche die passenden Produkte sowie Dienstleistungen liefern zu können. Der Geschäftsführer des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der deutschen Wirtschaft (AUMA), Franz Zeitlinger, betonte, die deutschen Aussteller hätten einerseits mehr Selbstvertrauen in die eigene Wirtschaftskraft gefunden und andererseits vielfach ein Vertrauensverhältnis zu den Japanern herstellen können.

VW-Verkaufsdirektor Harry Bausch äußerte sich „überrascht über den Zuspruch“ und die relativ guten Abschlüsse, „trotz gewisser Bedenken vor der Ausstellung“. Dieter Brämer, Generalmanager von Siemens in Tokio, erklärte, sein Konzern sei mit dem Verlauf der Messe außerordentlich zufrieden. Nicht nur die Fachbesucher, sondern vor allem auch junge Gäste hätten den ausgestellten Produkten „sehr viel Interesse“ entgegengebracht. Fast alle großen Aussteller waren angetan von der Qualität der Fachbesucher. Nicht nur kleine japanische Firmen seien gekommen, sondern auch Repräsentanten der drei großen japanischen „M“-Mariken, Mitsui und Mitsubishi, die Bereitschaft gezeigt hätten, deutsche Produkte zu vertreten. Nach Angaben von Thyssen wurden viele neue Geschäftsbeziehungen geknüpft.

Das deutsche Handelsdefizit mit Japan in Höhe von 9,2 Mrd. DM wird nach Meinung von Wirtschaftsfachleuten durch die Leistungsschau „nicht einfach verschwinden“. Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff war sich mit dem japanischen Minister für Internationalen Handel und Industrie (MITI), Hikosaburo Okonogi, einig, daß intensive Nacharbeit der deutschen Wirtschaft notwendig sei.

## DAIMLER BENZ AG / Seminar über Herausforderungen und Chancen von morgen

## „Abrupte Wende ist nicht möglich“

G. BRÜGGEMANN, Tübingen. Die wichtigste Gruppe für das Wohlergehen und den Reichtum einer Gesellschaft sind die Führungskräfte. Die Frage ist aber, ob unsere Gesellschaft genug fähige junge Menschen für Führungsaufgaben herausbildet. Henning Günther, Pädagogikprofessor an der Universität Köln, stellte sie auf einem Seminar, das die Daimler-Benz AG in der vergangenen Woche in Tübingen durchführte, an. Zu dem Thema „Herausforderungen heute - Chancen von morgen“ hatte das Unternehmen eine Reihe von Referenten versammelt, die sich mit historischen, gesellschaftspolitischen, ökonomischen und verkehrswirtschaftlichen Aspekten beschäftigten.

Prof. Günther stellte fest, daß der Generationswechsel auf den Führungspositionen bis heute gelungen sei. Ob solcher Wechsel auch künftig möglich sein werde, mochte er jedoch nicht mit gleicher Sicherheit voraussagen. Zwar änderten sich gegenwärtig die gesellschaftlichen Vorurteile wieder in Richtung auf die Leitwerte von Verantwortung und Eigeninitiative. Man könne aber nicht sagen, daß ein Umschwung schon erreicht sei.

In ähnlicher Weise äußerte sich der Kasseler Professor Ludwig Bress, der

über gesellschaftspolitische Folgerungen aus den technologischen Umstrukturierungsprozessen in der Gegenwart sprach. Wir seien gegenwärtig Zeugen der endgültigen Abrechnung mit drei großen sozialen Phantasien, daß nämlich 1. die staatliche Organisation der Wirtschaft das allgemeine Glück der Menschheit fördere, daß 2. eine hohe bürokratische Regeldichte die Selbstbestimmung der Menschen ohne anzerogene Selbstkontrolle zu haben sei. Abrupte Wendemanöver in der Bundesrepublik hält Bress nicht für möglich. „Der Umschwung in der Gesellschaftspolitik kann zunächst nur ein atmosphärischer sein, der signalisiert, daß die Einlösung von Ansprüchen eine materielle Deckung erfordert, die durch Leistung aufzubringen ist.“

Über das Thema „Chancen der Krise, wirtschaftshistorische Anmerkungen zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation“ referierte der Bonner Professor Hans Pohl. Er fand am Ende seines Überblicks „positive Tendenzen“. Die Krise heute böte die Chance zur Beseitigung überholter Strukturen, zur Anpassung an veränderte Standortbedingungen und Energiepreise, zu intensiveren Ein-

satz von technischem Fortschritt, zum Aufbau rentabler Produktionsanlagen und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Mit den automobilen Fragen des Straßengüterverkehrs befaßten sich neben einem hervorragend besetzten Panel die Professoren Walter Hamm und Helmut Seidenfuß. Hamm wies in seinem Referat besonders auf die für die Verkehrsnachfrage erhebliche Bedeutung hin, die die ungebrochene Tendenz zu einer weiträumigen internationalen Arbeitsteilung besitzt.

Schon im vergangenen Jahrzehnt sei die Außenhandelsverflechtung der deutschen Wirtschaft beträchtlich gestiegen. Der Anteil der Importe an der Inlandsversorgung erhöhte sich von 16 Prozent 1970 auf rund 28 Prozent 1982. Ein Drittel der Inlandsproduktion werde inzwischen exportiert. Diese Entwicklung werde sich aller Voraussicht nach fortsetzen. Mit anderen Worten: Der grenzüberschreitende Verkehr gehöre zu den Transportmärkten mit den besten Wachstumschancen. Daß die Grenzabfertigung selbst in der Europäischen Gemeinschaft unverändert restriktiv und bürokratisch erfolge, gehörte zu den besonders bedauerlichen und unverständlichen Fehlleistungen politischer Organe.

## ELBSCHLOSS-BRAUEREI / Wieder Absatzeinbußen

## Von der Tochter profitiert

JAN BRECH, Hamburg. Die kleinste der drei Hamburger Brauereien, die Elbschloss-Brauerei AG, hat im Berichtsjahr 1983 zum dritten Mal in Folge Absatzeinbußen hinnehmen müssen. Wie dem Geschäftsbericht zu entnehmen ist, der den freien Aktionären neben dem nackten Zahlenwerk kaum weitere Einblicke in den Gang der Geschäfte gibt, sank der Gesamtumsatz um 4,7 Prozent. Er dürfte mit rund 398 000 hl erstmals wieder unter die 400 000-hl-Grenze zurückgefallen sein. Der Rückgang wird mit bewußtem Verzicht auf ertragsschwaches Geschäft mit Dosenbier und Einwegflaschen begründet. Im höherpreisigen Markt-Segment sei die Entwicklung besser gewesen.

Die Umsätze gingen ebenfalls um drei Prozent auf 67,9 Mrd. DM zurück. Der Jahresüberschuß ist mit 0,88 Mrd. DM auf die unveränderte Dividende von elf Prozent zugeschnitten. Am

Grundkapital von 8 Mill. DM sind die DUB-Schultheiss-Gruppe mit 56 Prozent, die Münchener Rück mit 26 Prozent und freie Aktionäre mit 16 Prozent beteiligt. Im Ergebnis profitierte Elbschloss auch 1983 ganz wesentlich von ihrer 75,8 Prozent Beteiligung an der Einbecker Brauhaus AG, die für das Geschäftsjahr 1983 wieder stolze 20 Prozent Dividende sowie zusätzlich drei Prozent Bonus ausschüttet. Dadurch fließen Elbschloss 1,96 Mill. DM an Beteiligungserträgen zu, ohne die die eigene Dividende vermutlich nicht zu zahlen gewesen wäre. Die Tochter Einbeck ist gemessen am Umsatz und Absatz größer als die Hamburger Mutter.

Die Aussichten für dieses Jahr werden zurückhaltend beurteilt. Zur Absicherung der Ertragslage seien Rationalisierungsmaßnahmen notwendig. Elbschloss beschäftigt 1983 insgesamt noch 347 Mitarbeiter.

## Shell erschließt Nordsee-Gasfelder

fu, London

Der Ölkonzern Shell hat von der Regierung in London grünes Licht für die Entwicklung zweier Gasfelder im britischen Nordsee-Sektor vor der Küste von Norfolk erhalten. Die Kosten für die Entwicklung der Gasfelder Nord- und Süd-Sean werden bei 550 Mill. Pfund (knapp 2,1 Mrd. DM) liegen. Beteiligt an den Feldern sind neben dem Projektführer Shell die Konzerne Esso, Britoil und Union Texas Petroleum, alle zu jeweils 25 Prozent.

Nord- und Süd-Sean wurden bereits 1969 entdeckt. Doch erst mit der raschen Preiserhöhung für neue Gaslieferungen wird die Ausbeutung der Vorkommen rentabel. Beide Felder werden Gas zur Spitzen-Verbrauchszeiten im Winter liefern, was doppelt so hohe Entwicklungskosten wie gewöhnlich bedingt. Mit der ersten Lieferung über eine eigene Pipeline wird für Herbst 1988 gerechnet.

## GROSSBRITANNIEN / Streik zeigt Wirkung

## Stromerzeugung erschwert

WILHELM FURTER, London. Die seit Anfang März andauernden heftigen Auseinandersetzungen im britischen Steinkohlebergbau und die damit verbundene, streikbedingte Schließung des größten Teiles der Zechen zeigen jetzt erste negative Auswirkungen auf Teile der britischen Wirtschaft. So mußten zwei große Kohlebetriebe Elektrizitätswerke in der Nähe von Oxford und in Süd-Wales ihre Stromerzeugung einstellen, weil die Kohlereserven der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft schwinden. In den meisten anderen E-Werken des Landes, die auf Kohle-Basis arbeiten, ist die Stromerzeugung drastisch eingeschränkt worden.

Das bedeutet, daß etwa im Süden Großbritanniens nahezu die gesamte Stromerzeugung mit dem um rund die Hälfte teureren Öl oder mit Kernenergie aufrechterhalten wird. Die Elektrizitätsgesellschaft versichert allerdings, daß Engpässe in der britischen Stromversorgung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sind, weil Kohlekraftwerke in den streikfreien Kohlereviere - etwa Nottinghamshire - zusätzlich Strom in das nationale Netz einspeisen.

Dagegen verbleibt sich die Lage für die britische Stahlindustrie zusehends. Bereits zwei große Stahlwerke, Ravenscraig in Schottland und

Llanwern in Süd-Wales, stehen vor der Schließung, falls die benötigte Lieferung von Koks nicht sichergestellt werden kann. In Ravenscraig ist es daher in den letzten Tagen zu Auseinandersetzungen zwischen militanten Bergleuten und Stahlarbeitern gekommen.

Hier verhindern die schottischen Bergleute inzwischen sogar die ursprünglich zugesagte tägliche Anlieferung von einer Zugladung Koks. Die Kohle reicht aus, um die Stahlföhrer unter permanenter Hitze zu halten. Ein Auskühlen würde sie für immer untüchtig machen. Die Stahlarbeiter unterstützen die Anlieferung der Kohle durch LKW-Konvois, was Hunderte „fliegende“ Bergleutestriker zu verhindern versuchen.

Die Streikaktionen der Bergleute zeigen inzwischen auch negative Auswirkungen auf die eigenen Arbeitsplätze. So sah sich die staatliche Kohlegesellschaft gezwungen, die schottische Zeche Bogside wegen Überführung für immer zu schließen. Von der Stilllegung wegen Wassereintruchs, Gesteinsentwicklung oder geologischem Druck aufgrund der streikbedingten Einstellung notwendiger Wartungsarbeiten sind nach Auskunft des Coal Board weitere 25 Gruben direkt bedroht.

## RENTENMARKT / Zum Schluß freundlich

## Impulse aus dem Ausland

Trotz steigender amerikanischer Zinsen setzte sich eine freundlichere Stimmung durch, so daß die Renditen zurückgingen. Dies ist vor allem einer zunehmenden Auslandsnachfrage zu verdanken, die sich auf DM-Auslandsanleihen konzentrierte, aber auch auf die jüngsten zweijährigen U-Schätze des Bundes mit 6,78 Prozent Rendite, bei deren Zuteilung wegen starker Nachfrage scharf repartiert werden mußte. Offensichtlich hat die Abschwächung des D-Mark-Kurses das Auslandsinteresse für die deutsche Währung belebt. Diese fundamental gerechtfertigte „Abkoppelung“ vom Dollar regte an. (cd)

Emissionen	4.5. 84	27.4. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,41	7,41	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunen	7,50	7,47	7,72	7,04	10,55
Sonderanleihen	7,50	7,49	7,83	7,61	10,25
Sonderanleihen der Industrie	7,75	7,78	8,28	8,24	11,52
Sonderanleihen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,44	7,45	7,90	7,85	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,11	7,11	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,08	8,07	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,45	7,45	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,78	7,81	8,06	8,45	10,32



Anfangs wollten meine Mitarbeiter nichts von einem Computer wissen...

## Doch der TRS-80 hat sie von seiner Leistungsfähigkeit überzeugt!

Meine Sekretärin brachte Ihre Zeit mit dem Schreiben und Verbessern von Briefen, Verträgen und anderen Dokumenten. Mit dem Script® Textverarbeitungsprogramm kann sie die Texte einwandfrei schreiben, zentrieren, nummerieren... und das in kürzester Zeit. Unser Lagerverwalter findet im Profile® Plus Programm eine hilfreiche Stütze. Er kann zu jeder Zeit eine Lieferplanung auf den Bildschirm rufen. Bestellungen ändern und den Preis einer Produktreihe bis auf den letzten Pfennig ausrechnen... Auch unser Buchhalter ist begeistert. Denn das Multiplan™ Programm erspart ihm die leidigen Routine-Arbeiten...

## Ein schnelles und leistungsfähiges Computer-System...

Das Modell 12 mit 80K Speicher und 2 Laufwerken ist ein autonomer EDV-Arbeitsplatz. Jedes Laufwerk verfügt über 1,25 Megabyte. Es besitzt eine Drucker-Schnittstelle. 2 RS-232C Schnittstellen und ist mit Modell 2 Software kompatibel. Mit deutscher Schreibmaschinen-Tastatur. 264-4005

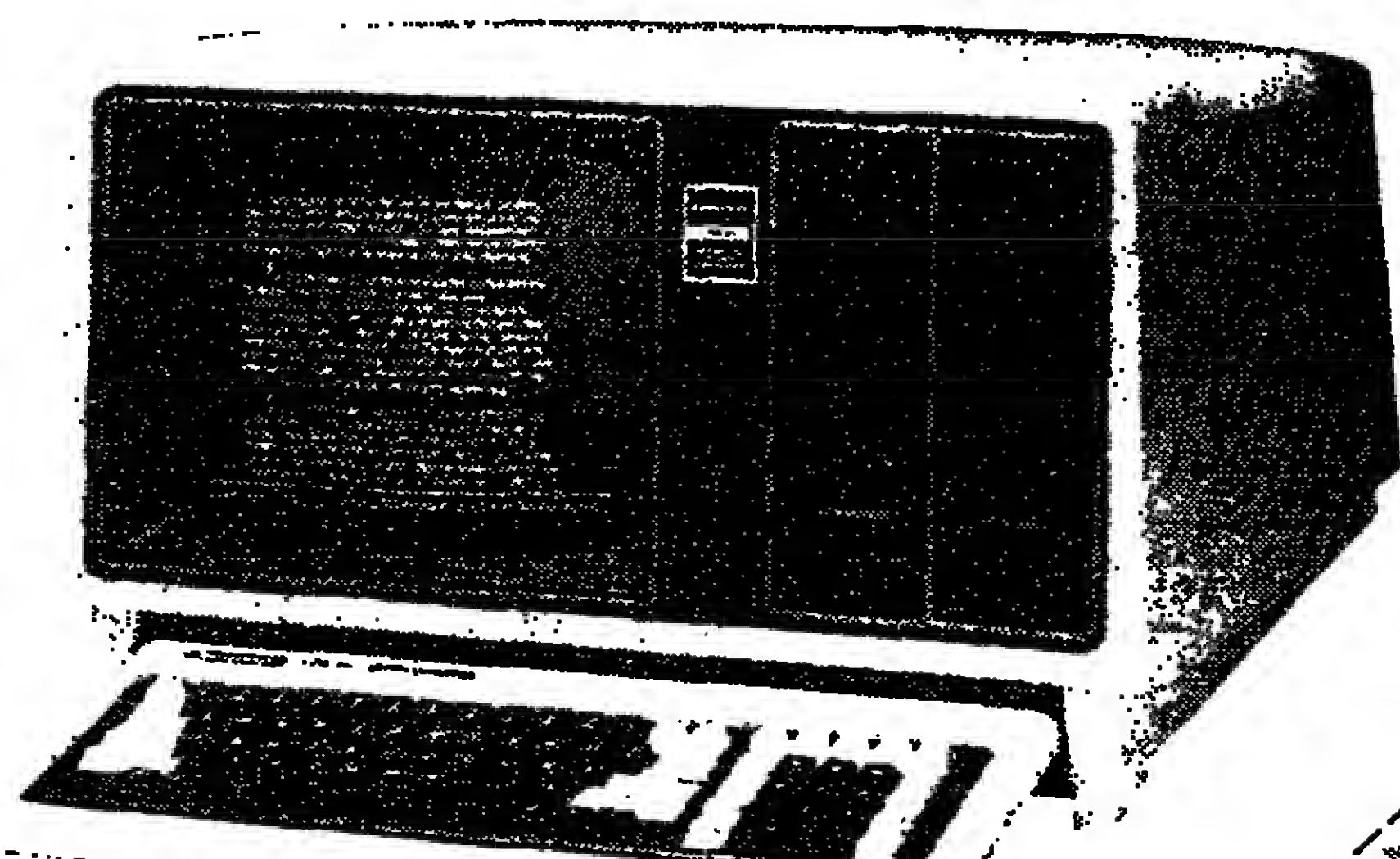
Multiplan™. Ein Tabellenkalkulations-Programm, durch das die Arbeitsblatt-Analyse einfacher wird als je zuvor. Multiplan ermöglicht die automatische Übertragung von Informationen von einem Arbeitsblatt zum anderen. Sortieren in alphabetischer und numerischer Reihenfolge. 26-4580

Profile® Plus. Dieses System ist ein rechenndes Datenverwaltungssystem, welches beliebig aufgebaut werden kann, und es ermöglicht Ihnen, Daten zu speichern, zu überprüfen und auf den neuesten Stand zu bringen. Indem Sie einfach einige Tasten drücken, Namen, Adressen, Rechnungen... werden spielend gespeichert, sortiert, gedruckt... 26-4515

Script®. Mit dieser Textverarbeitung erledigen Sie Ihre Post und Berichte in Windeseile. Sie können einfügen, löschen, kopieren, Zeilen oder ganze Wortgruppen versetzen... Dann bringen Sie das ganze via Drucker zu Papier. Ein äußerst leistungsfähiges Programm. 26-4835

## TRS-80, ein Microcomputer für jeden Beruf

Bei Vertragshändlern können die Preise variieren



Summe der Einzelpreise laut Preisliste 15334,-

12495,-  
(Modell 12 + 3 Programme)

Bei Tandy finden Sie das komplette Computer-System, das Ihren spezifischen Wünschen entspricht.

TANDY CORPORATION, Marketing Department (Hans G. Mehlhorn)  
Channing Circle, 11-4050 KATY AVENUE, Dallas, Texas 75241-1010  
Name \_\_\_\_\_  
Gesellschaft \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
Postfach \_\_\_\_\_  
Ort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

## Sprunghaftes Wachstum

München (dpa/VWD) - Ein weiterhin sprunghaftes Wachstum zeichnet den Markt für Bürokommunikation und Computertechnik. Nach vorläufigen Schätzungen hat sich das Inlandsangebot 1983 um 21,6 Prozent auf 12,4 Mrd. DM erhöht. Der Importanteil stieg um 16,2 Prozent auf 9,2 Mrd. DM. Von der Inlandsproduktion von über 12 Mrd. DM (plus 17,7 Prozent) gingen Waren im Werte von 9,2 Mrd. DM ins Ausland. Diese Zahlen nannte der Geschäftsführer der Münchner Messe-Gesellschaft, Gerd von Hövel, in München anlässlich der bevorstehenden 12. Fachausstellung „Büro 84“ (8. bis 11. Mai).

## Obag zahlt Bonus

Regensburg (sz.) - Zusätzlich zur unveränderten Dividende von 5 DM je 50-DM-Aktie wird die zum Bayern-

werk-Konzern gehörende Energieversorgung Ostbayern AG (Obag), Regensburg, für ihr 75. Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) einen Bonus von 1 DM auf das Grundkapital von 154 Mill. DM aus dem Jahresüberschuß von 19,8 (18,4) Mill. DM ausschütten. Bei einem um 3,7 Prozent auf 7,4 Mrd. kWh gestiegenen Stromabsatz wurde ein Umsatz von 1,33 Mrd. DM (minus 7,6 Prozent) erzielt. Investiert wurden 212 (150) Mill. DM bei Abschreibungen und Anlageabgängen von 142 (120) Mill. DM.

## Streit geht weiter

Köln (dpa/VWD) - Die Auseinandersetzung zwischen der Otto Wolff-Gruppe in Köln und der Dortmunder Hoesch AG um die Beteiligung an dem Maschinenbauunternehmen PHB Weserhütte AG, Köln, geht weiter. Die Otto Wolff-Gruppe hat erklärt, daß sie keine Grundlage für

Verhandlungen über eine unternehmerische Zusammenarbeit mit Hoesch bei PHB sehe. Das Kölner Unternehmen wird den in Luxemburg anhängigen Rechtsstreit fortsetzen, der darauf abzielt, die Aktienanleihe zwischen der Arbed-Gruppe und Hoesch rückgängig zu machen.

## Herrenmode startet früher

Düsseldorf (Fy.) - Die Internationale Herren-Mode-Woche und die Internationale Jeans-Messe Köln werden ab 1985 früher starten als bisher. Auf Beschluß des Messe-Fachbeirats sind die beiden Veranstaltungen des Jahres 1985 auf 15. bis 17. Februar, bzw. auf 16. bis 18. August terminiert. Unter dem Namen „Jobtex“ Internationale Fachausstellung für Berufsbekleidung, Uniformen und Trachten soll vom kommenden April an alle zwei Jahre eine neue Fachmesse stattfinden.

## IRI / Nach langer Verlustphase wieder Gewinn in Sicht - Personalabbau bei Stahl

## Problem ist hohe Fremdverschuldung

GÜNTHER DEPAS, Mailand. Die italienische Staatsholding IRI (Istituto per la Ricostruzione Industriale) wird nach langer Verlustphase in der Stahlindustrie ermöglicht, setzt IRI in die Lage, alle Maßnahmen durchzuführen, die zur Sanierung und Umstrukturierung des Stahlbereichs vorgesehen sind. Für IRI-Präsident Prodi reichen diese Bemühungen trotzdem nicht aus, um eine dauerhafte Sanierung des Stahlbereichs in Italien und in den anderen westeuropäischen Produzentenländern herbeizuführen. „Der Widerspruch von Dumpinglieferungen jeder gegen jeden muß aufhören. Wir können schrumpfen und umstrukturieren, soviel wir wollen - wenn wir die Preise nicht in den Griff bekommen, werden wir nie zu einer Lösung unserer Ertragsprobleme gelangen.“ Allein mit einem Preisaufkommen wird es Romano Prodi zufolge möglich sein, für die Stahlindustrie marktwirtschaftliche Verhältnisse zu sichern bzw. wiederherzustellen.

Parallel mit der Sanierung der Stahlindustrie wird IRI in den nächsten Jahren den Auf- und Ausbau der strategischen und technologisch besonders anspruchsvollen Bereiche weiter vorantreiben, während marginale Konzernbereiche und -betriebe ausgeschieden werden sollen. „Strategisch“ sind für den IRI-Präsidenten die Elektronik und die Nachrichtentechnik, die Stahlindustrie, die Werften, die Luftfahrtindustrie, der Be-

trieb der Autobahnen und die gesamten Dienstleistungsbereiche (Fernmeldewesen und Kommunikation, Rundfunk und Fernsehen, Banken). Die Automobilindustrie fehlt in dieser Liste. Noch weiter verbessern will Romano Prodi das Eigen-Fremdverhältnis vor allem durch den Gang auf die Aktienmärkte und die Streikterung der Publikumsanteile an den von der Holding kontrollierten Gesellschaften. Im Falle der Banken ist vorgesehen, die über 51 Prozent hinausgehenden IRI-Anteile abzuzetteln. In den High-Technology-Bereichen sucht IRI nicht nur Kapitalgeber, sondern auch Know-how-Spenden. Das betrifft vor allem die Elektronik und die Nachrichtentechnik. Dabei soll der Grundsatz eingehalten werden, daß „wir die Führung und die Aktienmehrheit bewahren“. Als Partner zieht IRI die Europäer vor, „wenn sie technologisch auf gleichem Niveau stehen wie die Amerikaner und Japaner“. Interesse besteht in diesem Zusammenhang unter anderem an Siemens, was Bau und Entwicklung der großen Telekommunikationsnetze anbelangt. Im Vordergrund aller Kooperationsprojekte steht der wirtschaftliche Nutzen. Ein Grund, wie Prodi gegenüber der WELT erklärte, weshalb beispielsweise sich die IRI-Tochter Aeritalia nicht an dem europäischen Airbus-Programm beteiligt, sondern weiter der Zusammenarbeit mit der US-Firma Boeing den Vorzug gibt.

Größte Probleme der Staatsholding sind die hohe Fremdverschuldung und die Verluste in der Stahlindustrie. Im Stahlbereich hat IRI im Laufe vorigen Jahres mit dem Abbau des Personalbestandes begonnen, der



## THYSSEN / Aufsichtsrat beendet Führungskrise

### Votum für Spethmann

**J. GEHLHOFF, Düsseldorf**  
Die seit einem halben Jahr auch publizistisch offenkundig gewordene Führungskrise an der Spitze eines deutschen Weltkonzerns hat der Aufsichtsrat der Thyssen AG, Duisburg, am letzten Samstag auf einer außerordentlichen Sitzung beendet. Was zum Sprecher der (auch im Aufsichtsrat vertretenen) Deutschen Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz auf der dramatischen Thyssen-Hauptversammlung am 30. März (Machen Sie dem Spuk ein Ende!) noch vergeblich zum bisherigen Aufsichtsratsvorsitzenden, dem Kölner Privatbankier Harald Kühn (Sal. Oppenheim), forderte, erfüllt der Aufsichtsrat nun mit zwei Entscheidungen.

Erstens bekundet er dem Vorstand und seinem Vorsitzenden Dieter Spethmann klar sein Vertrauen und dies mit der „Absichtserklärung“, den noch bis zum Ende des Geschäftsjahres 1984/85 (30. 9.) laufenden Vertretungsvertrag Spethmanns um weitere fünf Jahre zu verlängern. Zweitens hat der Aufsichtsrat für den nun „auf eigenen Wunsch“ aus-

geschiedenen Kühn sein Mitglied Günter Vogelsang zum neuen Vorsitzenden gewählt und die „Absichtserklärung“ hinzugefügt, Vogelsang „im Sinne der Kontinuität des Aufsichtsratsvorsitzes“ auch für die 1988 beginnende neue Amtszeit des Aufsichtsrats zur Wahl vorzuschlagen. Kühns Mandat im Aufsichtsrat soll Will Marx, gleichfalls Mitinhaber von Sal. Oppenheim, übernehmen.

Im Nachsatz der „Presseerklärung“ zu dieser denkwürdigen Sitzung des Aufsichtsrates klingt verständlich der Grund der nun beendeten Führungsquerelen an: Aufsichtsrat und Vorstand, „würdigen die großen Verdienste“, die sich der Ehrenvorsitzende der Gesellschaft, Hans-Günter Sohl (78), um die Neugründung des Unternehmens (1953) und seine Fortentwicklung erworben habe. Die Reverenz signalisiert das Ende einer Ära, in der Sohl aus seinem Ehrenamt über den Aufsichtsrat noch in das Konzerngeschäft hineinwirkte und Opposition gegen Spethmann betrieb. Die darob ausgebrochene Thyssen-Führungskrise ist zu Ende.

## SCHNEIDER & MÜNZING / Bemüht um Mittelstand

### Vergangenheit bewältigt

**DANKWARD SEITZ, München**  
Noch stärker als bisher will das Münchner Privat-Bankhaus Schneider & Münzing, dem im Herbst 1983 vor der Übernahme durch die chinesische Familie Chiu aus Hongkong wegen Verstoßes gegen das Kreditwesengesetz durch seine früheren Inhaber die Schließung drohte, sich künftig „um den Kleinsten herum“ um mittelständische Firmen und private Kunden bemühen. Mit einer „solides und qualitatives Wachstum“ ausgerichteten Geschäftspolitik hoffen die beiden persönlich haftenden Gesellschafter Emil Hemmer und Johann W. von Mallinckrodt die Vergangenheit des Instituts möglichst bald endgültig vergessen zu machen.

Bereits im Geschäftsjahr 1983 konnte, wie bei der Vorlage der Bilanz mitgeteilt wurde, nach zwei Jahren bewusster Zurückhaltung das Kreditgeschäft wieder etwas forciert werden. Buch- und Wechselkredite nahmen um 10,2 Prozent auf 313 Mill. DM zu. Weil dabei Wert auf ein „sundes“ Geschäft gelegt wurde, mußte in Kauf genommen werden, so Mallinckrodt, daß die Zinsmarge von „nahe 4 Prozent auf noch über 3 Prozent“ abgesunken ist. Auf der Passivseite erhöhten sich die Einlagen von Banken um 15 Prozent auf 75,5 Mill. DM und die Kundenein-

lagen um 8,9 Prozent auf 362,4 Mill. DM, wobei erstmals wieder ein nennenswerter Zuwachs bei den Spareinlagen um 5,2 Prozent auf 24,7 Mill. DM verzeichnet werden konnte.

Insgesamt sei das „gute“ Betriebsergebnis des Vorjahres, so Hemmer, bei einem Zinsüberschuß von 18,9 (18,5) Mill. DM und Provisionseinnahmen von 3,7 (2,7) Mill. DM nochmals „leicht“ verbessert worden. Eine Gewinn- und Verlustrechnung legt die Privatbank nicht vor. Der Gewinn liege allerdings „nur geringfügig“ über dem des Vorjahres. Mallinckrodt führte dies unter anderem auf „manche Ohrfeige“ zurück, die man bei alten Kreditengagements habe hinnehmen müssen.

Mit etwas Stolz vermerkte Mallinckrodt, daß es der Bank im ersten Quartal 1984 gelungen ist, ihre Bilanzsumme, die 1983 um 9,9 Prozent auf 485 Mill. DM zugenommen hatte, auf über 500 Mill. DM in das obere Drittel der deutschen Privatbanken vorzustoßen. Keine Notwendigkeit bestehe in der nächsten Zeit das Kapital von 30 Mill. DM aufzustocken, da inzwischen zu 100 Prozent von der zur Chiu-Gruppe gehörenden Wainford Ltd., London, gehalten wird.

## BETHMANN BANK / Spuren des Wechsels

### 1983 war kein normales Jahr

**CLAUS DERTINGER, Frankfurt**  
Das Bankhaus Gebrüder Bethmann, seit Mitte letzten Jahres hundertprozentig Tochter der Bayerischen Vereinsbank, berichtet über ein „insgesamt befriedigendes“ Geschäftsjahr 1983. Das Ausscheiden des persönlich haftenden Gesellschafters Freiherr von Bethmann habe die Aktivitäten im laufenden Geschäft nicht beeinträchtigt, und die Bank werde mit der gleichen Geschäftsstruktur weitergeführt, betonte Wilhelm Pigorsch, persönlich haftender Gesellschafter des Privatbankhauses, der ebenso wie seine beiden Kollegen Walter Schorr und Matthias von Oppen von der Bayerischen Vereinsbank kommt.

Bemerkbar gemacht hat sich der Gesellschafterwechsel allerdings in der nicht veröffentlichten Ertragsrechnung der Bank, vor allem durch eine Pensionsrückstellung von rund drei Mill. DM für den Baron, die den Personalaufwand um 22 Prozent auf 19,5 Mill. DM steigen ließ. Deswegen bezeichnet die Geschäftsleitung

das Ergebnis auch als noch nicht normal. Der Zinsüberschuß, der sich um gut fünf Prozent erhöht hat, deckt nach Angaben der Geschäftsleitung nur knapp den Personal- und Sachaufwand (ohne Berücksichtigung der außerplanmäßigen Zuführung zu den Pensionsrückstellungen). Für das Betriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft, das zu zwei Dritteln aus dem Zinsüberschuß und zu einem Drittel aus dem um 21 Prozent gestiegenen Provisionsüberschuß stammt, wurde eine Steigerung um 24 Prozent (ohne die Pensionsrückstellung) genannt.

Gut entwickelt habe sich besonders wieder das Wertpapiergeschäft, das weiter ausgebaut werden soll. Das Kreditgeschäft, in dem ein um ein Prozent auf 583 Mill. DM abgerücktes Kundenkreditvolumen ausgewiesen wurde, bewegte sich auf dem Vorjahresniveau. Auch jetzt zeichnet sich noch keine verstärkte Inanspruchnahme ab. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 24 Prozent auf 875 Mill. DM.

## ECKES / Rohstoff für Orangensaft drastisch verteuert - Abgabepreise erhöht

### Bei Weinbrand weiter an der Spitze

**INGE ADHAM, Frankfurt**  
Rund 65 Prozent mehr als vor einem Jahr müssen die deutschen Saftersteller derzeit für Orangensaftkonzentrat bezahlen. Schuld daran ist der ungewöhnlich heftige Frost um die Weihnachtszeit im amerikanischen Bundesstaat Florida, neben Brasilien der größte Orangensaftkonzentratanbieter am Weltmarkt. Die unerwartete Kälteperiode brachte einen Ausfall von rund 30 bis 40 Prozent des Angebots. Experten schätzen, daß zehn Prozent der Bäume erfroren sind, was auch mittelfristig ein knappes und teures Konzentratangebot verheißt. Denn nach der Neupflanzung dauert es immerhin acht Jahre, bis die jungen Bäume Ertrag bringen.

Daß die Deutschen dennoch vorerst noch nicht deutlich tiefer für ihren Orangensaft in die Tasche greifen müssen, liegt am scharfen Wettbewerb am deutschen Markt. So hat zwar der Marktführer Peter Eckes, Nieder-Olm, der seinen Absatz (Hohes C) im vergangenen Jahr nochmals um 36 Prozent auf 68 Millionen Flaschen steigerte, die Abgabepreise

an den Handel zu Jahresbeginn um 8,5 Prozent angehoben, aber die Wettbewerber warten offenbar noch ab. Dahinter steht vermutlich auch die Hoffnung, durch deutliche Preisunterschiede am 24-Prozent-Marktanteil (dem Wert nach 34 Prozent) von Ekkes zu knabbern.

Für weitere Unruhe am nach wie vor wachsenden Saftmarkt sorgen derzeit Gerüchte über mögliche Pläne des amerikanischen Waschmittel-Riesen Procter und Gamble, der mit rund 100 Millionen Dollar Werbeaufwand vehement in den amerikanischen Orangensaftmarkt eindringen ist und dem nach ähnlichen Plänen am deutschen Markt nachsteht. Für Reinold M. Fries, Vorsitzender des Vorstandes der Firmengruppe Peter Eckes, heißt die Antwort darauf bisher noch „abwarten“. Er vermutet, daß die Rohstoffvertierung nicht ohne Auswirkung auf die Procter & Gamble-Pläne bleiben dürfte.

Eckes hat im vergangenen Jahr bei einer Umsatzsteigerung um 11,6 Prozent auf 183 Mill. DM mit Saft wieder viel Freude gehabt; der Absatz stieg auf 110 (i. V. 100) Mill. Flaschen. Bei

## RINGFOTO / „Mit dem Fotohandel allein stehen wir in drei Jahren mit dem Rücken an der Wand“

### Zuwachs in erster Linie aus der Elektronik

**JOACHIM WEBER, Nürnberg**  
Ferdinand Eder, Geschäftsführer der Fotohandels-Einkaufsorganisation Ringfoto GmbH & Co., Alfo Marketing KG, Nürnberg, ist zufrieden: „In den ersten vier Monaten 1984 haben wir unseren Umsatz um rund 20 Prozent gesteigert - der Zuwachs kam in erster Linie aus der Elektronik.“ Damit hat sich schon nach kurzer Zeit die erst im vergangenen Jahr eingeschlagene Strategie als richtig erwiesen, nach den Video-Geräten auch die Heimcomputer forciert ins Sortiment zu bringen.

Rund 60 der gut 200 Ringfoto-Händler-Gesellschafter (die zusammen allerdings bereits 60 Prozent des Gesamtumsatzes der Formation bedeuten) haben sich bislang zum Einstieg ins Geschäft mit Bits und Bytes für Amateure entschlossen. Mit beträchtlichem Erfolg: Seit dem Start im Oktober 1983 verkaufen sie 10 000 Computer, 10 000 Peripheriegeräte (Speicher, Drucker usw.) und 65 000 Ergänzungsartikel (Software, Disketten, Spielzubehör).

Eder sieht das frühe Engagement im - nur auf den ersten Blick - bran-

chenfremden Markt als rechtzeitige Defensiv-Maßnahme: „Der Fotohandel allein bringt's nicht mehr. Damit stehen wir in drei Jahren mit dem Rücken an der Wand.“ Und sein Verwaltungsratsvorsitzender Bernd Sauter, selbst Fotohändler, sieht in gar nicht mehr allzu großer Ferne ohnehin die Ablösung der „chemischen“ Fotografie:

„Der Fotomarkt entwickelt sich hin zur elektromagnetischen Aufzeichnung. Der Fernsehschirm ist der Dia- und Filmprojektor von morgen. Dann wird der Filmamateur am Bildschirm schneiden und seine Titel mit dem Heimcomputer schreiben.“ Logische Folge: „All die Elektronik, die dazugehört, muß unser Sortiment von morgen sein.“

Das Jahr 1983 hat die Schwäche des konventionellen Amateurfotomarkts einmal mehr deutlich gemacht. Sein Gesamtumsatz ging um vier - Eder: „Möglicherweise sogar fünf bis sechs - Prozent auf 4,6 Mrd. DM zurück. Während der Bildermarkt sich mit einem leichten Zuwachs von ein bis zwei Prozent sogar

stabilisierte, gingen sowohl der Filmabsatz um neun Prozent auf 93 (102) Mill. Stück als auch der Verkauf von Fotoapparaten um 13 Prozent auf 2,65 (3,04) Millionen Stück zurück.

Am schlimmsten sah es am Laufbildmarkt aus. Mit 66 000 Schmalbildkameras und 62 000 Projektoren hat er sich nochmals etwa halbiert. Über vier Jahre gesehen, bedeutet das einen Rutsch um rund drei Viertel des einstigen Volumens. Hier wird die elektronische Ablösung auch schon greifbar: Trotz hoher Preise haben die Video-Kameras mit einem Absatz von etwa 80 000 Stück 1983 erstmals die Super-8-Konkurrenz überholt.

Im Vergleich zum Markt schnitten die 550 Ringfoto-Geschäfte noch relativ gut ab. Ein Umsatzrückgang um knapp sechs Prozent auf 353 (374) Mill. DM kam lediglich durch das Ausscheiden von zwei umsatzstarken Händlern und durch eine „bewußt durchgeführte Bereinigung im Mitgliederbestand“ zustande. Bereinigt um diese Einflüsse ergibt sich ein Zuwachs von zwei Prozent.

Auch das Geschäft der Ringfoto-

Zentrale litt unter der Abschmelzung. Zwar stieg der Umsatz mit dem eigenen Lager um 6,5 Prozent, doch ein Rückgang im Streckengeschäft (Belieferung durch Hersteller, Abrechnung über Zentrale) sorgte dafür, daß der Gesamtumsatz mit 73 Mill. DM um knapp drei Prozent unter Vorjahreswert blieb. Immerhin: Nach einem ausgeglichenen Abschluß 1982 wurde 1983 wieder ein Betriebsergebnis von 1,25 Mill. DM verdient.

Für 1984 zeichnet sich nun endlich auch für den Fotomarkt wieder eine leichte Erholung ab. Preiserhöhungen um insgesamt rund zehn Prozent konnten in den ersten Monaten von den Herstellern, wenn auch noch nicht beim Endverbraucher, durchgesetzt werden. Für den Handel ist das Kamera-Geschäft ohnehin wenig attraktiv. „Bei den Kameras leben die Händler heute vom Skonto“, bedauert Eder und weist auch hier den Gegenkurs: „Wir werden sehr stark ins Zubehör-Geschäft gehen - da wird das Geld verdient, das wir zur Subventionierung der Spiegelreflexkameras benötigen.“

## Schneider-Optik mit positiver Bilanz

dpa/VWD, Bad Kreuznach

Bereits im ersten Jahr nach dem Konkurs der Optischen Werke Jos. Schneider, Bad Kreuznach, kann der Hersteller hochwertiger Objektive für 1983 eine positive Unternehmensbilanz vorlegen. Das Unternehmen erzielte einen Umsatz von 38 Mill. DM, berichtete Geschäftsführer Heinrich Mandemann in Bad Kreuznach. Der Netto-Gewinn liegt bei mehr als 10 Prozent des Umsatzes. Rücklagen wurden nach Angaben Mandemanns 1983 in zweistelliger Millionenhöhe gebildet. Seit April hat das Unternehmen die Herstellung von Rezept-Brillengläsern in sein Programm aufgenommen. Die Belegschaft ist 1984 um 25 Prozent auf etwa 430 Mitarbeiter gewachsen, der Auftragsbestand hat um 20 Prozent zugenommen. Etwa 80 Prozent der Produkte gehen in den Export.

## WÖLBERNBANK / Auf Konsolidierung eingerichtet

### Das Kreditgeschäft wächst

**JAN BRECH, Hamburg**  
Das Hamburger Bankhaus Wölbern & Co. hat im Berichtsjahr 1983 das Kreditgeschäft weiter stark ausgebaut. Das Volumen stieg um 27,2 Prozent auf 312 Mill. DM, wobei das Schwerk Gewicht auf kurzfristigen Finanzierungen für die mittelständische Kundschaft lag. In diesem Jahr, so erklären die persönlich haftenden Gesellschafter Ove Franz, Joachim Ketschull und Albert Jäger, laufe das Geschäft weiterhin erfreulich, auch wenn sich das Bankhaus auf eine Konsolidierung eingerichtet habe.

Das höhere Volumen, das sich in einer Ausweitung der Bilanzsumme um 15,2 Prozent auf 301 Mill. DM niederschlägt, brachte im zinsabhängigen Geschäft ein gutes Ergebnis. Da auch die Erträge aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft stiegen,

verbesserte sich das Betriebsergebnis nach Angaben von Franz um 20 Prozent. Als Jahresüberschuß weist die Bank, die als einzige Hamburger Privatbank eine Gewinn- und Verlustrechnung vorlegt, 2,3 (i. V. 0,9) Mill. DM aus. In dem wesentlich höheren Überschuß drückt sich die nunmehr endgültige Bereinigung des kostspieligen Engagements bei dem Komplex Korf-Hamburger Stahlwerke aus.

Der Bilanzgewinn entspricht einer durchschnittlichen Verzinsung von 13,1 Prozent des im Berichtsjahr von 15 auf 20 Mill. DM erhöhten Kommanditkapitals. An dem Kapital ist die Credit Lyonnais, Paris, über ihre holländische Tochter zu 87,5 Prozent beteiligt. Die Funktion der Mutter bezeichnet Ketschull als „Schutzschild“. Ansonsten arbeite Wölbern wie eine Privatbank.

## An alle Aktienbesitzer: Zehn Märkte bieten mehr als einer.

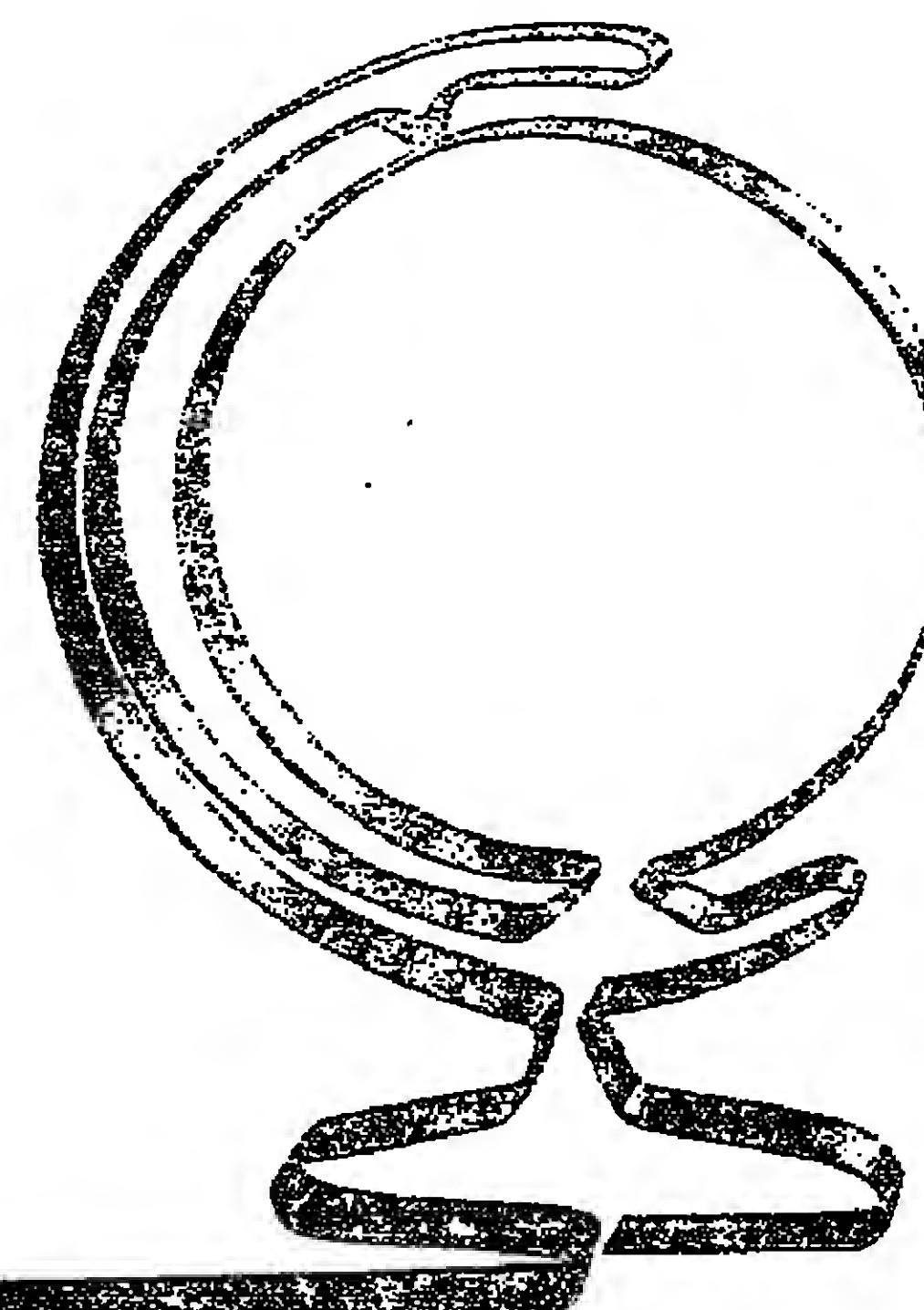
Was es im Inland nicht gibt, das gibt es im Ausland: Kohle-Aktien in Australien, Elektronik-Aktien in Japan, Öl in Texas, Erze in Kanada...

Warum also sollten Sie Ihr Aktiendepot auf Deutschland beschränken? In zehn Märkten haben Sie mehr Chancen als in einem. Dabei muß die Sicherheit, daß Sie nur qualitativ hochwertige Aktien bekommen, keinesfalls kleiner werden. Vorausgesetzt, Sie wenden sich an Fachleute.

Eine Bank, bei der bekanntermaßen schon viele Kunden viel Erfolg mit Auslands-Aktien

hatten, ist die Dresdner Bank. Mit einer eigenen Spezialistengruppe aus internationalen Analysten in Frankfurt und Wertpapier-Experten an den Börsenplätzen zwischen Tokio und New York.

Wir geben Ihnen aber nicht nur die notwendigen aktuellen Informationen, wir sorgen auch dafür, daß der Umgang mit Auslandsaktien so einfach ist wie mit inländischen. Schon beim Erwerb. Sie unterschreiben nur Ihre Order. Wie wäre es mit einer unverbindlichen Beratung?



In Berlin: BHI

W 3/2



## FINANZANZEIGEN

## Hoechst



## Bezugsangebot

Der Vorstand hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats von dem genehmigten Kapital Gebrauch gemacht und das Grundkapital von DM 2353386550, — um DM 173500000, — auf DM 2526886550, — unter teilweise Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre erhöht. Die neuen Aktien, eingeteilt in Stück 3470000 zu je DM 50, —, sind mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1984 ausgestattet. Ein Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank AG hat DM 173125800, — neue Aktien mit der Verpflichtung übernommen, diese den Aktionären im Verhältnis 15 : 1, den Inhabern von Optionsscheinen aus der 2-Optionsanleihe von 1975 der Hoechst Finance Ltd., London, im Verhältnis 75 : 5 und den Inhabern von Optionsscheinen aus den US-5-Optionsanleihen von 1979 und 1983

der Hoechst Finance N.V., Amsterdam, im Verhältnis 15 : 1 zum Ausgabebetrag von DM 140, — je Aktie im Nennbetrag von DM 50, — zum Bezug anzubieten.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre sowie die Inhaber unserer Optionsscheine, ihr Bezugsrecht auf die neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 11. Mai bis 25. Mai 1984 einschließlich

bei einer der nachstehenden Banken und ihren Niederlassungen während der üblichen Schalterstunden auszuüben.

Dresdner Bank Aktiengesellschaft  
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft  
Bankhaus H. Aufhäuser  
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG  
Bayerische Landesbank Girozentrale  
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft  
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft  
Berliner Handels- und Frankfurter Bank  
Commerzbank Aktiengesellschaft  
Delbrück & Co.  
Deutsche Bank Aktiengesellschaft  
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft  
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank  
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA  
Hessische Landesbank — Girozentrale —  
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale  
Landesbank Saar Girozentrale  
Merck, Finck & Co.  
Metallbank GmbH  
B. Metzler seel. Sohn & Co.  
Sal. Oppenheim jr. & Cie.  
J. H. Stein  
Trinkaus & Burkhart  
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft  
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.  
Westdeutsche Landesbank Girozentrale  
Bankhaus Gebrüder Bethmann  
Berliner Bank Aktiengesellschaft  
Commerz-Credit-Bank AG Europartner  
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft  
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft  
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.

Belgien:  
Banque Bruxelles Lambert S.A.

Frankreich:  
Crédit du Nord  
Banque Paribas  
Crédit Lyonnais  
Société Générale  
MM. Lazard Frères & Cie.  
L'Européenne de Banque  
Banque Nationale de Paris  
Crédit Commercial de France

Großbritannien:  
S. G. Warburg & Co. Ltd.

Luxemburg:  
Banque Paribas (Luxembourg) S.A.  
Compagnie Luxembourgeoise de la  
Dresdner Bank AG — Dresdner Bank International —

Niederlande:  
Algemeene Bank Nederland N.V.  
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V.  
Bank Mees & Hope NV

Österreich:  
Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft  
Creditanstalt-Bankverein

Schweiz:  
Schweizerische Kreditanstalt  
Schweizerischer Bankverein  
Schweizerische Bankgesellschaft

Zum Ausgabebetrag von DM 140, — je Aktie zu DM 50, — können jeweils — ohne Börsenumsatzsteuer — bezogen werden:

## Aktienbezugsrecht (15 : 1)

Auf 15 Aktien zu je DM 50, — eine neue Aktie zu DM 50, —  
— gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 45 —

## Bezugsrecht Optionsscheine 1979 und 1983 (15 : 1)

Auf Optionsscheine zum Erwerb von 15 Aktien zu je DM 50, —  
eine neue Aktie zu DM 50, — — gegen Einreichung des  
Legitimationsscheins C der Optionsscheine von 1979 bzw.  
des Legitimationsscheins A der Optionsscheine von 1983 —

Die Bezugsrechte aus Aktien und Optionsscheinen können auch gemeinsam verwendet werden. Wer Aktien sowie Optionsscheine besitzt, muß daher zunächst die Bezugsrechte zusammenzählen. Danach ist festzustellen, wieviel Bezugsrechte gegebenenfalls noch hinzugekauft werden müssen, um die gewünschte Zahl von neuen Aktien zu beziehen.

Unabhängig von dem Besitz von Aktien oder Optionsscheinen können auch Bezugsrechte an der Börse gekauft und dann zum Bezug von neuen Aktien verwendet werden, wie auch eine Veräußerung von Bezugsrechten möglich ist.

Einzelheiten wird Ihnen Ihr Kreditinstitut mitteilen.

Der Bezugspreis ist spätestens am 25. Mai 1984 zu zahlen.

Die Bezugsrechte werden vom 11. Mai bis 23. Mai 1984 einschließlich an den Börsen Frankfurt am Main, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart gehandelt und amtlich notiert. Es wird lediglich das Bezugsrecht aus den Aktien notiert. Die Bezugsrechte aus den Optionsscheinen werden aus dem Bezugsrecht der Aktien abgeleitet.

Für den Bezug wird die bankübliche Provision berechnet, es sei denn, daß der Bezug unter Einreichung der genannten Bezugsrechtsausweise am Schalter einer Bezugsstelle ausgeübt wird und ein Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 47 bis 60 und Erneuerungsscheinen ausgestattet und werden bis zur Auslieferung von Einzelurkunden in einer Globalurkunde verbrieft. Der Stückdruck ist eingeleitet. Die neuen Aktien haben die Wertpapier-Kenn-Nr. 575802.

Die neuen Aktien sollen so bald wie möglich an sämtlichen inländischen Wertpapierbörsen sowie an den Börsen in Amsterdam, Antwerpen, Basel, Brüssel, Genf, London, Luxemburg, Paris, Wien und Zürich amtlich eingeführt werden.

Frankfurt am Main, im Mai 1984

Hoechst Aktiengesellschaft

## Metallgesellschaft

Aktiengesellschaft  
Frankfurt am Main



## Bilanz der Metallgesellschaft AG zum 30. September 1983

(30. 9. 82) — Kurzfassung in TDM —

Aktiva	30. 9. 83	30. 9. 82	Passiva	30. 9. 83	30. 9. 82
Sachanlagen	215.456	237.545	Grundkapital	240.000	240.000
Beteiligungen	688.672	566.208	Rücklagen	325.300	325.300
Lang- und mittelfristige Forderungen	313.930	172.561	Sonderposten mit Rücklagenanteil	48.678	21.518
Vorräte	711.815	880.870	Pauschalwertberichtigungen zu		
Kurzfristige Forderungen	555.087	598.155	Forderungen	12.100	13.000
Forderungen an verbundene Unternehmen	258.188	252.230	Pensionsrückstellungen	217.793	209.148
Flüssige Mittel	559.957	506.443	Andere Rückstellungen	327.731	315.499
Sonstige Vermögensgegenstände sowie			Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	267.070	194.133
Rechnungsabgrenzung	144.294	182.049	Erhaltene Anzahlungen	919.958	975.739
Bilanzverlust	—	16.760	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	229.720	228.144
			Andere kurzfristige Verbindlichkeiten	855.049	870.340
			Bilanzgewinn	3443.439	3392.821
	3443.439	3392.821			

## Konzern-Bilanz der Metallgesellschaft AG zum

30. September 1983 (30. 9. 82) — Kurzfassung in TDM —

Aktiva	30. 9. 83	30. 9. 82	Passiva	30. 9. 83	30. 9. 82
Sachanlagen	620.570	700.101	Grundkapital	240.000	240.000
Beteiligungen	488.321	259.279	Rücklagen	325.300	325.300
Lang- und mittelfristige Forderungen	438.217	314.965	Rücklagen aus Konsolidierung	60.077	91.757
Vorräte	1.110.250	1.366.201	Anteile in Fremdbesitz	9.163	13.590
Kurzfristige Forderungen	1.095.965	1.103.712	Sonderposten mit Rücklagenanteil	71.788	34.673
Flüssige Mittel	773.879	656.657	Pauschalwertberichtigungen zu		
Übrige Aktiva	175.758	183.553	Forderungen	21.027	22.329
Konzernverlust	—	14.825	Pensionsrückstellungen	329.735	319.356
			Andere Rückstellungen	449.673	462.666
	4.700.960	4.700.894	Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	688.216	641.515
			Erhaltene Anzahlungen	932.983	998.732
			Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.572.752	1.559.926
			Konzerngewinn	3.836	—
				4.700.960	4.700.894

## Gewinn- und Verlustrechnung 1982/83 (1981/82) der Metallgesellschaft AG

— Kurzfassung in TDM —

	1982/83	1981/82
Umsatzerlöse	784.985	784.518
Bestandsveränderungen	— 56.655	— 234.825
Andere aktivierte Eigenleistungen	779.199	781.033
Gesamterlöse	47.745	1.515.716
Materialeinsatz	7.800.944	7.620.988
Rohhertrag	6.563.466	6.352.833
Erträge aus Beteiligungen	1.227.478	1.268.285
Übrige Erträge	80.198	78.301
Gesamterträge	288.312	302.943
Personalaufwendungen	1.585.988	1.649.529
Abschreibungen	702.568	697.989
Zinsaufwendungen	78.650	67.733
Steuer vom EEV	65.513	62.777
Sonstige Steuern	20.583	20.414
Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.729	1.181
Übrige Aufwendungen	20.119	88.008
Gesamtaufwendungen	681.886	728.177
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.569.228	1.666.289
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in freie Rücklagen	—	—
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	—	— 16.760

Der vollständige Jahresabschluss per 30. September 1983 erscheint im Bundesanzeiger und trägt den ungeschützten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers. Geschäftsberichte stehen auf Anforderung zur Verfügung.

## Aufsichtsrat:

Dr. Wilfried Guth, Königstein, Vorsitzender; Rudolf Joppen, Frankfurt am Main, stellv. Vorsitzender; Prof. Dipl.-Ing. Werner Breit-schwerdt, Stuttgart; Dr. Rolf J. Freyberg, Frankfurt am Main; Dr. Hans Friedrich, Mainz; Abdulla M. Gharaballa, Kuwait; Prof. Dr. Herbert Grünewald, Leverkusen; Dr. Dr. h. c. Klaus Kuhn, Essen-Bredene; Karl Lichtenstein, Laatzen; Dr. Eike von der Liden, Dreieich; Horst Meusch, Bonn; Dr. Heribert Nierger, Grünwald; Karl Gustaf Ratzen, Königstein; Waldemar Rudewig, Altena; Dr. Roland Schelling, Stuttgart; Dr. Wolfgang Schieren, München; Lothar Schünkes, Duisburg; Hermann Schoppa, Unterlisenheim; Dr. Manfred Schumann, Frankfurt am Main; Otto Trautvetter, Bremen.

## Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 1982/83 (1981/82) der Metallgesellschaft AG

— Kurzfassung in TDM —

	1982/83	1981/82
Umsatzerlöse	7.970.682	9.741.386
nicht gesondert ausgewiesene Aufwendungen nach Verrechnung mit Bestandsänderungen und Eigenleistungen	7.897.331	7.475.142
Rohhertrag	2.093.351	2.266.244
Erträge aus Beteiligungen	64.321	70.905
Übrige Erträge	339.637	326.730
Gesamterträge	2.497.309	2.663.879
Personalaufwendungen	1.282.582	1.410.085
Abschreibungen	194.458	216.681
Zinsaufwand	113.135	134.547
Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen	33.431	34.636
Sonstige Steuern	3.470	4.105
Übrige Aufwendungen	845.291	884.847
Gesamtaufwendungen	2.472.347	2.680.212
Jahresüberschuss (i. V. Fehlbetrag)	24.962	— 19.033
Verlustvortrag (im Vorjahr Gewinnvortrag) einschl. vereinnahmte Vorjahresgewinne von konsolidierten Unternehmen	— 15.770	+ 9.165
Abschreibungen	9.192	— 9.868
Einstellung in offene Rücklagen	— 4.620	— 3.215
auf konzernfremde Gesellschaften entfallender Gewinn (saldo mit Verlust)	— 738	— 1.542
Konzerngewinn (i. V. Verlust)	3.836	— 14.625

## Vorstand:

Dr. Dietrich Natus, Vorsitzender; Dr. Otto W. Asbeck, Werner Busch, Dr. Heinrich Ertz, Dr. Heinrich Götz, Dr. Horst Günther Karus, Dr. Heinz Schimmelbusch, Dr. Hans Rudolf Wulfinch

\*) Vertreter der Arbeitnehmer

Der Merrill Lynch-Konzern:  
Bilanzsumme 1983: über 23 Mrd. US-\$ · Über 4,2 Millionen Wertpapierkonten  
Nahzu 600 Niederlassungen und Büros in 29 Ländern · Über 37.800 Mitarbeiter, ca. 10.000 Kundenberater

## Beispielhaft...

...meint Merrill Lynch.

## Machen Sie doch aus

1. \$ 100.000 heute \$ 182.915* in 5 Jahren	2. \$ 100.000 heute \$ 340.947* in 10 Jahren	3. \$ 100.000 heute \$ 620.732* in 15 Jahren	4. \$ 100.000 heute \$ 1.098.780* in 20 Jahren
*Tilgung: Zero-Bonds US-Zinssatz: 6,5% (laufzeit 5 Jahre) Rendite: 12,45% effektiv	*Rendite: 12,45%	*Rendite: 12,45%	*Rendite: 12,45%

Diese Renditen erzielen Sie mit Zero-Bonds, abgezinsten Anleihen amerikanischer Großunternehmen oder des amerikanischen Staates. Die Rendite bei dieser Kapitalanlage richtet sich nach dem aktuellen Zinsgefüge der Laufzeit und der Bonität. Mehr über Zero-Bonds und deren Beurteilung erfahren Sie bei Merrill Lynch. Schließlich sind wir nicht nur die Spezialisten für seriöse Kapitalanlagen, sondern auch einer der größten Eurobond-Emittenten und -Händler.

Darüber hinaus bieten wir unter bestimmten Voraussetzungen die Finanzierung in verschiedenen Währungen beim Kauf von Festverzinslichen Anleihen und auch von Zero-Bonds über unsere eigene Merrill Lynch International Bank, London.

Keine Depotgebühren

Nutzen Sie diese einmalige Kombination eines interessanten Angebotes und fachgerechter Beratung.



Ein führendes Investmenthaus auf dem Finanz- und Kapitalmarkt USA

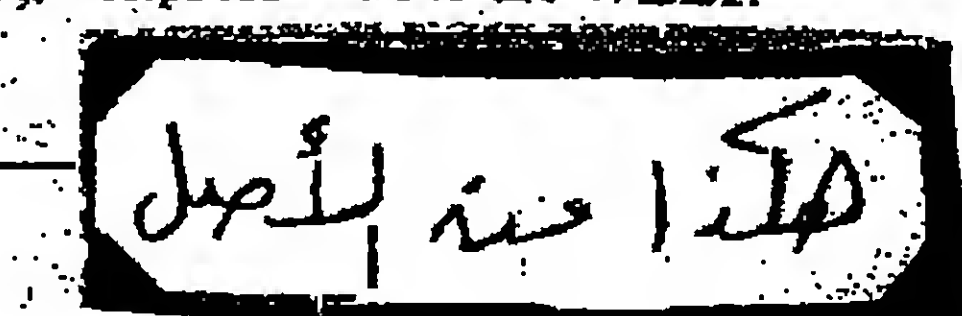
Wenden Sie sich für weitere Informationen an das nächstgelegene Büro des deutschen Repräsentanten Merrill Lynch AG:

4000 Düsseldorf · Karl-Arnold-Platz 2 · Tel. 0211/45810  
6000 Frankfurt/Main · Ulmenstraße 30 · Tel. 0611/71530  
2000 Hamburg 1 · Pöhlstraße 3 · Tel. 040/331491  
8000 München 2 · Promenadeplatz 12 · Tel. 089/230360  
7000 Stuttgart 1 · Kronprinzstraße 14 · Tel. 0711/22200

Erbitte  
Ihre Ausarbeitung  
über Zero-Bonds  
VV  
Telefon

„...This is a well produced newspaper with several first class correspondents...“  
Das schrieb die Londoner TIMES in einer Dokumentation zum Thema „Weltpress“ über die WELT.

DIE WELT  
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



W-452

## DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Barlow  
Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Jürgen Kautz, Klaus Gertel, Peter Weitz; Düsseldorf: Dr. Wilh. Herwig, Joachim Gehlbach, Harald Pöy; Frankfurt: Dr. Daniel Gurauch; Leipzig: Dr. Hans-Jürgen Kautz; München: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Nürnberg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Regensburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Stuttgart: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mannheim: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Tübingen: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Ulm: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Würzburg: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Köln: Dr. Hans-Jürgen Kautz; Mainz: Dr. Hans-Jürgen



1983



# BAYERISCHE VEREINSBANK AKTIENGESellschaft MÜNCHEN

## AKTIVSEITE

## Jahresbilanz zum 31. Dezember 1983

## PASSIVSEITE

	DM	DM	DM		DM	DM	DM
1. Kassenbestand			174 432 387,23	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			1 471 687 830,29	a) täglich fällig		2 017 555 485,18	
3. Postcheckguthaben			13 785 534,70	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von			
4. Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere			218 333 326,13	ba) weniger als drei Monaten	1 781 449 663,62		
5. Wechsel			524 084 717,25	bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	2 061 443 143,02		
6. Forderungen an Kreditinstitute				bci) vier Jahren oder länger	2 391 018 574,99	6 233 917 481,63	
a) täglich fällig				darunter			
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 1 464 222 839,14		
ba) weniger als drei Monaten	1 029 607 000,57	1 726 834 242,09		c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		77 644 783,13	8 329 217 745,94
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	1 910 928 405,92			2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern			
bc) vier Jahren oder länger	1 337 339 616,70	4 277 876 023,19	6 004 710 265,28	a) täglich fällig		3 735 345 205,09	
7. Schatzwechsel und unverzinsliche Scheckanweisungen				b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von			
a) des Bundes und der Länder				ba) weniger als drei Monaten	8 183 645 388,06		
b) sonstige				bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	1 470 859 703,99		
8. Anleihen und Schuldverschreibungen				bci) vier Jahren oder länger	2 450 759 205,74	12 145 474 295,79	
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren				darunter			
aa) des Bundes und der Länder	1 053 217 044,65			vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 2 289 581 858,62		
ab) von Kreditinstituten	1 089 905 269,12			c) Spareinlagen			
ac) sonstige	54 822 237,51	2 197 944 551,28		ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	4 370 030 557,57	6 847 699 326,07	22 726 013 632,94
9. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind				cb) sonstige	2 477 688 768,50	6 847 699 326,07	
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile				3. Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von			
b) sonstige Wertpapiere				a) bis zu vier Jahren	1 428 266 947,57		
10. Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				b) mehr als vier Jahren	1 652 597 536,57	3 080 864 484,14	
a) weniger als vier Jahren				darunter			
b) vier Jahren oder länger				vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 845 726 754,96		
11. Ausleihungen im Hypothekendarlehen mit vereinbarter Laufzeit von vier Jahren oder länger				4. Eigene Akzepten und Scheckwechsel im Umlauf			
a) Hypotheken				5. Begebene Schuldverschreibungen			
b) Kommunaldarlehen				a) Hypothekendarlehen			
12. Tagesgeld und Guthaben im Hypothekendarlehen mit vereinbarter Laufzeit von weniger als vier Jahren				darunter			
a) an Kreditinstitute				Namensdarlehen	DM 1 654 819 255,74		
b) an sonstige				b) Kommunaldarlehen			
13. Zinsen für langfristige Ausleihungen im Hypothekendarlehen				darunter			
a) anteilige Zinsen				Namenskommunaldarlehen	DM 2 658 818 942,67		
b) nach dem 31. Oktober 1983 und am 2. Januar 1984 fällige Zinsen				c) sonstige Schuldverschreibungen nach § 5 Abs. 1 Nr. 4 c HGB			
14. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand				d) verlorste und gekündigte Stücke			
a) anteilige Zinsen				darunter			
b) nach dem 31. Oktober 1983 und am 2. Januar 1984 fällige Zinsen				vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 13 457 331 922,66		
15. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				oder zurückzunehmen			
16. Beteiligungen				7. Aufgenommene Darlehen im Hypothekendarlehen mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			
a) an Kreditinstitute				a) bei Kreditinstituten			
b) an sonstige				darunter			
17. Grundstücke und Gebäude				mit Teilhaftung	DM 200 599 965,08		
18. Betriebs- und Geschäftsausstattung				vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 200 599 965,08		
19. Eigene Aktien				8. Täglich fällige Verbindlichkeiten im Hypothekendarlehen und solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren			
20. Eigene Schuldverschreibungen				a) gegenüber Kreditinstituten oder sonstigen Kapitalsammelstellen			
21. Sonstige Vermögensgegenstände				darunter			
22. Rechnungsabgrenzungsposten				mit Teilhaftung	DM 5 000 000,00		
a) Unterschiedsbetrag gem. § 156 Abs. 3, S. 2 AktG				9. Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen im Hypothekendarlehen			
b) sonstige				a) anteilige Zinsen			
Summe der Aktiven			65 294 930 778,53	b) fällige Zinsen einschließlich der am 2. Januar 1984 fällig werdenden	1 028 994 285,62	1 163 635 564,22	
23. In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten				10. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			
a) Forderungen an verbundene Unternehmen				11. Rückstellungen			
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden				a) Pensionsrückstellungen			
				b) andere Rückstellungen			
				12. Wertberichtigungen			
				a) Einzelwertberichtigungen			
				b) vorgeschriebene Sammelwertberichtigung			
				13. Sonstige Verbindlichkeiten			
				a) Abgrenzungsposten nach § 25 HGB			
				b) sonstige			
				14. Rechnungsabgrenzungsposten			
				a) Abgrenzungsposten nach § 25 HGB			
				b) sonstige			
				15. Sonderposten mit Rücklageanteil			
				a) gemäß § 6 b EStG			
				b) gemäß § 52 Abs. 3 EStG			
				16. Grundkapital			
				a) Stammkapital			
				b) Vorzugsaktien			
				17. Offene Rücklagen			
				a) gesetzliche Rücklage			
				Stand: 31. 12. 1982			
				Erneuerung aus Agio			
				b) andere Rücklagen			
				Stand: 31. 12. 1982			
				Einstellung aus dem Jahresüberschuss			
				18. Bilanzgewinn			
				Summe der Passiven			
				19. Eigene Ziehungen im Umlauf			
				darunter			
				den Kreditnehmern abgerechnet	DM 17 460 193,58		
				20. Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			
				21. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsvorgängen			
				22. Verbindlichkeiten im Falle der Rücknahme von in Pension gegebenen Gegenständen, sofern diese Verbindlichkeiten nicht auf der Passivseite auszuweisen sind			
				23. Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			
				24. In den Passiven sind an Verbindlichkeiten (einschließlich der Verbindlichkeiten unter 19 bis 23) gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten			

## AUFWENDUNGEN

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1983

## ERTRÄGE

	DM	DM		DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		1 727 257 704,65	1. Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		2 474 129 949,49
2. Zinsen für			2. Laufende Erträge aus		
a) Hypothekendarlehen	563 111 068,90		a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen	286 085 256,48	
b) Kommunaldarlehen	1 386 631 386,95		b) anderen Wertpapieren	44 221 264,21	
c) Sonstige Schuldverschreibungen nach § 5 Abs. 1 Nr. 4 c HGB	26 797 590,47		c) Beteiligungen	44 591 921,99	
3. Aufgenommene Darlehen	45 207 035,26	2 022 747 081,60	3. Zinsen aus		
4. Provisions- und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte		19 201 427,18	a) Hypotheken	682 585 393,47	
5. Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehensgeschäft im Hypothekendarlehen		48 451 038,94	b) Kommunaldarlehen	1 468 227 233,80	
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		268 105 087,97	4. Provisions- und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		
7. Gehälter und Löhne		518 036 945,73	5. Einmalige Erträge aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft im Hypothekendarlehen		
8. Soziale Abgaben		75 864 638,60	6. Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		
9. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		72 939 305,89	7. Erträge aus Gewinnabschreibungen, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		
10. Sachaufwand für das Bankgeschäft		226 479 653,39	8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter 6 auszuweisen sind		
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		90 146 983,29	9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		
12. Steuern			10. Erträge aus Verlustübernahme		
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	193 189 419,63	195 837 401,60	11. Jahresfehlbetrag		
b) sonstige	2 667 961,97		Summe der Erträge		5 400 647 102,37
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme		5 960 973,10			
14. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		39 182 879,43			
15. Sonstige Aufwendungen					
16. Aufgrund einer Gewinnabschreibung, eines Gewinnabführungs- und eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne					
17. Jahresüberschuss		120 434 000,00			
Summe der Aufwendungen		5 400 647 102,37			

1. Jahresüberschuss	120 434 000,00
2. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	—
3. Entnahmen aus offenen Rücklagen	—
a) aus der gesetzlichen Rücklage	—
b) aus anderen Rücklagen	—
4. Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in offene Rücklagen	—
a) in die gesetzliche Rücklage	20 000 000,00
b) in andere Rücklagen	100 434 000,00
5. Bilanzgewinn	120 434 000,00

Im Geschäftsjahr wurden DM 33 265 669,41 Pensionszahlungen einschließlich Zahlungen an rechtlich selbstständige Versorgungskassen geleistet. Die in jedem der folgenden 5 Jahre voraussichtlich zu leistenden Zahlungen betragen 106%, 113%, 119%, 126%, 133% der vorgenannten Zahlungen

München, den 21. Februar 1984

BAYERISCHE VEREINSBANK  
AKTIENGESellschaft

Der Vorstand  
Baur Hackl Kollhofer Pfister Puhlmann  
Reimpell Schmidt Schönmann Scholz Trautner  
Diehm (stellv.) Prassch (stellv.)

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

München, den 5. März 1984

DEUTSCHE TREUHAND-GESELLSCHAFT AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Clemm Plato  
Wirtschaftsprüfer

## Dividendenbekanntmachung

— Wertpapier-Kenn-Nr. 822 200 —

Die ordentliche Hauptversammlung vom 4. Mai 1984 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 von 100 434 000,00 DM zur Verteilung eines Jahresüberschusses von 1,50 DM je Aktie in Form von 15% Dividende zu verwenden. Gewinnberechtig sind: DM 420 950 000,00 DM Stammaktien und nom. 31 300 000,00 DM stimmrechtslose Vorzugsaktien. Die Dividende wird ab 7. Mai 1984 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 45 ausbezahlt.

Zahlstellen sind die Bayerische Vereinsbank AG in München und Nürnberg sowie ihre sämtlichen Niederlassungen, ferner die folgenden Kreditinstitute:  
Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart  
Bankhaus H. Aufhäuser, München, Frankfurt am Main  
Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt am Main  
Bankhaus Max Flessa & Co., München  
Bayerische Hypothek- und Wechselbank AG, München  
Berliner Bank AG, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg  
Berliner Bank AG, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg  
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Berlin, Frankfurt am Main  
Düsseldorfer Bank AG, Düsseldorf, München, Stuttgart  
Commerzbank AG, Düsseldorf, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg  
Hannoversche Bank AG, Hannover, München, Stuttgart  
Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, Bremen, Düsseldorf, Hamburg  
Hannoversche Bank AG, Hannover, München, Stuttgart  
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin  
Deutsche Länderbank AG, Frankfurt am Main, Berlin  
Effektenbank-Warburg AG, Frankfurt am Main  
Furst Thurn und Taxis Bank Alben Furst von Thurn und Taxis, München  
Merck, Finck & Co., München, Düsseldorf, Frankfurt am Main  
B. Metzler & Co., Frankfurt am Main  
Sal. Oppenheim & Co., Köln, Frankfurt am Main  
Reuschel & Co., München  
Schwabische Bank AG, Stuttgart  
Simonbank AG, Düsseldorf  
Trinkaus & Burkhart, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main  
München, Stuttgart  
Vereins- und Westbank AG, Hamburg, Hannover  
M. M. Warburg-Brockmann Wirtz & Co., Hamburg  
Westfälische Bank AG, Bochum, Düsseldorf  
in Österreich  
Creditanstalt-Bankverein, Wien  
Österreichische Länderbank AG, Wien  
Nach näherer Maßgabe der Vorschriften des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes ist mit der Dividende ein anrechenbares oder zu vergütendes Steuer Guthaben in Höhe von 6,19 DM je Stammaktie im Nennwert von 50,- DM verbunden.  
Die Aktionäre erhalten von den die Dividende ausstehenden Stellen eine Bescheinigung, aus der sich das Steuer Guthaben und die abgezogene Kapitalertragsteuer ergeben.  
Liegt der Depotbank eine Bescheinigung des Finanzamtes gemäß § 36 c Abs. 2 EStG vor, so zahlt sie die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer und zuzüglich Steuer Guthaben aus.  
München, im Mai 1984  
DER VORSTAND

Aufsichtsrat: Dr. Werner Premauer, Vorsitzender; Herbert Betz, stellv. Vorsitzender, Dr. h. c. Rudolf Eberhard, stellv. Vorsitzender, Winfried Göttert, Heinz-Georg Harbauer, Renate Haunreiter, Gerd Hüttner, Eberhard von Kuentheim, Lothar Kulzer, Dr. Werner Lamby, Helmut Loos, Professor Dr. Reimar Lust, Erwin Peter, Dr. h. c. Franz Josef Strauß, Johannes Furst von Thurn und Taxis, Dietrich Otto Vossard.  
Vorstand: Dr. Rudolf Baur, Dr. Maximilian Hackl, Dr. Dietrich Kellnauer, Dr. Peter Pfeiffer, Dr. Arno Puhlmann, Peter Reimpell, Dr. Albrecht Schmidt, Dr. Hans Günther Schönmann, Dr. Helmut Scholz, Dr. Richard Trautner, stellv. Hubert Diehm, Dr. Elmar Prassch







## Pankraz, J. Reemtsma und die goldene Farce

Kopfschütteln hat in Hamburg den Entschluss des Reemtsma-Erben Jan Philipp ausgelöst, sein Unternehmen aus dem Verkauf von Millionen ein „Institut für Sozialforschung“ zu gründen und in Gang zu setzen. Das Unternehmen ist wirklich kurios, eine richtige Schnapschneise, die seit vielen Jahrzehnten ein „Institut für Sozialforschung“ in Frankfurt, und dieses Institut ist auch nicht erfolgreich, so daß ihm auf die Sprünge geholfen werden mußte, im Gegenteil, es blüht und gedeiht, seine Angehörigen, die „Frankfurter Schule“, haben Wissenschaftsgeschichte gemacht, verwahren wichtige Lehrstühle überall im Lande, prägen den Unterricht von Tausenden von Studenten, Dutzenden von Feuilletonredakteuren.

Wenn die Ideen der „Frankfurter Schule“ trotzdem nicht so reüssieren, wie das ihre Gründer erhofften, so liegt das sicher nicht an mangelndem Geld. Geld war immer genug da, aber die damit finanzierte, teils psychologisch-antiautoritäre „Kulturrevolution“ hat sich totgelaufen. Ihr Paradigma ist verschliffen, die Geistesgeschichte ist über sie hinweggeschritten. Das jetzt ein reicher Jüngling kommt und mit Helmen und Bärten um sich wirft, damit alles noch einmal von vorn losgeht, bestätigt voll das bekannte Diktum von Marx, wonach viele Dinge zweimal passieren: einmal als Tragödie, das zweite Mal als Farce.

Tatsächlich wirkt das neue Hamburger „Institut für Sozialforschung“ wie eine Riesenfarce, wie eine Karikatur des alten in Frankfurt. Auch in Hamburg will man, wie Jan Philipp Reemtsma verstanden ließ, „autoritäre und faschistische Tendenzen erforschen“. Doch man weiß bereits genau, was man herausbekommen wird: daß es nämlich das „kapitalistische System“ ist, das die Menschen kaputt macht, die Frauen in Abhängigkeit hält und „perpetuelle Armut“ schafft. Während die Gründer des Frankfurter Instituts größten Wert darauf legten, im Rahmen der Universität zu verbleiben und solide Forschungsmethoden zu entwickeln, siedeln die Reemtsmas lieber im Sub-Milieu des Hamburger „Quartier Latin“, und zum „Forschungsbeirat“ des neuen Instituts gehören neben der Akademikerin und Nachlassverwalterin Margarete Mitscherlich der IG Metall-Redakteur Jakob Moneta, die Feministin Alice Schwarzer und der unverbesserliche Uralt-Trotzkist Ernst Mandel. Mitmachen kann jeder, der in den Augen dieser Korymben Gnade findet, so daß ein hinreichend fideles „Forschungsablauf“ von vornherein garantiert zu sein scheint.

Das viele Reemtsma-Geld in Verbindung mit den leichten Eingangsbedingungen wird eine Menge kleiner Schmarotzer und Maulhelden anziehen, es wird eine Menge eilig zusammengeschmierter Politbrotschreier und sonstiger Makulatur geben, aber Wissenschaftsgeschichte machen wird das alte Wort das neue „Institut für Sozialforschung“ bestimmt nicht. Vielleicht wird es jedoch bald selber zum Forschungsgegenstand für ernsthafte Wissenschaftler, die an seinem Beispiel darlegen, wie Söh-

ne reicher, erfolgreicher Väter ihr Erbe durchbringen. Es hätte dann ganz unabsichtlich einen wichtigen Beitrag zur Familiensoziologie geliefert, einer Disziplin, die noch in den Kinderschuhen steckt.

Amerikanische Forscher haben immerhin schon herausgefunden, daß die industrielle Sphäre für den Aufbau bedeutender, über viele Generationen sich hinstreckender Familienunternehmen nicht günstig ist. Während Landbesitz, auch solcher von größten Dimensionen, meist für Jahrzehnte, ja für Jahrhunderte in der Verfügungsgewalt ein und derselben Familie oder Sippe bleibt, beträgt die entsprechende Indexzahl bei Industrieunternehmen gerade anderthalb Generationen. Das heißt, sie umspannt den Gründer, der aus kleinen Handwerker- oder Ingenieurverhältnissen aufsteigt und durch persönliche Tüchtigkeit einen großen Betrieb zusammenbringt, und dann nur noch knapp fünfzig Prozent der nachfolgenden Generation. Nur der Hälfte der großen Unternehmer gelingt es, ihre Söhne für eine erfolgreiche Übernahme des Betriebes zu interessieren und zu motivieren; spätestens in der zweiten Generation sind so gut wie sämtliche Familienbetriebe in überspürliche Gesellschaften umgewandelt.

Die Rede von der Oligarchie im Kapitalismus, von der „Herrschaft der hundert Familien“, von „Dallas“ und „Denver“, läßt sich also nicht belegen. Richtig ist dagegen das Bild von der „jeunesse dorée“, von der „Bright-Youth-Generation“, den Söhnen und Töchtern tüchtiger Unternehmer, die auf das Angebot zur Übernahme des Betriebs mit Nullbook reagieren, auf das Geld, das der Betrieb bringt, aber nicht verzichten wollen. Diese „jeunesse dorée“ ist psychologisch außerordentlich gefährdet, sie ist fast nicht in der Lage, Verantwortung zu übernehmen, da der Entschluß, auf die Verantwortung für das väterliche Erbe zu verzichten, eine Aversion gegen Verantwortung überhaupt nahelegt. So täte man herum und macht das Leben zum bloßen Spiel.

Auch der Entschluß des Jan Philipp Reemtsma, mit dem Geld aus dem väterlichen Erbe ein „Institut für Sozialforschung“ zu finanzieren, trägt deutlich die spielerischen Züge einer typischen „jeunesse dorée“. Es fehlt ihm jede Kreativität. Als Student bewunderte Reemtsma das Frankfurter Institut, weil es der Gegenwart so verhaftet war, weil der Vater zu sein schien und außerdem ungeheuer „in“ war. Wie schön müßte es sein, auch einmal so etwas zu haben! Nun, heute „hat“ er es. Stein für Stein baut er das bewunderte Vorbild nach, doch wenn der Bau fertig ist, wird er nicht funktionieren. Er hat keine Seele, er ist nichts weiter als die Ausgubrt kindlicher Verantwortungslosigkeit, und die Broschüren, die er ausspielt, werden genau das widerspiegeln. Man wird auf sie verzichten können.

Pankraz

Gießen: Joplins „Treemonisha“ erstmals in Europa

## Über Baumwollfelder

Scott Joplin, Ragtime-Apostel, Autodidakt und Selbstdenkman, wollte zeitlebens eine richtige Oper schreiben. Er träumte von einer Synthese aus afroamerikanischen Souveräns und europäischer Tradition. Doch als Joplin 1915 starb, hatte er seine „Treemonisha“ lediglich in einer katastrophalen konzertanten Ausführung mit Klavierbegleitung gesehen. Erst sechzig Jahre später konnte Gunther Schuller das von ihm vollständig instrumentierte Stück an der Houston Grand Opera durchsetzen. Damit war der Bann gebrochen.

Es wäre so unfair wie unsinnig, wollte man die jetzt in Gießen für Europa erstaufgeführte „Treemonisha“ gegen die traditionelle Oper des 19. oder frühen 20. Jahrhunderts auspielen. Joplins „Treemonisha“ ist eine musikalisch bestehende Mischung, ein origineller Verschnitt mit allem, was anno 1910 in der amerikanischen Populärmusik als gut und teuer galt, ein Stück, das so wie es vorliegt, nur in Amerika entstehen konnte.

Fast ziviel Harmonie liegt über dem Ganzen, ziviel Gospel-Ergebnis und Summertime-Stimmung auch. Und Joplins Libretto ist kläglich. Man glaubt es kaum, daß die Story unter Baumwollfeldern nur wenige Jahre nach der Sklavenerfreihung spielt. Es geht um die Abschaffung der Rituale von Zauberei und Aberglaube, um Aufklärung und Vernunft. Doch dem Botschafter der Vernunft gerät viel rhetorischer Leerlauf in die selbstverfälschte Message.

Wolfgang Lachnitz, der das schlichte und gerade noch abendfüllende

Stück inszenierte, weicht dann auch folgerichtig vor Women's Lib ebenso zurück wie vor der Black Power, nimmt die Panthe von Sieg des Guten wörtlich. Seine Aktualisierungsversuche, die reichlich naiv vorgebrachten Warnungen vor Aberglauben und Unwissenheit, stoßen jedoch ins Leere, weil sie historische Voraussetzungen und Quellen, local belsteite schließ, profitieren aber von dem Umstand, daß die Auktäre - besonders Roseanne Duncombe als Treemonisha und Erwin Stephan in der Boyfriend-Rolle - erstaunlich gut singen und spielen, auch mit dem Englischen kaum Mühe haben.

Der rührend und zügig leitende Herbert Gietzen besteht auf gedecktem Sound und hält das auch auf ungewöhnlichem Terrain professionell spielende Orchesterchen zu durchgehendem Andantino-Tempo an. Es kommt der eigentümlichen Faszination dieser Musik zustatten. Joplin liebt nun einmal die weichen, nie übermäßig synkopierten Ragtime-Rhythmen und den modocischen Lyrisismus europäischer Provenienz. Manchmal klingt seine Musik wie skeletrierter Dvofák, wie Tschai-kowski ohne monströsen Überbau, dann wieder nach Salomusik, Bal-kanoperette und dem amerikanischen Vaudeville der Jahrhundertwende.

Und ganz zum Schluß, wenn heftig getanzt wird und das Happy-End droht, wenn die „Treemonisha“ ihre Zweischneidigkeit zwischen Folk-Musical und Oper verliert, kann man mit gutem Recht jubelnd: That's entertainment. Und das brauchen unsere Theater auch. HEINZ LUDWIG

Die Avantgarde läßt die Muskeln spielen: 31 Kölner Galerien zeigen ihre spektakulären „Premieren“

## Die Trends werden im Tollhaus gesetzt

An diesem Abend gibt es mehr Bilder als Parkplätze in Köln. Auf einen Knall eröffnen 31 Galerien ihre neuen Ausstellungen. Das schlägt im engeren Planquadrat des Kunsthandels zwischen Wallraf-Richartz-Museum und Neumarkt, durch bis auf die Straße. Gesetzte Sammler mischen sich mit schrillen Jungvolk. Tous Cologne ist unterwegs.

Nicht nur Kölner. Die „Premieren“, zum vierten Mal veranstaltet, haben sich neben dem Kunstmarkt als wichtigstes Avantgarde-Schaufenster der Kunsthandelsmetropole am Rhein etabliert. Sie sind eine private Initiative, eine Initiative des Handels. Die Stadt gibt einen Druckkostenzuschuß zum Gemeinschaftskatalog (Preis: 10 Mark) und steckt sich den Lorbeer an den Hut.

Premieren, das heißt nicht einfach: Eröffnungen. Nur wenige Galerien nutzen den Anlaß, in neuer Verpackung zu präsentieren, was sie eine Weile im Keller hatten. Die „Premieren“ wollen Debüts zumindest für den rheinischen Großraum bieten, wollen spektakuläre Ausgrabungen.

Gründer, der aus kleinen Handwerker- oder Ingenieurverhältnissen aufsteigt und durch persönliche Tüchtigkeit einen großen Betrieb zusammenbringt, und dann nur noch knapp fünfzig Prozent der nachfolgenden Generation. Nur der Hälfte der großen Unternehmer gelingt es, ihre Söhne für eine erfolgreiche Übernahme des Betriebes zu interessieren und zu motivieren; spätestens in der zweiten Generation sind so gut wie sämtliche Familienbetriebe in überspürliche Gesellschaften umgewandelt.



Ein zartes Mal-Monster namens Rosalie: 'Klavier für 2. und meine rote Bodensee' (1984), aus der Ausstellung in der Galerie Orangerie-Reinz.

Man trägt den Fernseher als Kopf. Und drumherum schwirrt, was über die Matsche flimmert: Westernhüte, Dämonen, fliegende Untertassen. Eine schwangere Frau sieht ahnungslos ihr Baby: auf dem Fernsehschirm natürlich, der über ihrem Kopf schwebt.

Haring bildet unsere Welt in radikal verkürzter Zeichensprache ab. Auf den ersten Blick ähneln seine Bilder den amerikanischen Graffiti, aber Haring sprayt nicht, er malt mit penibler Sorgfalt, wenn auch kaum mehr als die Umrisse. Er entwickelt Chiffren und vereinigt sie auf manchen Bildern zu kaum entwirrbarer Dichte: potenzierte Comics in neuer Dimension.

In Amerika und Ostasien gilt Haring gleichsam als Warhol's Erbe. Er hat den zweiten Schub der Pop-art

gestartet. Die kultische Verehrung, die die Pop-Väter in ihren Images den Erscheinungsformen unserer Zivilisation entgegenbrachten, ist nun 'raus. Alles ist, wie es ist. Es ist wertfrei und zweckfrei. Es kann gefährlich sein, aber auch einfach nur lustig.

Szenenwechsel: Sie heißt bürgerlich Gudrun Müller. Sie kam zu Jürgen Rose in die Bühnenbildklasse und stellte sich vor: Rose: „Gudrun Müller heißt man nicht in diesem Beruf. Du bist für mich Rosalie.“ Ein Scherz mit Folgen: Rosalie ist immer noch Rosalie. Sie malt auf Papier, denn sie ist zu ungeduldig, um Leinwände zu spannen. Aber sie ist nicht zu ungeduldig, um selbst ins Theater zu gehen und dort ihre Bühnenbildprojekte mit eigener Hand zu malen - und die natürlich auf Leinwand.

Die Galerie Orangerie-Reinz ver-

mittelt die Begegnung mit diesem zarten Mal-Monster namens Rosalie. Der Völle ihrer Bilder nach mußte sie Tag und Nacht gemalt haben. Ihr wird alles zu Bild, alle Gedanken, Gefühle, Anblicke. Die Umsetzung geschieht spontan und sofort. Die Titel suggerieren Flüchtigkeit: „Luftsprünge“, „Zauberei“, „Du bist ein Stern“, „Bunte Lust“, „Guten Morgen“.

Rosalie schöpft aus dem Vollen, in der Farbpalette ebenso wie in der Maltechnik. Aber bei aller Spontanität kann von Flüchtigkeit keine Rede sein. Die Bild-Komposition stimmt und das auf Anhieb. Es ist wohl bloß der lästige, falsche Skrupel, den dieses überschäumende Maltempo nicht kennt. Und daher teilt es sich mit, wie es ist: unverstörter Optimismus, ein einziges Ja auf hundert Bildern.

Der Sirocco bläst bis nach Köln. Weil er in Venedig das Wasser in der Lagune zurückstieß, kommen die Boote mit den großen Containern nicht unter den Brücken hindurch. Zwiener bekommt seine hochkarätigen Surrealisten, Magritte und Tanguy namentlich, nicht von der Händlermesse im Palazzo Grassi weg. Am Premierenmorgen hängt nicht bei ihm, am Abend ist eine neue, glänzende improvisierte Ausstellung parat: Baselitz, Polke, Kiefer mit zentralen, nicht unbedingt neuen Arbeiten. Man ahnt durch solche Zufälligkeit, was der Kölner Handel zu leisten instand-

ist. Man sieht es bei Borgmann, der mit Lust und Glück Blätter von Baselitz aus über zwanzig Jahren gesammelt hat und nun zu einer Retrospektive vereinigt, die man im galertischen Rahmen für unmöglich gehalten hätte. Man sieht es bei Stolz, der die Trouvaillen aus dem Nachlaß von Rudolf Jahn gehoben hat und eine Werkschau von schiefer Museumsqualität bieten kann. Man sieht es bei Wentzel, der erstmals in Europa das Werk von Adolph Gottlieb präsentiert, des außereuropäischen Mitstreiters von Pollock und Rothko.

Keine Premiere ohne Feier. Maenz hat eine Disco gemietet, und die Musik ist mit der Kunst aus New York eingeflogen. Der Laden kocht noch morgens um vier. Ein Stück Soho unter den Domtürmen. Es gibt keinen aufregenderen Kunstplatz in Europa. Köln weiß und handelt danach. (Wir kommen auf die „Premieren“ im WELT-Kunstmarkt zurück.)

REINHARD BEUTH

## JOURNAL

Hilfe für „DDR“-Künstler in der Bundesrepublik

dpa, Paderborn  
Die Selbsthilfeorganisation „Hilfenetz von Driben“ hat in Paderborn eine Bundesstützung angeregt, die umgesiedelten Kulturschaffenden beim Aufbau einer neuen Existenz in der Bundesrepublik helfen soll. Der Aktionsvorsitzende, der 50-jährige Autor Claus-Peter Clausen aus Lippstadt, meinte, das Kulturforum könne seinen Platz in Berlin finden. Den Vorschlag, ein sogenanntes Berliner Forum ins Leben zu rufen, hat die Hilfsorganisation nach Angaben von Clausen bereits dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Wundt (CDU), unterbreitet.

Internationaler PEN tagt in Japan

AFP, Tokio  
Rund 820 Autoren aus aller Welt treffen vom 14. bis 19. Mai auf 47. Tagung des PEN Club International in Tokio zusammen. Die Eröffnungsveranstaltung hat das Thema „Literatur im Atomzeitalter - warum wir schreiben“. Ehrengäste des Schriftstellerkongresses sind der Schwede Per Wastberg, die Amerikaner Kurt Vonnegut und William Styron, der sowjetische Exil-Schriftsteller Wassili Aksenow, die Briten Francis King und Alan Sillitoe, der Chinese Ba Jin und der Franzose Alain Robbe-Grillet.

Preis für konkrete konstruktive Kunst

PHG, Berlin  
Das Kartonverpackungs-Unternehmen Tetra Pak hat in der Berliner Nationalgalerie zum zweiten Mal seinen Preis für konkret-konstruktive Kunst verliehen. Der Hauptpreis (25 000 Mark) ging an den in Berlin lebenden Frank Badur, der den Anerkennungspreis (5000 Mark) an den Bochumer Willi Oetmba. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen würdigte als Schirmherr das Engagement der Tetra-Pak-Gruppe für die Kunst und betonte die Notwendigkeit, auch im Bundestag über Erleichterung von Mäzenatentum in Deutschland „nachzudenken“.

„Woche des Buches“ in 200 Städten

dpa, Mainz  
Mehr als 200 Städte und Gemeinden im gesamten Bundesgebiet beteiligen sich an der ersten „Woche des Buches“. Dabei finden nach Angaben der Deutschen Lesegesellschaft (Mainz) bis zum 12. Mai von Westerland (Sylt) über Berlin bis Starnberg vielfältige Aktivitäten rund um das Buch und das Lesen statt. Das Veranstaltungsspektrum reicht von Autorenlesungen über Bücherbasare, Ausstellungen, Theateraufführungen, Vorleseaktionen bis hin zu Quiz und Wettbewerben.

Rothko-Sammlung geht nach Washington

AFP, Washington  
285 Bilder von Mark Rothko werden der National Gallery of Arts in Washington von der Rothko-Stiftung vermacht. Das beschenkte Museum lehnte es ab, den Wert der Sammlung zu schätzen. Sie dürfte in die Millionen gehen. Weitere Gemälde wurden der Tate Gallery in London zugesagt, ferner dem Stedelijk Museum in Amsterdam, dem Louisiana Museum in Humlebaek (Dänemark) sowie dem Israel Museum in Jerusalem und dem Tel Aviv Museum.

Fotowettbewerb „Frau mit Hut“

DW, Neuss  
Eine originelle Idee, die Kunstförderung mit Werbung für das eigene Produkt verbindet, ließ sich die Neusser Hutmanufaktur H. Th. Becker einfallen. Sie schrieb zu ihrem 75-jährigen Jubiläum einen Fotowettbewerb unter dem Thema „Frau mit Hut - Zeitgeist - Persönlichkeit - Mode“. Es ist offen für Berufsfotografen und Künstler, die sich der Fotografie als schöpferischem Ausdrucksmittel bedienen. Der erste Preis beträgt 3000 Mark. Einsendeschluß ist der 25. August (Unterlagen: H. T. B. Postfach 40, 4040 Neuss).

Gustave Singier †

AFP, Paris  
Der Maler Gustave Singier, ein Mitbegründer der Pariser Schule, ist am Wochenende gestorben. Singier, der mit Alfred Manessier und Bazaine zur Gruppe der „Peintres de tradition française“ gehörte, war einer der großen Vertreter der nichtfigurativen französischen Malerei vor der eigentlichen Abstraktion eines Hartung oder Soulages. Der 1908 im belgischen Warmonville geborene Künstler schuf nicht nur seine in blauen und roten Dominanten gehaltenen Ölbilder, sondern auch großformatige Wandmalereien, Fenster sowie Bühnenbilder, Buchillustrationen und Entwürfe für Wandteppiche. Außerdem hinterließ Singier ein umfangreiches lithographisches Werk.

München: Bergman inszeniert Enquists „Aus dem Leben der Regenwürmer“

## Einsam des Nachts unter Sternen

Ich habe die Regenwürmer gewaschen, sorgsam, liebevoll. Ja, ich habe sogar die Regenwürmer mehrmals mit Wasser gespült, bis sie vollkommen rein waren. Mit diesem Satz endet das Stück „Aus dem Leben der Regenwürmer“ des schwedischen Autors Per Olov Enquist. Sein Landsmann Ingmar Bergman hat in seiner Münchener Inszenierung diesen Satz leitmotivisch vorangestellt. Die Metapher umreißt eine verstellte Perspektive: „Ein vom Schmutz des Daseins gereinigtes Leben“.

Enquists Menschen sind geprägt von einem tiefen Identitätsverlust. Weder leben sie nach ihren Bedürfnissen, noch bekennen sie sich zu ihrer Biographie. Da ist der Dichter Hans Christian Andersen, der geniale Märchenschreiber aus kleinen Verhältnissen. Statt sich zu seinem Talent zu bekennen, ist er bestrebt, ein großer Dramatiker zu sein, weil nur das literarischen Ruhm legitimiert. Und er verleugnet auch seine Biographie, weil sie nicht den Normen der von ihm angebeteten höfischen Gesellschaft entspricht.

Da ist zweitens die berühmte Schauspielerin Johanne Luise Heiberg, gleichfalls aus kleinen Verhältnissen stammend, die zwar fast perfekt dem biedermeierlichen Bildungsideal angelehnt ist, darüber aber längst ihre Natur verloren hat.

Auch ihr Mann Johan Ludvig, führender Schriftsteller und Theaterdirektor Dänemarks in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, ist solchen Deformationen nicht entkommen. Seine eigenen Theorien über den sogenannten guten Geschmack haben ihn um seine Natur gebracht. Einsam sitzt er des Nachts am Fenster und schaut den Sternen zu, die in ihrer Unerreichbarkeit und Kälte seinem eigenen Schicksal entsprechen.

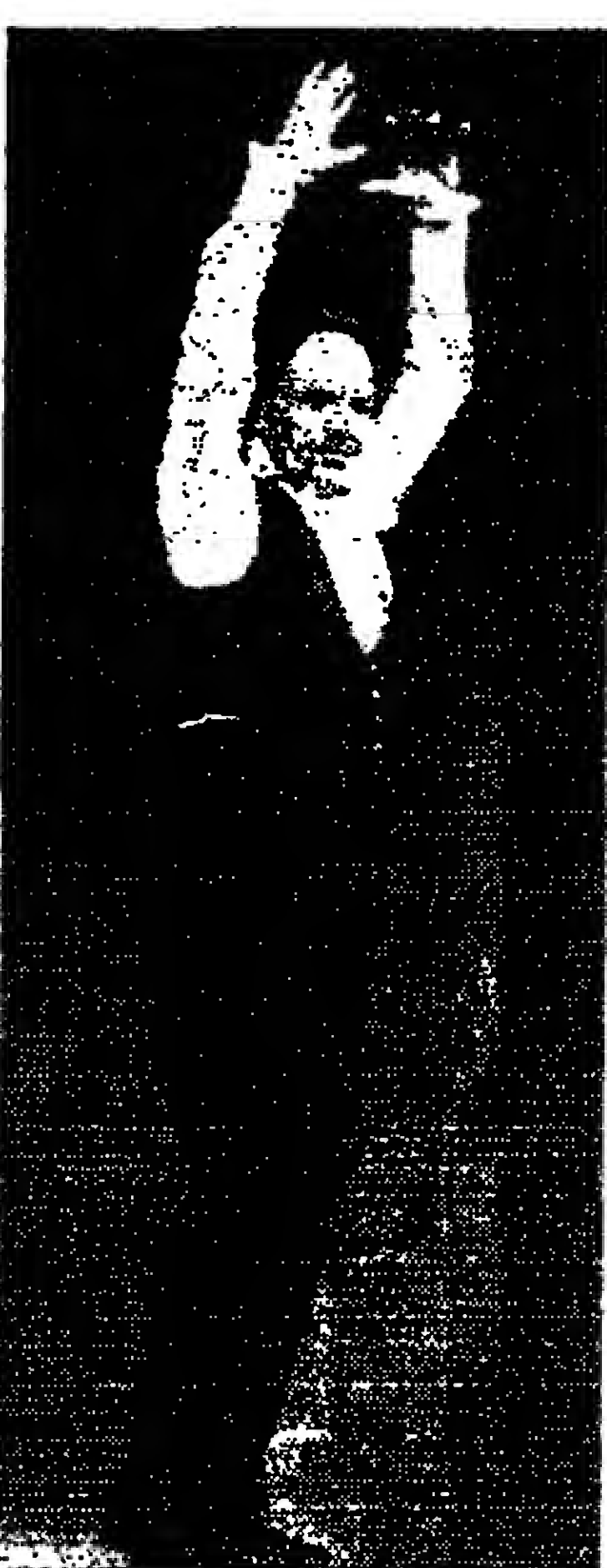
Enquist läßt seine Figuren und die von anti-jüdischen Pogromen geistig und körperlich vernichtete Mutter der Schauspielerin aufeinander los. In einer Art Manège bewegen sich dressierte Tiere, die einander lieben und zerfleischen möchten, aber weder das eine noch das andere zu tun vermögen. Ingmar Bergman hat diese Tragödie der verlorenen Identität zu einer Pathologie Kafkascher Prägung verschärft. Die denaturierten Zellen sind Krebsgeschwulste geworden, unheilbar, schrecklich, abstoßend. Heinz Bennent, der den Andersen spielt, erinnert manchmal an Kafkas monströsen Käfer, der grotesk und bedrohlich zugleich das entartete Ich widerspiegelt. Er zappelt, liegt auf dem Rücken, kriecht auf dem Boden herum, tanzt und jammert, wie die elende Karikatur eines Opportunisten, der sich vor sich selbst vermeigt. Aber er ist auch eine Bedrohung für

die anderen, weil sich in diesem Zerrbild die ganze Lächerlichkeit der geforderten Normen enthüllt.

Frau Heiberg (Christine Buchegger) ist in Bergmans Inszenierung die domestizierte Form dieses Käfers. Sie hat Stil und Distanz zu ihrer Rolle. Doch wenn sie die Ruine ihres Egos offenbart, bekommt sie eine bedrückende Ähnlichkeit mit dem Dichter: ein entartetes Geschöpf, das die typischen Merkmale der Überzüchtung aufweist - Unberechenbarkeit und gefährliche Raserei. Ihr Mann (Horst Sächtleben) erleidet bei Bergman das Schicksal der Dompoteure. Er ist der Dressur ebenso unterworfen wie seine Geschöpfe.

Das hat manchmal schreckliche Züge. Vor allem Bennent gelingt es in der totalen Erfüllung der Dressur, diese selbst ad absurdum zu führen. Er und Christine Buchegger sind die aussätzigen Opfer einer gesellschaftlichen Pathologie, deren furchtbarstes Ergebnis die zerstörte Mutter (Monika John) darstellt. Aber Bergmans Inszenierung leidet auch unter ihren Überzeichnungen. Man lacht zu oft, ohne das Tödlche dieses Lachens zu spüren zu bekommen. Es ist Bergmans Schicksal auf deutschen Bühnen: Seine Abgründe sind gruselige Geisterbahnen, in denen das Furcht-ten ein Programm ist.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Will Über seine Natur hinaus: Holax Bonavent als Hone Christian Andersen, in der Inszenierung am Münchener Residenztheater.

FOTO: RABANUS



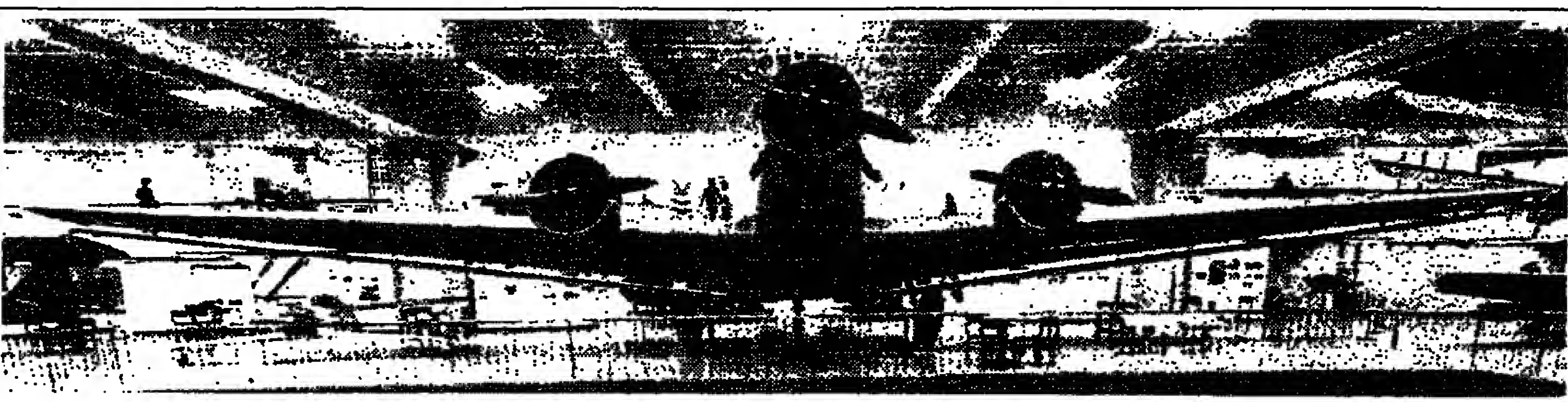


Glitzendes Prunkstück: Die Sonnenuhr „Helios“

Von PETER SCHMALZ

„Mit großen Flügeln“, ahnte Leonardo da Vinci vor einem halben Jahrtausend, wird der Mensch, indem er gegen die widerstrebende Luft Kraft erzeugt, siegreich die Luft unterwerfen und sich auf ihr erheben. Es sollten noch Jahrhunderte vergehen, ehe der Mensch der Schwerkraft und der Luft ein Schnippchen schlagen und des weltweiten Fliegens teilhaftig wurde. In der gestern feierlich eröffneten Luft- und Raumfahrtgalerie des deutschen Museums, die damit die Nachfolge des im Krieg zerstörten Berliner Luftfahrtmuseums antritt, kann der Besucher nun – wie Festredner Franz Josef Strauß meinte – „unmittelbar miterleben, wie steinig, unterschiedlich steil, reich an Umleitungen und zuweilen auch in die Irre leitend“ der Weg von den wachverklebten Flügeln des Ikarus bis zum freischwebenden Menschen im Welt-raum war.

Nun genügt den Machern des Münchener Museums die bloße Aus-



Auch wenn es eng zugeht in der neuen Luftfahrtgalerie – für die JU 52 reichte es zu einem Ehrenplatz

FOTOS: CLAUS HAMPEL

## Spärlicher Raum für eine lange Geschichte

stellung imposanter Exponate bei weitem nicht. Bei ihnen soll der Besucher erstaunen und zugleich spielerisch mit neuem Wissen beladen werden. Der Anspruch macht Mühe. Das Modell der Montgolfier, mit dem sich vor nun 201 Jahren die Brüder gleichen Namens in die Pariser Luft erhoben haben, muß nach dem Münchener Selbstverständnis bis in den letzten Knoten und die feinste Farbnuance dem Original gleichen. Doch das existiert längst nicht mehr, Nachforschungen in Paris ergaben, daß man sich dort noch nie solch detaillierte Gedanken gemacht hatte, weshalb die Münchener Bastler selbst forschten und Luftabteilungsleiter Walter Rathjen gestern beim Rundgang mit Bundeskanzler Kohl den staunenden Gästen erklären konnte, daß sie hier vor der einzigen korrekten Darstellung des ersten Flugs der Menschheit stünden.

Die ersten erfolgreichen Versuche des dynamischen Fluges gelangten dem Berliner Otto Lilienthal, der sich dafür in Licherfeld für 7000 Goldmark einen 15 Meter hohen Sprunghügel hatte aufschütten las-

sen, der ihm am 10. August 1896 zum tödlichen Schicksal werden sollte. Schon acht Jahre später kaufte Oskar von Miller, der Gründer des wegen Kriegswirren erst zwei Jahrzehnte später eröffneten deutschen Museums, einen Doppeldecker-Gleiter Lilienthals. Der fragile Flugapparat ist heute das älteste Originalstück der Münchener Sammlung.

Das jüngste Stück steht nur teilweise in der fünfstöckigen neuen

Luftfahrtgalerie: Der teure „Tornado“ muß in den nächsten Wochen wieder zum Flugbetrieb zurückgegeben werden, soll aber schon bald durch ein kostenloses Dauerexemplar ersetzt werden.

Geschenke sind der Museums-

mannschaft ohnehin die liebsten Objekte. Wie das erste deutsche Motorflugzeug, der 36-PS-Flieger des Piloten Hans Grade von 1909. Oder wie die flugfähige „Tante“ JU-52, die Frankreich für einen Franc nach München verkaufte.

Heute sind die Geschäfte meist teuer und ohne Sponsoren in den deutschen Flugzeugwerken für das Museum nicht mehr finanzierbar. Amerikaner etwa liehen gerne alte Maschinen aus, fordern aber als Gebühr deren Renovierung (WELT v. 4. 5.). Auf ähnlicher Basis hofft Generaldirektor Otto Mayr nun auch mit den Polen übereinkommen. Denn dort ruht ein deutscher Luftfahrtschatz: Das Berliner Luftfahrtmuseum hatte die meisten seiner Exponate im Krieg auf heute polnisches Gebiet ausgelagert, die neuen Machthaber in Warschau nahmen das un-



Zwei Stücke aus der Pionierzeit der Luftfahrt: Eine „Wolf Stieglitz“ und darüber eine „Junkers Junior“

freiwillige deutsche Geschenk ohne Zögern an.

Dennoch: Die Münchener müssen bescheiden bleiben bei ihren Luftsprüngen. Wohl ist die neue Halle mit mehr als 8000 Quadratmetern achtmal so groß wie die bisherige Ausstellungsfläche, aber Abteilungsleiter Rathjen ist höchst unzufrieden über den 40 Millionen Mark teuren Neubau: „Das ist eine Schulschachtel, aber keine Raumfahrtgalerie.“

Das dritte Busunglück ereignete sich nordöstlich von Madrid in der Provinz Guadalajara. Sieben Menschen – sechs Fußballfans und der Fahrer – kamen bei einem Zusammenstoß zwischen einem Reisebus und einem Militärtransporter ums Leben, 50 Menschen wurden verletzt.

ADAC-Appell

Präsident Franz Stadler hat zum Abschluß der ADAC-Hauptversammlung am Samstag in Trier die Automobilindustrie aufgefordert, ihren Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung zur Abgas-Entgiftung aufzugeben. Nur wenn der Fahrplan für die Einführung der Abgas-Katalysatoren und des bleifreien Benzin eingehalten werde, sei es möglich, den Schadstoff-Ausstoß bei Autos bis zum Jahr 1990 um bis zu 90 Prozent zu senken.

## „Wilhelm Bauer“ wurde zum Museum

D. F. HERTEL, Bremerhaven

Das Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven ist um eine Attraktion reicher. In seinem Hafen schwimmt das U-Boot „Wilhelm Bauer“, der letzte Vertreter des berühmten Typs XXI. Er wurde in den Jahren 1943/44 entwickelt und stellte eine bahnbrechende Neuentwicklung dar, mit der das Kriegsglück in letzter Minute gewendet werden sollte. Doch von den etwa 150 Booten dieses Typs, die in den letzten beiden Kriegsjahren noch auf Kiel gelegt werden konnten, kam nur noch ein Dutzend in Fahrt. Einem Torpedo feuerte keines mehr ab.

Der Typ XXI revolutionierte die U-Boot-Technik. Alle früheren Unterseeboote waren „nur“ Tauchboote: Sie konnten sich dem Gegner durch Wegtauchen entziehen, waren unter Wasser aber nur für begrenzte Zeit und mit langsamer Fahrt bewegungsfähig. Sie waren durch die begrenzte Kapazität ihrer Elektromotoren und deren Batterien eingeengt. Anders der neue Typ: Mit Hilfe seines Luftmastes (Schnorchel genannt) und seiner Dieselmotoren konnte das Boot lange Zeit und mit hoher Geschwindigkeit unter Wasser manövrieren. Grenzen setzten nur die Treibstoff- und Lebensmittelvorräte an Bord. Aber die erlaubten bis zu drei Monaten Tauchfahrt.

Praktisch sämtliche Nachkriegs-U-Boote aller Kriegsmarin der Welt, auch die sowjetischen der Whisky-Klasse und sogar die amerikanischen Atom-U-Boote, entstanden nach den Bauprinzipien dieses Typs. Die jetzt zum Museum umfunktionierte „Wilhelm Bauer“ hieß ursprünglich „U 2540“. Im Mai 1945 wurde das Boot von seiner Besatzung in der Neustädter Bucht versenkt. Zwölf Jahre später wurde es gehoben und diente dann unter neuem Namen mehr als 20 Jahre als Erprobungsboot der Bundesmarine.

## Saubere Seen für 300 Milliarden

A. v. KRUSENSTERN, New York

Es war teuer, aber es hat sich offensichtlich gelohnt: Mit ungeheuren finanziellen und technischen Aufwand ist es in den letzten zwölf Jahren gelungen, die meisten der amerikanischen Binnengewässer zu entgiften und von Industrie- und anderen Zivillisationsabwässern zu befreien. Das 1972 vom Kongreß gesetzte Ziel, alle Binnengewässer innerhalb von zehn Jahren in einen Zustand zu versetzen, in dem in ihnen Fische leben und Menschen baden und schwimmen können, wurde nicht ganz erreicht. Aber das Ziel ist in Sichtweite.

Seit 1972 hat der amerikanische Staat mehr als 50 Milliarden Dollar (etwa 135 Milliarden Mark) für die Säuberung der Binnengewässer ausgegeben. Der finanzielle Aufwand, zu dem die Industrie durch das Gesetz von 1972 verpflichtet wurde, war noch höher. Insgesamt wurden etwa 300 Milliarden Mark für die Reinigung und den Schutz der Gewässer aufgebracht.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen. In Sichtweite der Wolkenkratzer Manhattans drei Fischer regelmäßig zwei und drei Meter lange Süne aus dem Hudson, und in New York wächst eine einheimische Kaviar-Industrie. In den kalifornischen Flüssen haben sich die Krebse so vermehrt, daß sie in großen Mengen nach Europa exportiert werden. Die Lachse sind in den Connecticut zurückgekehrt, wo sie seit dem vorigen Jahrhundert als ausgestorben galten.

Als Paradebeispiel für den Erfolg der Aktion gilt der Erie-See. Der See, etwa zwanzigmal so groß wie der Bodensee, war durch die Abwässer von Detroit, Cleveland und anderen Industriestaaten so verseucht, daß er um 1970 als „biologisch tot“ galt. Heute ist er ein Anglerparadies, zu dem Sportfischer aus den USA und Kanada pilgern. (SAD)

## Der „Wojtyla-Effekt“ stürzt Rom jeden Mittwoch in ein neues Chaos

Wachsende Pilgerströme stellen die Behörden vor immer neue Probleme

KLAUS RÜHE, Rom

Rom hat das Privileg, eine zweitgrößte Hauptstadt zu sein. Die der italienischen Republik und die der katholischen Kirche. Dies bringt, bei allen Vorzügen, auch viele Probleme. Seit Johannes Paul II. zum Oberhirten der katholischen Kirche gewählt wurde, sind die Pilgerströme in die Ewigkeit ständiger geworden. Die Generalaudienz auf dem Petersplatz läßt jeden Mittwoch den Verkehr in halb Rom zusammenbrechen. Dasselbe gilt für die sonntäglichen Veranstaltungen vor der Peterskirche, an der viele Tausende von Gläubigen aus aller Welt teilnehmen. Mit anderen Worten, an zwei Tagen der Woche herrscht Verkehrschaos in allen Stadtteilen in der Nähe der Heiligen Stätten. Die sogenannte „Wojtyla-Effekt“ hat alle urbanen Planungen über den Haufen geworfen. Er zwingt zu Maßnahmen, die das Zusammenleben der beiden Roms einigermaßen erträglich machen.

Das gerade abgeschlossene Heilige Jahr hat wieder gezeigt, daß die Stadt außerstande ist, einen Tagesdurchschnitt von 30 000 zusätzlichen Besuchern zu verkraften. Im Interesse der Pilger drückte man im Capitol ein Auge zu und nahm in Kauf, daß Hunderte von Autobussen aus halb Europa den Petersplatz, die umliegenden Straßen und Plätze, die Stadtviertel mit den Basiliken und den vie-

len anderen Kirchen verstopfen und den Römern monatelang die Bewegungsfreiheit nahmen. Ob das nun anders wird, erscheint sehr fraglich, obwohl es am guten Willen weder im Capitol noch im Vatikan fehlt. Die magische Anziehungskraft Wojtylas dürfte weiterhin und über das Heilige Jahr hinaus Ströme von katholischen Gläubigen in die Ewigkeit ständiger bringen. In eine Stadt, deren Fassungsvermögen überschritten ist. Was tun?

Italiens christdemokratischer Außenminister Giulio Andreotti empfiehlt eine Regelung, nach der Autobusse generell am Stadtrand parken und die Wallfahrer mit städtischen Verkehrsmitteln zum Petersplatz gebracht werden sollen. Ein anderer Vorschlag sieht die Reaktivierung der Eisenbahnlinie vor, die zur Vatikanstadt führt. Auch ein Abzweiger der U-Bahn-Strecke bis vor die Tore der Vatikanstadt könnte das Verkehrsproblem zum Teil lösen. Auf alle Fälle sollen die Pilgerbusse künftig außerhalb von Rom stationiert werden. Manche Leute denken auch daran, die päpstlichen Massenaudienzen und Kundgebungen vom Petersplatz hinaus auf Land zu verlegen, etwa in die Nähe der päpstlichen Sommerresidenz von Castel Gandolfo, und zu diesem Zweck große Campingplätze für die Pilgerscharen anzulegen.

Es gibt aber auch radikalere Ideen. So wurde etwa die Räumung Roms

von einer der beiden „Regierungsgehaltn“ in die Diskussion gehieft. Wenn etwa der gesamte italienische Staatsapparat, die Ministerien, das Parlament, die ungezählten Ämter umgesiedelt würden, so wird argumentiert, dann wäre die Stadt mit einem Schlag um mindestens 600 000 Menschen entlastet. Rom würde ausreichend Platz bieten für die Begegnung der Pilger aus aller Welt mit dem Papst. Es wird gar daran erinnert, daß der Papst schon einmal, im 14. Jahrhundert, seinen Sitz in Avignon hatte...

Solch unforged Gedanken wird jedoch entgegengestellt, daß der Papst nicht nur Pontifex maximus der katholischen Kirche ist, sondern auch Bischof der Stadt Rom. Don Virgilio Levi, seit einem Jahr stellvertretender Chefredakteur des „Osservatore Romano“ und einer der klügsten und geistreichsten italienischen Journalisten im Priestergewand, meint zum schwierigen Zusammenleben von Staat und Kirche im engen Rom, letzten Endes sei es die Misere Garibaldi schuld, denn hätte er auf die Eroberung Roms verzichtet, den Kirchenstaat bestehen lassen und die Hauptstadt des geeinten Italiens irgendwo nach dem Vorbild von Brasília neu gegründet, dann wäre es in der heutigen Raumnot von zwei Kapitalen in der selben Stadt gekommen.

## Diana Dors – eine Skandalnudel wurde zum Liebling der Nation

S. HELM, London

England trauert um Diana Dors, die wohl erste und bislang einzige Sexbombe des britischen Films. Die blonde Diana starb am Wochenende in einer Privatklinik in Windsor an Krebs. In den letzten zwei Jahren hatte sie zwei Operationen überstanden. Millionen ihrer Fans nahmen Anteil an ihrem letzten Kampf nach der dritten Operation am Montag. Doch die Krankheit hatte von ihrem Körper Besitz ergriffen, über den sie einst voller Stolz und mit für sie typischer Selbstironie sagen konnte: „Ich war Englands einzige blonde Bombe, und ich habe sogar die Monroe und die Mansfield ausgestochen, wenn auch nur vom Hals abwärts.“

Diana Dors war einst für England, was Marilyn Monroe für Amerika und Brigitte Bardot für die Franzosen war. Mit ihrer Figur war ihr der Weg zum Film und nach Hollywood schon als Teenager vorgezeichnet. Die Tochter einer Sängerin und eines Pianisten wurde schon als Fünfzehnjährige in einer Schülervorstellung „entdeckt“ und erhielt ihre erste Filmrolle in „Oliver Twist“. Mit 25 Jahren galt sie als Sexsymbol Englands und war die bestverdienende Schauspielerin der Nation.

Diana Dors machte Schlagzeilen nicht nur mit ihrer wechselvollen Karriere, sondern mehr noch mit ihrem oft skandalösen Privatleben. Die Männer rissen sich um sie, und Diana Dors hatte ein großes Herz. Sie stammte aus kleinen Verhältnissen und war voller Lebenslust. Ihr Ehe-

mann Nummer drei, der neun Jahre jüngere Schauspieler Alan Lake, wick in den letzten Tagen im Princess Margaret Hospital von Windsor nicht von ihrer Seite. Als alles vorbei war, kam er weinend mit Dianass beiden Teddybären unter dem Arm aus der Klinik und erzählte von ihren letzten



Starb in einem Krankenhaus bei London: Diana Dors

Worten: „So war es bei den Proben nicht vorgesehen.“

Nach einigen Filmfolgen zu Hause, hatte Diana Dors mit „Vield to a Night“ den Sprung über den großen Teich und nach Hollywood geschafft. Sie trat an der Seite von Bob Hope und Steve Allen im Fernsehen auf. Sie war die Partnerin von George Gobel in dem Film „I married a Woman“. Im Privatleben wurde sie mehr und mehr zur Skandalnudel – Berichte über Orgien und Affären überliefen sich.

Bald ging es auch mit ihrer Karriere bergab. Ihr erster Mann starb 1959 mit 33 Jahren. Als ihr Finanzberater hatte er so viele Böcke geschossen, daß Diana Dors 1968 den Offenbarungseid leisten mußte. Auch ihre zweite Ehe mit dem Komiker Dawson hielt nicht lange. Ihr dritter Mann Alan Lake wurde alkoholabhängig. Nur ihrer eisernen Energie hat es zu verdanken, daß er von seiner Sucht loskam.

Bei allen privaten und beruflichen Rückschlägen hatte sie dennoch den Mut, eine neue Karriere zu starten. Im Jahre 1974 wagte sie sich, mit viel Zustimmung der Kritik, auf die Bühne. Es war beim Theaterfestival von Chichester, als Jockaste in der griechischen Tragödie „Oidipus“. Diana Dors, selber zeitweise mehr als 90 Kilogramm schwer, gab Millionen von Frauen in ihrer eigenen TV-Serie Tips, wie man erfolgreich abnimmt. Mit ihrem trockenen Humor war sie schließlich auch wieder beliebter Gast von TV-Talk-Shows. (SAD)

## Heiratsinstitute unter der „test“-Lupe

dpa, Berlin

In kaum einer anderen Branche ist nach Ansicht der Stiftung Warentest so leicht an anderer Leute Geld zu kommen wie bei der kommerziellen Vermittlung von Ehen. Nach wochenlangen Recherchen, Interviews von Kunden und Befragungen von Heiratsinstituten kommt die Stiftung bei der Überprüfung der Seriosität dieser Branche zum Fazit: „Mehr schlecht als recht.“

Der Beschwerdekatalog unzufriedener Kunden sei lang. „Allzuoft werden unpassende Partnervermittlungen gemacht, in manchen Fällen der Institute wimmelt es nur so von fingierten oder bereits verheirateten Partnern, die Betreuung ist schlecht und schleppend, dafür die verlangten Vorauszahlungen horrend. Ehevermittlungsverträge werden oft mit Kreditverträgen gekoppelt, die Verträge sind nur mit Schwierigkeiten wieder zu lösen“, schreibt „test“. Außerdem gebe es „unangenehme grenzenlose Praktiken“, um einen Vertragsabschluß zu erreichen und unvollständige Informationen und falsche Versprechungen vor Vertragsabschluß.

Die Zeitschrift betont, daß „von einer Repräsentativität im engeren Sinne“ bei diesem Dienstleistungstest nicht gesprochen werden könne. Denn bei der Anbieterbefragung beantworteten nur 99 von 391 Heiratsvermittlern vollständig die gestellten Fragen. Wie ernsthaft und hautnah die Mitarbeiter von „test“ jedoch in dieser Sache prüften, ergibt sich aus der Tatsache, daß einige von ihnen als Klienten und Eheinteressierte bei Instituten vorsprachen. Allerdings seien diese Mitarbeiter alle selbst „ernsthaft auf Partnersuche“, betont die Zeitschrift. „Wir wollten nicht durch fingierte „Test-Vermittlungen“ zu noch mehr menschlicher Enttäuschung beitragen“, heißt es dazu.

Das „durchschnittliche Ehe- oder Partnerinstitut“ arbeite nach dem Bericht regional begrenzt. Es hat keine Filialen und ein bis zwei Mitarbeiter. Viele bestehen erst seit kurzer Zeit, die Hälfte weniger als fünf Jahre. Die Zahl der Partnersuchenden ist eher klein – bis maximal 300 Klienten. Daneben gibt es einige große, überregional arbeitende Institute, die oftmals einen bestimmten Klientenkreis ansprechen. Beim Geld hielten sich viele Ehevermittler allem Anschein nach an Wilhelm Buschs Devise: „Nach genauer Betrachtung steigt mit dem Preis auch die Achtung.“ Damit soll offenbar die Qualität der Arbeit unter Beweis gestellt werden, schreibt „test“. Bei etwa 40 Prozent der Institute kostete es zwischen 1500 Mark und 3000 Mark, ihre Dienste in Anspruch zu nehmen, 22 Prozent ließen mit ihren Preisen noch höher.

Die vielen Institute nur kurze Zeit am Markt seien, ist laut „test“ die Gefahr groß, daß ein Kunde sein Geld „auf Nimmerwiedersehen“ loswind, ohne dafür eine Leistung zu sehen. Nur mit Vorsicht zu genießen seien auch die Angaben der Institute über ihre Erfolge: „Sie schwanken hier zwischen fünf und 80 Prozent.“ Aufgefallen ist den „test“-Mitarbeitern, daß selbst Ehevermittler mit sich finanziell handeln ließen. Wer anfängt zu feilschen, wird erstaus feststellen, daß auch diese Branche mit „Sonderangeboten“ aufwarten kann.

## 22 Menschen starben bei Bus-Unglück

dpa, Madrid

Bei drei schweren Busunglücken in Südfrankreich, auf dem spanischen Festland und auf Mallorca sind am Wochenende insgesamt 22 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 100 wurden verletzt. Die Serie der tödlichen Verkehrsunfälle begann in der Nacht zum Samstag auf der Fahrt zum Wallfahrtsort Lourdes. Sechs spanische Pilger wurden getötet und sechs verletzt, als ihr Autobus nördlich des französischen Grenzortes Le Perthus mit einem Lastwagen zusammenstieß. Aus bisher ungeklärten Gründen hatten sich bei dem Lastzug, der auf der Standspur der Autobahn abgestellt war, die Bremsen gelöst.

Auf Mallorca geriet einige Stunden später ein Autobus mit britischen Urlaubern bei Porto Cristo in einer Kurve ins Schleudern und stürzte eine zehn Meter tiefe Böschung hinab. Neun britische Urlauber kamen ums Leben, 37 weitere Businsassen wurden mit zum Teil schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Das dritte Busunglück ereignete sich nordöstlich von Madrid in der Provinz Guadalajara. Sieben Menschen – sechs Fußballfans und der Fahrer – kamen bei einem Zusammenstoß zwischen einem Reisebus und einem Militärtransporter ums Leben, 50 Menschen wurden verletzt.

ADAC-Appell

Präsident Franz Stadler hat zum Abschluß der ADAC-Hauptversammlung am Samstag in Trier die Automobilindustrie aufgefordert, ihren Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung zur Abgas-Entgiftung aufzugeben. Nur wenn der Fahrplan für die Einführung der Abgas-Katalysatoren und des bleifreien Benzin eingehalten werde, sei es möglich, den Schadstoff-Ausstoß bei Autos bis zum Jahr 1990 um bis zu 90 Prozent zu senken.

Anti-Mafia-Kundgebung

AFP/dpa, Rom

Bund 50 mutmaßliche Drahtzieher des Drogenhandels sind nach Angaben der Polizei vom Samstag in ganz Italien verhaftet worden. Unter den Verdächtigen sei auch der Direktor des Flughafens von Reggio di Calabria, Tommaso Agnello. Währenddessen demonstrierten zehntausend Jugendliche am Wochenende in Rom gegen die organisierte Unterwelt.

Neuer Coup

SAD, Nantes

Die „Hammerbande“, die seit Monaten die französische Polizei zum Narren hält, schlug am Wochenende wieder zu: In der westfranzösischen Stadt Nantes brachen die Banditen in einer Bank 95 Kundenkontenöffnungen auf, während Angestellte und Kunden mit Revolvern in Schach gehalten wurden. Die Bande brach schon mehr als 3000 Fächer mit Vorschlagshämmern auf.

Feuersichere Zigarette

SAD, Washington

Für die Entwicklung einer „feuersicheren“ Zigarette, die beim Schlafen Wegwerfen oder beim Einschlafen des Rauchers nicht mehr zu Bränden führen soll, sind jetzt in Washington Bundesmittel in Höhe von 1,5 Millionen Dollar bewilligt worden.

Retorten-Vierlinge

rt, London

Mit Hilfe künstlicher Befruchtung haben eine 32-jährige Britin Vierlinge geboren. Der behandelnde Arzt Robert Winston erklärte, den zwischen 1910 und 1920 Gramm schweren Babys gehe es gut. Da die drei Jungen und das Mädchen zwei Monate zu früh geboren wurden, liegen sie jedoch noch im Brutkasten.

Kurzschluß

dpa, Bonn

Das Feuer im Bonner Theater, das am Freitag einen Schaden von mehreren Millionen Mark anrichtete, ist offensichtlich durch einen Kurzschluß in den elektrischen Leitungen unter der Bühne entstanden. Dies bestätigte die Stadtverwaltung.

Blutwunder

dpa, Neapel

Der Heilige Januarius bleibt den Neapolitanern treu. Die seit dem 14. Jahrhundert überlieferte Verflüssigung des Bluts von San Gennaro wiederholte sich auch am Samstag vor mehr als 1000 Gläubigen. Die Bewohner Neapels sind davon überzeugt, daß Unheil für ihre Stadt heraufzieht, wenn es ausbleibt.

Ali ausgeschlossen

dpa, London

Der frühere Boxweltmeister Muhammad Ali wurde von der britischen Zauberei-Gesellschaft ausgeschlossen. Grund: Er verriet im Fernsehen geheime Tricks.

ZU GUTER LETZT

Ankündigung einer Reportage im ORF-Hörfunkprogramm: „ÖMV (Österreichische Mineralölverwaltung) stößt bei Probebohrungen auf den Widerstand von Umweltschutzgruppen.“

## WETTER: Weiter unbeständig

Wetterlage: Die Kaltfront eines Skandinavienfries überquert den Norden und die Mitte des Bundesgebietes und führt trockene Kaltluft heran, während im Süden zunächst noch verhältnismäßig milde, aber feuchte Luft weiterbestehend bleibt.



Seit dem 12. Mai: Vorhersage für Sonntag, 13. Mai. In der Mitte des Bundesgebietes und im Süden zunächst noch verhältnismäßig milde, aber feuchte Luft weiterbestehend bleibt.

Vorhersage für Montag:

Bundesgebiet und Berlin: Im Norden wechsellagernd bewölkt mit Aufregungen und trocken. Südlich der Mittelgebirge überwiegend stark bewölkt und gelegentlich Regen. Nachmittags-temperaturen 12 bis 15 Grad. In der Nacht zum Dienstag von Norden her aufklarend und Abkühlung auf 4 bis 6 Grad. In ungünstigen Lagen Norddeutschlands leichter Frost, gebietsweise Bodenfrost. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nord bis Nordost.

Weitere Aussichten:

Wechsellagernd bewölkt, im Norden vereinzelt Schauer, kühl.

Temperaturen am Sonntag, 13. Uhr:			
Berlin	13°	Kairo	28°
Bonn	13°	Köpenh.	12°
Dresden	13°	Las Palmas	20°
Essen	12°	London	9°
Frankfurt	17°	Madrid	11°
Hamburg	13°	Malland	15°
Lüttich	9°	Mallorca	21°
München	18°	Moskau	24°
Stuttgart	17°	Nizza	16°
Algier	21°	Oslo	10°
Amsterdam	9°	Paris	13°
Athen	19°	Prag	17°
Barcelona	18°	Rom	18°
Brüssel	10°	Stockholm	11°
Budapest	21°	Tel Aviv	22°
Sankt Petersburg	18°	Tunis	24°
Wien	12°	Wien	22°
Zürich	16°	Zürich	15°

• Sonnenaufgang am Dienstag: 5.42 Uhr, Untergang: 20.56 Uhr, Mondanfang: 11.50 Uhr, Untergang: 3.30 Uhr; in MESZ, zentraler Ort Kassel.